Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Fr. Claudia Roth
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

T +49(0)30/28442-0
F +49(0)30/28442-210
M info@gruene.de

Berlin, 02 Apr. 2009

EINGEGANGEN
- 2. April 2009
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Frau Claudia Roth

Ich habe 16 schwere Krankheiten die wie folgt lauten: **1) -Z.n. Lungentuberkulose , 2) – Depressionen , 3) - AIDS Infections , 4) - Z.n. Myokarditis (Infarkt) , 5) - Vitamin B 12 Mangelamämie , 6) - Prostatitis chronisch , 7) - Z.n. Ulkus ventriculi , 8) - Refluxösophagitis I , 9) - Hepatitis A chronisch , 10) - Z.n. Lues II (Suflis) , 11) - Hämorrhoiden , 12) - Perniziöse Amämie , 13) - Somatisierungsstörung , 14) - Asthmoide Bronchitis chronisch , 15) - Erosive Pangastritis chronisch , 16) - schwere Seelische Krankheit**

Der Grund für meinen Selbstmord ist, dass ich will, dass das Menschenrechtsgericht sich meiner Klage in der nächsten höheren Instanz annehmen tut. Ich will, dass Experten einer neutralen Nation mich untersuchen und ein unabhängiges Gesundheitsgutachten erstellen. Was ich verlange, ist eigentlich keine große Bitte, es sollte eigentlich selbstverständlich sein, denn ich bin auch nur ein Mensch, der ein Recht auf ein normales Leben hat. Ich muss nicht erst ein Opfer dieser Situation werden, damit die Wahrheit ans Licht kommt.

Die gesamte Deutsche Justiz behaupten, dass ich nicht genügend Beweise erbracht habe. Sehr wohl habe ich genügend Beweise erbracht, aber dennoch verdeckt die Deutsche Justiz die gesamte Kriminalität. Sie wissen, dass nur die Staatsanwaltschaft von Seiten der Deutsche Justiz und Psychiater dieses Staates die erforderlichen Beweise durch Untersuchungen und Ermittlungen erbringen kann, aber Sie wissen genau, dass dieses niemals geschehen wird. In ein anderes europäisches demokratisches Land (z.B. Schweiz) könnten Sie mich schicken, wo man mich untersuchen könnte und so die Wahrheit meiner physisch und psychischen Erkrankung ans Tageslicht bringen könnte und somit das „lügen Diagnose" der Charité entlarvt.

Ich bitte Sie dringend, dass Sie mich in ein anderes demokratische Land schicken z.B. Schweiz. Und sagen Sie nicht später, dass ich Sie nicht um Hilfe bat. Am 15. Mai. 2009 will ich **Selbstmord** machen, also ist meine Zeit begrenzt. Ich bekomme hier kein Recht und habe politische Probleme, denn dies treibt mich in den Selbstmord. **Mein recht, meine Freiheit und die Wahrheit sind wichtige Bestandteile in meinem Leben.**

Nach meinem Tot werden andere Nationen meine **CD** mit **Unterlagen** untersuchen und Sie dann fragen, warum Sie nicht gehandelt haben und die Angelegenheit verdeckt haben ? Sie müssen verstehen, dass mein Leben kaputt ist und dies auch kein Zufall ist. Die Politik hat mit der psychiatrischen Anstalt Hand in Hand zusammen gearbeitet.

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die zwei **Video CD** und zwei **CD** mit Dokumenten über meine 10 jährige Schwere und unmenschliche Lebensgeschichte.

Mit freundlichen Grüssen

Ismail Rustem

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin, 06 Apr. 2009

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin
An das:
Bundesministerium des Innern
Dr. Wolfgang Schäuble
Alt-Moabit 101D
10559 Berlin

Nur per Fax: +49 3018 681-2926

Sehr geehrte Herren Wolfgang Schäuble

Ich habe am 02.04.2009 vor dem Gebäude der Bündnis 90/ Die Grünen für mein, mir genommenes Recht, demonstriert. Daraufhin sind 2 Polizeiautos mit 3 Polizisten gekommen und haben mir gesagt, dass ich freiwillig ins geschlossene Psychiatrische Krankenhaus zusammen mit den Polizisten gehen muss. Ich habe nur geantwortet, dass es ungesetzlich sei und dass die Polizisten kein Recht haben mich an meiner für mein Recht kämpfenden Demonstration zu hindern, indem diese mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren. Ich habe außerdem bewiesen, dass ich vor verschiedenen Organisationen wie dem Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundespräsidentenhaus, Amnesty International, DRK, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Senats für Integration und Migration, verschiedene Berliner Zeitungsverlage, usw. bereits ab 15.12.2008 bis heute demonstriert habe. Immer kommen Polizisten, befragen mich und besprechen den Sachverhalt mit der Polizeizentrale, gehen weg und lassen mich dann weiter demonstrieren, weil das Menschenrechtsgericht, die UN, das Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundessozialgericht, Landessozialgericht, Landsgericht, Kammergericht und andere Gerichte der ersten Instanz , ab 15 Dez. 2008 wissen, dass ich bis zum 15.05.2009 nur für mein Recht demonstriere. Ich habe ebenfalls den Polizisten gesagt, dass mich Polizisten am 24.11.2008 **nicht** freiwillig in die geschlossene psychiatrische Anstalt eingesperrt worden bin, aus dem Grund, dass ich am 15.Mai 2009 Selbstmord machen werde und unter dem Druck meiner Anwälte aus Aserbaidschan für die Deutsche Botschaft in Aserbaidschan und das Menschenrechtsgericht ist der Richter vom Amtsgericht in die geschlossene psychiatrische Anstalt gekommen und wurde ich wieder freigelassen, denn es ist ungesetzlich, dass man es ignoriert, dass ein Mensch für sein Recht kämpft und ich kein Idiot bin; das Handeln der Polizei ist ungesetzlich gewesen.

Aber diese 2 Polizisten haben einfach nicht reagiert, haben einen Krankenwagen bestellt, mir Handschellen angelegt und anschließend mich in den Krankenwagen gebracht. Vor den anwesenden Menschen haben die Polizisten mich lächerlich gemacht, indem Sie durch Gesten gegenüber den Passanten mich als Idioten dargestellt haben, worauf die Passanten gelacht haben. Anschließend wurde ich nicht freiwillig und unter Druck der Polizisten in die geschlossene psychiatrische Anstalt gebracht. Nach der Meinung der Polizei sollte ich in der geschlossenen psychiatrischen Anstalt bleiben, doch der Arzt, dem St. Hedwig Krankenhaus Berlin Charite, sah die Situation anders, denn er hat nicht beauftragt, dass man mich einweisen solle. Unter dem Druck der Polizei ist ein weiterer Arzt gekommen und dieser wollte mich ungesetzlich dort behalten. Dann habe ich gesagt, dass ich einen **sofortigen** Hungerstreik ohne Wasser machen werde, keine AIDS-Medikamente weiter nehmen werde, dass ich **internationale Experten** wegen der **Ungerechtigkeit** dort haben möchte und sofort telefonischen Kontakt mit der aserbaidschanischen Botschaft haben möchte, da das Recht in dieser Situation auf meiner Seite gewesen ist. Der Arzt hat dann der Polizei erzählt, dass er kein Risiko eingehen möchte und dass ich freigelassen werde.

Diese gesamte Situation hat mehrere Stunden in Anspruch genommen, was meine Demonstration für mein Recht an diesem Tag zerstört hat. Ihre Polizisten haben nicht zum ersten Mal mir mein Recht in den letzten 5 Monaten weggenommen, verschiedene Anzeigen laufen diesbezüglich gegen Polizeibeamten, darum bitte ich Sie und fordere ich Sie auf, dass Sie den Polizisten mitteilen, dass diese mich nicht weiter an meiner Demonstration hindern und mich in der Öffentlichkeit bloßstellen, denn ich habe auch Ehre und wenn andere Person aus der Öffentlichkeit über mich lachen, dann wird damit meine Ehre zerstört. Sie und Ihre Polizisten müssen wissen, dass ich bis zum 15. Mai 2009 für mein Recht demonstriere und wenn ich bis dahin kein Recht zugesprochen bekomme, dann werde ich am 15. Mai 2009 Selbstmord machen; es ist nur ein Kampf um mein Recht und hat nichts mit einer psychischen Krankheit zu tun, wofür ein

Psychiater nicht verantwortlich sein muss, sondern die Justiz-Mafia ist für meine bevorstehenden Selbstmord verantwortlich. Indem Sie mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren oder mir eventuell Medikamente geben oder eine "Therapie" verordnen, hindert es mich nicht an meinem Selbstmord, denn dieser ist nicht bedingt durch eine psychiatrische Krankheit; ich möchte nur mein mir genommenes Recht wiedererkämpfen. Man kann mich nur vom Selbstmord abbringen, indem man mir Recht gibt. Sie wissen bereits, dass mich Ihre Polizisten ab dem Jahre 1999 geschlagen haben, meine Kleidung mir genommen und zerrissen haben, womit diese mit meiner Ehre gespielt haben und diese ganze Kriminalität ist eine unmenschliche Variante der Justiz-Mafia um diese Angelegenheit zu verdecken. Außerdem wissen Sie, dass ich vor dem Bundesverfassungsgericht Klage erhoben und habe erzählt, wenn diese Klage nicht bearbeitet und diese Angelegenheit mit der Schlägerei verdeckt, dann besteht nur die Möglichkeit, dass ich für mein Recht Selbstmord machen muss. Was wollen Sie machen, die Angelegenheit verdecken indem Sie mich in die geschlossene Anstalt einsperren und mich so ignorieren? Die Kriminalität haben Sie bereits verdeckt, nun wollen Sie mich in das geschlossene psychiatrische Krankenhaus noch verdecken, dass ich mein recht nicht weiterhin erkämpfen kann. Ihnen muss auch bewusst sein, dass viele verschiedene Gerichte mein recht kaputt gemacht haben, indem man mir z.B. über 5 Jahre verboten hat zum Arzt zu gehen, wodurch **16 schwere chronische Krankheiten** wie besonders mein **Herzinfarkt**, meine Lunge hat einen erheblichen Schaden, **Lungentuberkulose**, davongetragen ,**usw.**. Nun wollen Sie mich als Idioten darstellen und mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren. Das Einweisen in die geschlossene Anstalt dient nicht für mich als "Hilfe", sondern die Justiz-Mafia will mich nur einsperren, damit diese Ihre Kriminalität verdecken können.

Wenn Ihre Polizisten mich weiter so behandeln, dann erhebe ich Klage vor der UN, denn die Polizisten ignorieren mein Recht. Indem man mich in der Öffentlichkeit lächerlich macht, spielt die Polizei mit meiner Ehre, denn diese behandeln mich wie ein Mensch dritter Klasse, welcher im Dreck liegen muss und deswegen erhebe ich Klage vor der UN.

Eine Kopie des Schreibens geht an die UN, an das Menschenrechtsgericht und weitere bedeutsame Organisationen.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

*** ÜBERTRAGUNGSBERICHT ***

Lexmark 7300 Series

06/04/2009 12:18

STARTZEIT 12:17
GESENDET AN 03018681292 6
SEITEN 2
ERGEBNIS OK

ST. HEDWIG KLINIKEN
BERLIN
AKADEMISCHES LEHRKRANKENHAUS DER CHARITÉ

St. Hedwig-Krankenhaus · Große Hamburger Straße 5-11 · 10115 Berlin

Herr
Rustem Ismail
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Eine Einrichtung der Gesellschaften der
Alexianerbrüder

Telefon	Fax	E-Mail	**Abteilung**	Berlin, den 07.04.2009
030 - 2311 - 2132	**030 - 2311 - 2451**	**c.mueller@alexius.de**	**Kostensicherung**	
Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Internet **www.alexius.de**	Unser Zeichen	

Zahlungsaufforderung / Zahlungserinnerung Praxisgebühr

Sehr geehrte(r) Herr Rustem Ismail,

als Krankenhaus sind wir verpflichtet darauf hinzuweisen, dass Versicherte der gesetzlichen Krankenversicherung gem. § 28 SGB V für die ambulante Behandlung einschließlich der ambulanten Notfallbehandlung im Krankenhaus eine Praxisgebühr in Höhe von 10,00 Euro je Quartal zu entrichten haben.

Wir bitten Sie daher, zahlen Sie die Praxisgebühr von
10,00 Euro
für Ihre Behandlung in der Ersten-Hilfe-Stelle unseres Krankenhauses am 02.04.2009 unverzüglich, spätestens innerhalb von 10 Tagen nach der Behandlung, auf das Konto

Konto-Nr.: **6000650011** BLZ: **37060193** bei der **PAX-Bank Berlin e.G.**

unter Angabe der Fall-Nr. **304139-002**oder des **Geburtsdatums** und Ihres **Namens** ein.

Sozialhilfeempfänger, die eine Krankenversichertenkarte besitzen, müssen die Praxisgebühr bezahlen.
Die Praxisgebühr muss nicht bezahlt werden bei:

- Kindern und Jugendlichen bis zur Vollendung des 18.Lebensjahres
- BG- und Privatpatienten
- Vorstationären Patienten
- Besonderen Kostenträgern (z. B. Zivildienstleistenden, Asylbewerbern)
- Gesetzlich Versicherten, die Kostenerstattung gewählt haben
- Patienten die eine für das entsprechende Quartal geltende Zuzahlungsbefreiung haben

Rein vorsorglich weisen wir Sie darauf hin, dass bei Nichtzahlung gemäß Bundesmantelvertrag/Ärzte unsere Kassenärztliche Vereinigung ein weiteres Mahnverfahren und ggf. Vollstreckungsmaßnahmen durchführen muss.
Dies wäre dann mit weiteren Kosten für Sie verbunden. Wir bitten Sie daher – in Ihrem eigenen Interesse – die ausstehende Forderung innerhalb der genannten Frist zu zahlen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Krankenhausleitung

Berliner Feuerwehr
Serviceeinheit Finanzen und Innere Dienste
-Einnahmewirtschaft-

Berlin

Berlin, den 26.06.2009

BERLINER FEUERWEHR, Voltairestraße 2, D-10179 Berlin
Frau / Herrn / Firma

Rusken
Ismail
Wichmannstr. 9

D 10787 Berlin

Gebührenbescheid

ID-Kenn.-Nr. bitte stets angeben
1090639830

Bearbeiter : Fr. Heidemann
Telefon: (030) 387 10564

Gebühr: 281,43 **EUR**

Einsatz im Notfallrettungsdienst am 02.04.2009
Art der Leistung: Transport und Versorgung von Notfallpatienten
Eingesetzte Rettungsmittel: RTW(Rettungswagen)

Notfallpatient Rusken, Ismail

Transport: St. Hedwig Kliniken Berlin

Letzter ablehnender Kostenträger: AOK - Allgemeine Ortskrankenkasse Ber

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

die Berliner Feuerwehr hat für Sie bzw. für die oben genannte Person eine rettungsdienstliche Leistung erbracht. Diese ist nach der Gebührenordnung für die Benutzung von Einrichtungen der Berliner Feuerwehr vom 13.04.1995 (GVBl.S. 293) in der zur Zeit der Leistung geltenden Fassung nach einem festen Satz gebührenpflichtig (Tarifstellen für den Rettungsdienst: B 1.1/B 2.1 Rettungswagen-RTW; B 1.2.1/B 2.2 Notarztwagen-NAW-mit Transport; B 1.2.2 Notarztwagen-NAW-Einsatz; B 1.2.3/B 2.3 Notarzt-Einsatzfahrzeug-NEF; B 1.3/B 2.4 Rettungshubschrauber-RTH-Einsatz und B 1.4 Geburtshilflicher Wagen-GHW).

Daher bitte ich Sie, den o.a. Gebührenbetrag innerhalb eines Monats nach Eingang dieses Bescheides auf eines der u.a. Konten der Landeshauptkasse Berlin unter Angabe des Buchungszeichens 0565/11152, der ID-Kenn.-Nr. und des Namens des Leistungsnehmers zu überweisen.

Dieser Bescheid wurde im automatischen Verfahren ausgedruckt und trägt daher keine Unterschrift. Er wird auch ohne Unterschrift nach Ablauf der Rechtsbehelfsfrist bestandskräftig.

Die Rechtsbehelfsbelehrung befindet sich auf der Rückseite. Sie ist Bestandteil dieses Bescheides.

Mit freundlichen Grüßen
Berliner Feuerwehr

Auslandsüberweisungen: Postbank Berlin
IBAN-Nr.: DE47100100100000058100 **BIC-Code: PBNKDEFF**

Bitte beachten Sie die Rückseite!!!

Konten der Landeshauptkasse Berlin, 10179 Berlin

Postbank Berlin	BLZ 100 100 10	Konto-Nr. 58100
Berliner Sparkasse	BLZ 100 500 00	Konto-Nr. 0990007600
Berliner Bank	BLZ 100 200 00	Konto-Nr. 9919260800
Deutsche Bundesbank	BLZ 100 000 00	Konto-Nr. 10001520

Überweisung / Zahlschein

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)

Landeshauptkasse Berlin, 10179 Berlin

Konto-Nr. des Begünstigten

58100

Bankleitzahl

10010010

Kreditinstitut des Begünstigten

POSTBANK BERLIN

EUR

Betrag: Euro, Cent

281,43

Kunden-Referenznummer – noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Auftraggebers – (nur für Begünstigten)

0565/11152 ID 1090639830

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Rusken, Ismail

Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, kein Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Fernsprech-/
Telefax-/
Verkehrsverbindungen zur
Einnahmewirtschaft

Telefax (030) 387 10 599
Telefon-Zentrale: (030) 387 111

Verkehrsverbindungen zum Dienstgebäude der Einnahmewirtschaft:

Voltairestraße 2, 10179 Berlin

U 2 Klosterstraße
U 8 Jannowitzbrücke
S 5, 7, 9, 75 Jannowitzbrücke

Öffentliche Parkplätze sind ggf. kostenpflichtig!

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Berliner Feuerwehr
Voltairestraße 2

10179 Berlin

Zentrale Beschwerdestelle
Nur per Fax: 030 387–10 999

und

Serviceeinheit Finanzen und Innere Dienste
Nur per Fax: 030 387–10 509

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: nes.ben@hotmail.de
www.rustemazeri.com

Berlin, 06 Juli. 2009

ID-Kenn.-Nr. 1090639830

WIDERSPRUCH

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 26.06.2009, indem Sie **281,34 €** für einen Einsatz Ihrerseits fordern. Dem widerspreche ich, da ich ungesetzlich von der Polizei festgenommen, Handschellen wurden angelegt, wurden bin und die Polizei daraufhin Sie verständigt hat. Sie haben mich bis zur Psychiatrische Klinikum Charité transportiert, wo ich dann umgehend wieder freigelassen wurde. Dies beweist, dass ich zu **Unrecht** als psychisch Kranker festgenommen wurde. **Ich** und **meine Krankenkasse** müssen und werden für keine Kosten aufkommen, die dadurch entstehen, dass die Polizei mich spaßeshalber festnimmt und mich die Sanitäter auch nicht vor Ort untersuchen, ob ich überhaupt eingewiesen werden muss. Ich bin ein Mensch, ein Individuum und kein Gegenstand, den man beliebig behandeln kann, wie es einem gerade recht ist. Über die Festnahme habe ich bereits Klage beim Innenministerium erhoben, (Kopie anbei). Die von Ihnen geforderte Summe muss die Person/ Behörde begleichen, die diesen Einsatz veranlasst hat und Sie so in die Scharade mit hinein gezogen haben.

Informationen über mich und meine Probleme finden Sie auch unter **www.rustemazeri.com** .

Hochachtungsvoll

Rustem Azeri

*** ÜBERTRAGUNGSBERICHT ***

Lexmark 7300 Series

06/07/2009 12:16

STARTZEIT	GESENDET AN	SEITEN	ERGEBNIS
12:15	03038710999	3	OK

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Berliner Feuerwehr
Voltairestraße 2

10179 Berlin

Zentrale Beschwerdestelle
Nur per Fax: 030 387-10 999

und

Serviceeinheit Finanzen und Innere Dienste
Nur per Fax: 030 387-10 509

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: nes.ben@hotmail.de
www.rustemazeri.com

Berlin, 06 Juli. 2009

ID-Kenn.-Nr. 1090639830

WIDERSPRUCH

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich beziehe mich auf Ihr Schreiben vom 26.06.2009, indem Sie **281,34 €** für einen Einsatz Ihrerseits fordern. Dem widerspreche ich, da ich ungesetzlich von der Polizei festgenommen, Handschellen wurden angelegt, wurden bin und die Polizei daraufhin Sie verständigt hat. Sie haben mich bis zur Psychiatrische Klinikum Charité transportiert, wo ich dann umgehend wieder freigelassen wurde. Dies beweist, dass ich zu **Unrecht** als psychisch Kranker festgenommen wurde. **Ich** und **meine Krankenkasse** müssen und werden für keine Kosten aufkommen, die dadurch entstehen, dass die Polizei mich spaßeshalber festnimmt und mich die Sanitäter auch nicht vor Ort untersuchen, ob ich überhaupt eingewiesen werden muss. Ich bin ein Mensch, ein Individuum und kein Gegenstand, den man beliebig behandeln kann, wie es einem gerade recht ist. Über die Festnahme habe ich bereits Klage beim Innenministerium erhoben, (Kopie anbei). Die von Ihnen geforderte Summe muss die Person/ Behörde begleichen, die diesen Einsatz veranlasst hat und Sie so in die Scharade mit hinein gezogen haben.

Informationen über mich und meine Probleme finden Sie auch unter **www.rustemazeri.com** .

Hochachtungsvoll

Rustem Azeri

*** ÜBERTRAGUNGSBERICHT ***

06/07/2009 12:21	Lexmark 7300 Series		
STARTZEIT	GESENDET AN	SEITEN	ERGEBNIS
12:19	03038710509	3	OK

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin, 06 Apr. 2009

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin
An das:
Bundesministerium des Innern
Dr. Wolfgang Schäuble
Alt-Moabit 101D
10559 Berlin

Nur per Fax: +49 3018 681-2926

Sehr geehrte Herren Wolfgang Schäuble

Ich habe am 02.04.2009 vor dem Gebäude der Bündnis 90/ Die Grünen für mein, mir genommenes Recht, demonstriert. Daraufhin sind 2 Polizeiautos mit 3 Polizisten gekommen und haben mir gesagt, dass ich freiwillig ins geschlossene Psychiatrische Krankenhaus zusammen mit den Polizisten gehen muss. Ich habe nur geantwortet, dass es ungesetzlich sei und dass die Polizisten kein Recht haben mich an meiner für mein Recht kämpfenden Demonstration zu hindern, indem diese mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren. Ich habe außerdem bewiesen, dass ich vor verschiedenen Organisationen wie dem Bundestag, Bundeskanzleramt, Bundespräsidentenhaus, Amnesty International, DRK, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, Senats für Integration und Migration, verschiedene Berliner Zeitungsverlage, usw. bereits ab 15.12.2008 bis heute demonstriert habe. Immer kommen Polizisten, befragen mich und besprechen den Sachverhalt mit der Polizeizentrale, gehen weg und lassen mich dann weiter demonstrieren, weil das Menschenrechtsgericht, die UN, das Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof, Bundessozialgericht, Landessozialgericht, Landsgericht, Kammergericht und andere Gerichte der ersten Instanz , ab 15 Dez. 2008 wissen, dass ich bis zum 15.05.2009 nur für mein Recht demonstriere. Ich habe ebenfalls den Polizisten gesagt, dass mich Polizisten am 24.11.2008 **nicht** freiwillig in die geschlossene psychiatrische Anstalt eingesperrt worden bin, aus dem Grund, dass ich am 15.Mai 2009 Selbstmord machen werde und unter dem Druck meiner Anwälte aus Aserbaidschan für die Deutsche Botschaft in Aserbaidschan und das Menschenrechtsgericht ist der Richter vom Amtsgericht in die geschlossene psychiatrische Anstalt gekommen und wurde ich wieder freigelassen, denn es ist ungesetzlich, dass man es ignoriert, dass ein Mensch für sein Recht kämpft und ich kein Idiot bin; das Handeln der Polizei ist ungesetzlich gewesen.

Aber diese 2 Polizisten haben einfach nicht reagiert, haben einen Krankenwagen bestellt, mir Handschellen angelegt und anschließend mich in den Krankenwagen gebracht. Vor den anwesenden Menschen haben die Polizisten mich lächerlich gemacht, indem Sie durch Gesten gegenüber den Passanten mich als Idioten dargestellt haben, worauf die Passanten gelacht haben. Anschließend wurde ich nicht freiwillig und unter Druck der Polizisten in die geschlossene psychiatrische Anstalt gebracht. Nach der Meinung der Polizei sollte ich in der geschlossenen psychiatrischen Anstalt bleiben, doch der Arzt, dem St. Hedwig Krankenhaus Berlin Charite, sah die Situation anders, denn er hat nicht beauftragt, dass man mich einweisen solle. Unter dem Druck der Polizei ist ein weiterer Arzt gekommen und dieser wollte mich ungesetzlich dort behalten. Dann habe ich gesagt, dass ich einen **sofortigen** Hungerstreik ohne Wasser machen werde, keine AIDS-Medikamente weiter nehmen werde, dass ich **internationale Experten** wegen der **Ungerechtigkeit** dort haben möchte und sofort telefonischen Kontakt mit der aserbaidschanischen Botschaft haben möchte, da das Recht in dieser Situation auf meiner Seite gewesen ist. Der Arzt hat dann der Polizei erzählt, dass er kein Risiko eingehen möchte und dass ich freigelassen werde.

Diese gesamte Situation hat mehrere Stunden in Anspruch genommen, was meine Demonstration für mein Recht an diesem Tag zerstört hat. Ihre Polizisten haben nicht zum ersten Mal mir mein Recht in den letzten 5 Monaten weggenommen, verschiedene Anzeigen laufen diesbezüglich gegen Polizeibeamten, darum bitte ich Sie und fordere ich Sie auf, dass Sie den Polizisten mitteilen, dass diese mich nicht weiter an meiner Demonstration hindern und mich in der Öffentlichkeit bloßstellen, denn ich habe auch Ehre und wenn andere Person aus der Öffentlichkeit über mich lachen, dann wird damit meine Ehre zerstört. Sie und Ihre Polizisten müssen wissen, dass ich bis zum 15. Mai 2009 für mein Recht demonstriere und wenn ich bis dahin kein Recht zugesprochen bekomme, dann werde ich am 15. Mai 2009 Selbstmord machen; es ist nur ein Kampf um mein Recht und hat nichts mit einer psychischen Krankheit zu tun, wofür ein

Psychiater nicht verantwortlich sein muss, sondern die Justiz-Mafia ist für meine bevorstehenden Selbstmord verantwortlich. Indem Sie mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren oder mir eventuell Medikamente geben oder eine "Therapie" verordnen, hindert es mich nicht an meinem Selbstmord, denn dieser ist nicht bedingt durch eine psychiatrische Krankheit; ich möchte nur mein mir genommenes Recht wiedererkämpfen. Man kann mich nur vom Selbstmord abbringen, indem man mir Recht gibt. Sie wissen bereits, dass mich Ihre Polizisten ab dem Jahre 1999 geschlagen haben, meine Kleidung mir genommen und zerrissen haben, womit diese mit meiner Ehre gespielt haben und diese ganze Kriminalität ist eine unmenschliche Variante der Justiz-Mafia um diese Angelegenheit zu verdecken. Außerdem wissen Sie, dass ich vor dem Bundesverfassungsgericht Klage erhoben und habe erzählt, wenn diese Klage nicht bearbeitet und diese Angelegenheit mit der Schlägerei verdeckt, dann besteht nur die Möglichkeit, dass ich für mein Recht Selbstmord machen muss. Was wollen Sie machen, die Angelegenheit verdecken indem Sie mich in die geschlossene Anstalt einsperren und mich so ignorieren? Die Kriminalität haben Sie bereits verdeckt, nun wollen Sie mich in das geschlossene psychiatrische Krankenhaus noch verdecken, dass ich mein recht nicht weiterhin erkämpfen kann. Ihnen muss auch bewusst sein, dass viele verschiedene Gerichte mein recht kaputt gemacht haben, indem man mir z.B. über 5 Jahre verboten hat zum Arzt zu gehen, wodurch **16 schwere chronische Krankheiten** wie besonders mein **Herzinfarkt**, meine Lunge hat einen erheblichen Schaden, **Lungentuberkulose**, davongetragen ,**usw.**. Nun wollen Sie mich als Idioten darstellen und mich in die geschlossene psychiatrische Anstalt einsperren. Das Einweisen in die geschlossene Anstalt dient nicht für mich als "Hilfe", sondern die Justiz-Mafia will mich nur einsperren, damit diese Ihre Kriminalität verdecken können.

Wenn Ihre Polizisten mich weiter so behandeln, dann erhebe ich Klage vor der UN, denn die Polizisten ignorieren mein Recht. Indem man mich in der Öffentlichkeit lächerlich macht, spielt die Polizei mit meiner Ehre, denn diese behandeln mich wie ein Mensch dritter Klasse, welcher im Dreck liegen muss und deswegen erhebe ich Klage vor der UN.

Eine Kopie des Schreibens geht an die UN, an das Menschenrechtsgericht und weitere bedeutsame Organisationen.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

06/04/2009 12:18 Lexmark 7300 Series
STARTZEIT GEGENDET AN SEITEN ERGEBNIS
12:17 0301868129226 2 OK
*** UEBERTRAGUNGSBERICHT ***

Berliner Feuerwehr

Serviceeinheit Finanzen und Innere Dienste
- Einnahmewirtschaft -

Berliner Feuerwehr ✍ 10150 Berlin (Postanschrift)

Rustem
Ismail
Wichmannstr. 9
D 10787 Berlin

Dienstgebäude
Voltairestr. 2
10179 Berlin

Zimmer: 410
Tel. intern: (99410)

Bearbeiter/in	Telefon (030)	FAX (030)	Datum	Geschäftszeichen
Fr. Jung EW221	387 10569	387 10598	08.07.2009	Bei Antwort bitte angeben ABK-ID: 1090639830

Notfallrettungstransport vom 02.04.2009
Ihr Widerspruch vom 06.07.2009

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

ich bestätige den Eingang o.a. Widerspruchsschreibens gegen unseren Gebührenbescheid ID-Kenn-Nr. 1090639830 mit Postzustellung vom 26.06.2009. Der für Sie zutreffende Text ist markiert.

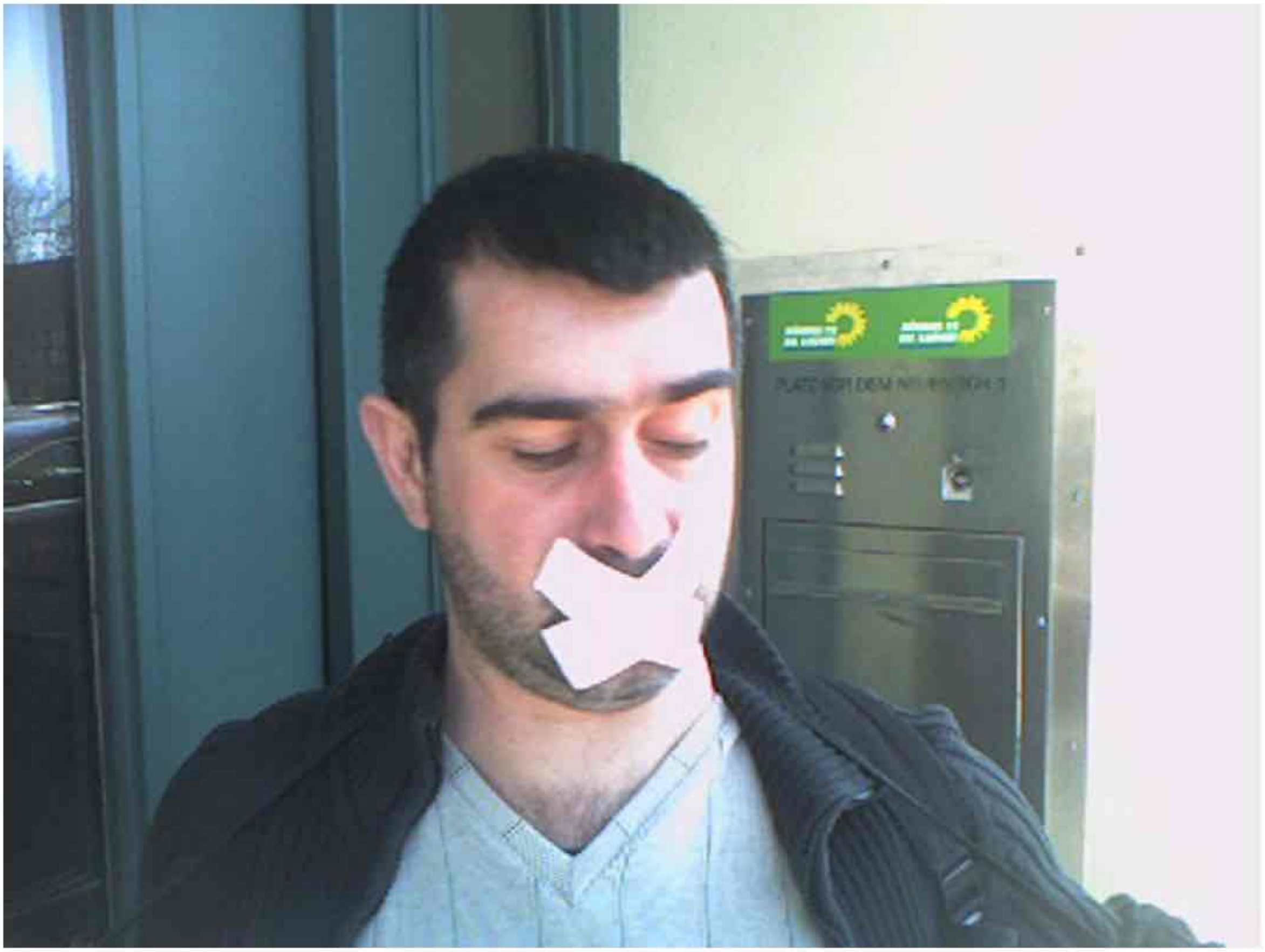
[x] Ich habe zunächst in dieser Angelegenheit einige Ermittlungen durchzuführen. Sie erhalten im Anschluss daran unaufgefordert weitere Nachricht.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Jung


www.youtube.com
Rustem Azen 61-52-64
APPEAL TO
THE WORLD STATES
www.myvideo.de
Rustem Azen 1,2-3








BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Landesamt für Gesundheit und Soziales
- Versorgungsamt-
Postfach 310929, 10639 Berlin (Postanschrift)
Sächsische Str. 28

10707 Berlin

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: nes.ben@hotmail.de
www.rustemazeri.com

Berlin, 24 Juli. 2009

Dieses Schreiben wurde mir mit Hilfe von anderen geschrieben.

WIDERSPRUCH

Nur per Fax: 030 / 90229 6096

Geschäftszeichen: III D04 3336228

Sehr geehrte Damen und Herrn,

hiermit widerspreche ich Ihrem Bescheid vom 20.07.2009

Sie möchten mir **80** Grad Schwer Behinderung (GdB) geben für die Begründung

a) Erworbenes Immunmangelsyndrom, Folgezustände
und
b) Persönlichkeitsstörung; Depression; psychosomatische Störungen

Ich habe auch andere Schwere Krankheiten z.B. Z.n. Lungentuberkulose , Somatisierungsstörung , **Perniziöse Amämie , AIDS Infections , Z.n. Myokarditis (Infarkt) , Vitamin B 12 Mangelamämie , Prostatitis chronisch ,** Z.n. Ulkus ventriculi , Hepatitis A chronisch , Z.n. Lues II (Suflis) , Hämorrhoiden , Asthmoide Bronchitis chronisch , **Refluxösophagitis I , Erosive Pangastritis chronisch**

Bitte fügen Sie diese Krankheiten zum Grund **a)**.

Es ist Sehr wichtig für 100 % Prozentige Schwer behindert Ausweis, weil meine dieser Krankheiten, wurde ja vom Krankenhaus bestätigt.

Und meine Link Auge ist auch fast nicht mehr in Ordnung es **kann** jeder Zeit blind Sein. Da ich ja viele Wirren im meiner Augen habe. Sie können auch Kontrollieren.

Hiermit bitte ich Sie auch, das Diagnosewort **(Persönlichkeitsstörung)** von **b)** auf das Wort **Terrorisierungsstörung** Umzuändern !

Da meine gesamte Angelegenheit einen zu großen Rahmen hat, kann ich Ihnen keine Kopien zukommen lassen, da meine finanziellen Mittel nur sehr begrenzt sind. Daher bitte ich Sie auf die Internetseite **www.rustemazeri.com** zu gehen. Dort müssen Sie dann auf den Ordner **9) COURT Germani** klicken, anschließend auf **Dokument 02/**. In den folgenden Ordner können Sie sich einen Überblick über den gesamten Krankheiten machen.

Mit freundlichen Grüßen

R. Ismail

ERGEBNIS OK
SEITEN 1
GESENDET AN 03090229096
STARTZEIT 12:54
24/07/2009 12:55 Lexmark 7300 Series
*** UBERTRAGUNGSBERICHT ***

Gültig bis Ende	Monat	Jahr	Monat	Jahr	Monat	Jahr	Merkzeichen
	01/2025						



Schwerbehindertenausweis

Sondervermerke des Landes

für **Ismail**
(Familienname)

Rustem
(Vornamen)

geboren am: **07.11.1970**

Az: **D04**

3336228

Berlin, den **05.02.2010**
Im Auftrage

Versorgungsamt Berlin
(Ausfertigende Behörde, Unterschrift)

Bundesdruckerei Z: 01 – 64001/0000

Merkzeichen						

Grad der Behinderung (GdB): **80**

Der Ausweis ist gültig ab: **21.02.2008**

Abweichend hiervon kann mit diesem Ausweis nachgewiesen werden:

Der Ausweis ist amtlicher Nachweis für die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch, den Grad der Behinderung, die auf ihm eingetragenen weiteren gesundheitlichen Merkmale und die Zugehörigkeit zu Sondergruppen. Er dient dem Nachweis für die Inanspruchnahme von Rechten und Nachteilsausgleichen, die schwerbehinderten Menschen nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch oder nach anderen Vorschriften zustehen.

Änderungen in den für die Eintragungen maßgebenden Verhältnissen sind der ausstellenden Behörde unverzüglich mitzuteilen. Nach Aufforderung ist der Ausweis, der Eigentum der ausstellenden Behörde bleibt, zum Zwecke der Berichtigung oder Einziehung vorzulegen. Die mißbräuchliche Verwendung ist strafbar.



Quelle: www.unipublic.unizh.ch/ Montage O. Beutler

Im Jahr 2006 haben 21.000 Menschen in Deutschland beantragt, so wenige wie noch nie seit 1983. Im selben Zeitraum wurden 251 Personen als Asylberechtigte anerkannt und 1.097 Menschen erhielten Abschiebeschutz. Nicht einmal fünf Prozent der Antragsverfahren endeten somit positiv.

Die Antirassistische Initiative e. V. verweist nicht nur auf die schleppenden und fremdenfeindlichen Verfahren, die sich oft über bis zu 15 Jahre hinziehen. Sie hat auch die Fälle aufgelistet, in denen Asylbewerber zu Tode gekommen sind oder erhebliche körperliche Schäden genommen haben. Für den Zeitraum von 1993 bis 2006 ergibt das folgende schwarze Bilanz:

170 Flüchtlinge starben auf dem Weg in die Bundesrepublik Deutschland oder an der Grenze, davon allein 127 an den deutschen Ostgrenzen.
470 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 290 an den deutschen Ostgrenzen.
138 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, davon 50 Menschen in Abschiebehaft.
669 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 399 Menschen in Abschiebehaft.
5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung.
327 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt.
25 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode.
411 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert.
67 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos.
13 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen.
390 Flüchtlinge wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 129 Menschen in Haft.
67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte.
744 Menschen wurden dabei zum Teil erheblich verletzt.
13 Menschen starben durch rassistische Übergriffe auf der Straße.
Die Dunkelziffern dieser Fälle sind mit Sicherheit sehr viel höher.

Eine umfassende Dokumentation für den Zeitraum 1993 bis 2006 stellt die Antirassistische Initiative e. V. zur Verfügung.

Sie befindet sich im Haus Bethanien /Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin. Telefon 030-61740440.

Internet: www.ari-berlin.org

Hier können auch Übergriffe auf Flüchtlinge gemeldet werden.

Und das alles passiert auch vor unseren Augen in Berlin.

2006

13. Februar, Abschiebegefängnis Köpenick: Ein 63jähriger Mazedonier versucht sich angesichts seiner drohenden Abschiebung zu erhängen; 14 Mitgefangene treten in den Hungerstreik und setzen Matratzen in Brand, mehr als 100 Gefangene erleiden schwere Rauchvergiftungen.
24. Februar, Bellermannstraße: der Roma Zarko Barbul soll abgeschoben werden und klettert in Panik auf die Fensterbank im 3. Stock; er stürzt 15 Meter in die Tiefe, erleidet mehrfache Knochenbrüche.
17. März, Hohenschönhausen: Bei einem Brand in einer Flüchtlingsunterkunft werden vier Menschen verletzt.
13. September, Justizvollzugsanstalt Moabit: der kurdische, anerkannte politische Flüchtling Dervis Orhan wird in Berlin verhaftet und tritt in einen Hungerstreik.
10. November, Alte Schönhauser Straße: Ein 23jähriger Flüchtling wird von zwei Männern rassistisch beschimpft und geschlagen und getreten. Die herbeigerufene Polizei kümmert sich nicht um den Verletzten; im Krankenhaus wird ein mehrfacher Unterkieferbruch festgestellt.
27. November, Tempelhof: Ein 30jähriger Russe soll gefesselt nach Weißrussland abgeschoben werden; als er um einen Anwalt bittet, tritt ein Beamter in seine Fußfessel, sodass er gegen die Wand schlägt; der Russe muss stationär im Krankenhaus behandelt werden.

2005

5. Januar, Abschiebegefängnis Köpenick: Ein 45jähriger Gefangener schneidet sich die Unterarme auf.
8. Februar, Abschiebegefängnis Köpenick: die allein erziehende und psychisch kranke Romni Hanusa Vasi? wird ohne ihre Kinder nach Sarajewo abgeschoben, sie gilt seitdem als verschollen.
25. Februar, Kreuzberg: Der 26jährige Ramazan Kaya stürzt sich aus dem Fenster und erliegt seinen Verletzungen; er litt unter akuten Depressionen wegen der Aufenthaltsunsicherheit und war deswegen im Urban-Krankenhaus behandelt worden.
1. April, Abschiebegefängnis Köpenick: Selbstmordversuche eines kurdischen und eines libanesischen Gefangenen.
28. Mai, Abschiebegefängnis Köpenick: unterlassene Hilfeleistung zum Nachteil eines algerischen Häftlings, der einen Herzinfarkt erlitten hatte.
14. Juni, Abschiebegefängnis Köpenick: Selbstmordversuch eines Gefangenen aus Serbien-Montenegro
4. Juli, Abschiebegefängnis Köpenick: Selbstmordversuch eines 23jährigen Tunesiers
29. September, Märkisches Viertel: Ein 39jähriger Ghanaer stürzte sich bei einem Polizeieinsatz aus dem 4. Stock einer Wohnung, weil er keine gültigen Aufenthaltspapiere besaß.
29. Oktober, Abschiebegefängnis Köpenick: Selbstmordversuch eines 30jährigen Algeriers

■ ***Manfred Wolff***

„Der Lagerkomplex“

Flüchtlinge, Bramsche-Hesepe und die freiwillige Ausreise

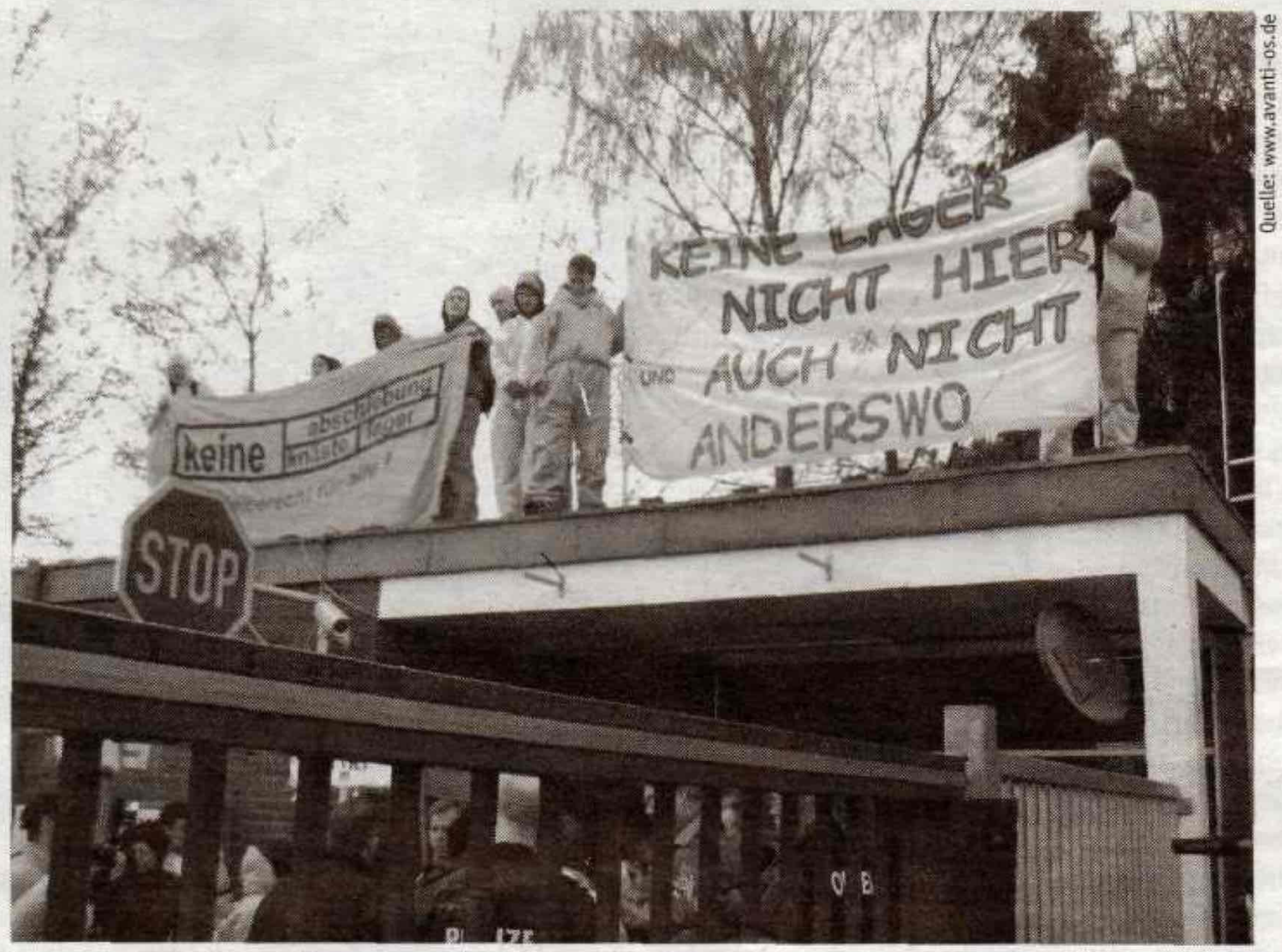


Aus der Luft nähert sich die Kamera dem Komplex. Man erfährt, dass es sich ursprünglich um eine im Zweiten Weltkrieg von Zwangsarbeitern gebaute Flughafenanlage handelte. Somit erklärt sich die geografische Lage – möglichst nah an der Küste, Luftlinie nach Großbritannien, das Ziel der Bomber. Die Ansiedlung ostpreußischer Flüchtlinge nach 1945 hat den Batzen Bramsche-Hesepe (in Niedersachsen) dann erst zum Dorf anwachsen lassen. Ironischerweise sind es gerade diese Menschen, die selber eine Flüchtlingsbiografie aufweisen, also alles verloren haben, die nun satt und mit kleinbürgerlicher Besitzstandserhaltung über ihre Jägerzäune hinweg mit üblen Meinungen nicht hinterm Berg halten: *Hier sind die Asylsuchenden nicht erwünscht, dieses* arbeitsfaule, diebische Gesindel!

„Der Lagerkomplex“, D 2006, Regie/Kamera/Schnitt: Knicki Now!, Produktion: Kinoki Now!

Gefördert durch den Solifonds der Hans-Böckler-Stiftung

Wie die Anwohner bleibt auch das Filmteam draußen vor dem Tor, bis auf wenige, kurze, mit versteckter Kamera gedrehte Sequenzen. Die zuständige Behörde verweigerte die Drehgenehmigung, vermutlich um das Projekt zu kippen. Nun bezieht der Film aber seine Stärke nicht aus den – sicher beklemmenden – Bildern, sondern aus den Fakten, von denen er berichtet. Die 90 Minuten



Quelle: www.avanti-os.de

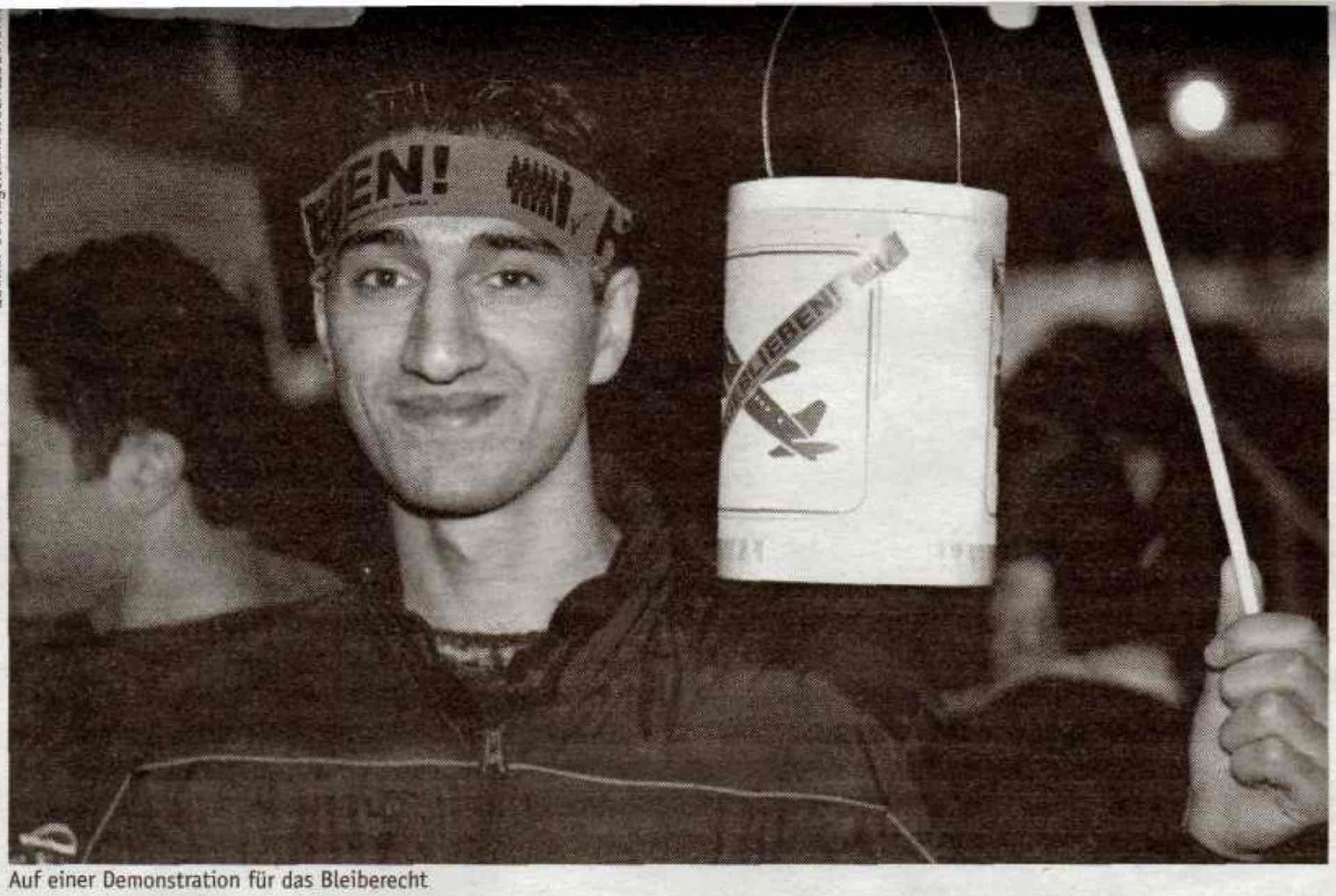
sind intensiv, informativ und deprimierend. Die persönlichen Schicksale, die Unbegreiflichkeit der behördlichen Bescheide, die individuelle Verzweiflung, die Angst vor dem tatsächlichen Akt der Abschiebung und davor, was dann passiert ... Parallel dazu die Unerträglichkeit der augenblicklichen Situation, die unmenschliche, *ent-individualisierende Organisationsmaschinerie, die nur* notdürftig ihren Zweck vertuscht. Denn tatsächlich geht es ja darum, die Menschen zur „freiwilligen Rückkehr“ zu bewegen, damit man sich die erzwungene sparen kann, die ein Vielfaches der Kosten verursacht (in Bayern heißen diese Einrichtungen von offizieller Seite auch euphemistisch „Ausreisezentren“).

Der Einblick in die Umstände und das Lebensgefühl der Abzuschiebenden ist so direkt aufgezeichnet, als würden diese Frauen und Männer mir ihre Geschichten erzählen. Ich bin der Asylant/die Asylantin, ich muss mich jeden Tag zur festgesetzten Zeit mit einem Mittagessen aus Reis, Nudeln und (!) Kartoffelbrei anfüllen, um mich hinterher zu übergeben. Die Unterwerfung unter d rigide Lagerautomatik ruft Symptome hervor. Bewohner, die de Lageraufenthalt mit Gefängnisaufenthalten vergleichen, weil si *aus Not straffällig geworden sind* (Drogenmissbrauch, Diebstahl beide Erfahrungen machen, geben dem Gefängnis eindeutig der Vorzug: Das Essen ist besser, man kann ARBEITEN! Ist nicht zur totalen Stupidität verurteilt, verfügt über Persönlichkeitsrechte die einem Selbstachtung ermöglichen. Lakonisch die Feststellu dass es überall an den Grenzen Europas solche Lager gibt, dass die Erfüllung eben dieser Flüchtlingskonvention mit zu den Voraussetzungen für die Aufnahme in die EU gehört, dass Asylpoli schon lange zugunsten von Abschiebepolitik abgeschafft wurde Aber lässt es sich nachvollziehen, das wir/unser Land keine Folteropfer aufnehmen?!

Ein Interview mit einem auf Folteropf spezialisierten Arzt und Menschenrec ler ist zwischengeschnitten und inter punktiert den Film. Er erklärt, wieso es *gerade für Menschen mit diesen* Erfahrungen (die Asylsuchende häufig gemacht haben), die eben eine traumatische Deformierung ihrer Integrit erleben mussten, unter den Bedingungen der Ent-Persönlichung und Ent-Individualisierung, der totalen Kontrolle und Fremdbestimmung, der verordnet Beschäftigungslosigkeit noch viel me zu leiden haben als Menschen ohne solche. Ein Experte, der Stellung bezi und eine Politik, die solche Methoder anwendet, verurteilt.

Zum Glück dokumentiert der Film auc Protest und Widerstand gegen die Zustände im Lager, eine farbenfrohe Demo und eine öffentliche Aktion in Fußgängerzone von Oldenburg. Drama turgische Steigerung ist die Misshandlung eines Insassen durch den Hausmeister am Ende des Films, die den rechtlosen Status Menschen noch mal verdeutlicht, unabhängig, wie man zur Asy politik steht: Eine Anzeigenerstattung wird vereitelt (Dolmetsc und Transport zur nächsten Polizeidienststelle werden verweige *und außerdem lügt der doch sowieso, sagt das Personal.*

Der Film zeigt einen inhumanen Umgang mit Menschen unter d Vorwand von Sachzwängen und erzeugt unweigerlich Assoziati nen aus der jüngsten deutschen Geschichte. Ignacio Silon warn auf dem Sterbebett, wenn der Faschismus zurückkäme, würde e nicht sagen: Hallo, Leute, da bin ich wieder, ich bin der Faschi mus! Sondern er wird getarnt und unter anderem Namen sich einzuschleichen versuchen. Darum seid wachsam! Sagt nicht, il hättet nichts gewusst! ■



Quelle: 100tage.bleiberechtsbuero.de

Auf einer Demonstration für das Bleiberecht

AUF EINE TRAUERSPIELERISCHE WEISE

Asylrecht ist Menschenrecht, ist Asylrecht Menschenrecht?

„There are more things in heaven and earth, Horatio, Than are dreamt in your philosophy." *(Shakespeare)*

Stellen wir uns einmal für einen einzigen Augenblick lang vor, dass derzeit vierzig Millionen Menschen auf der Flucht sind. – Und wir sind den Tränen nahe, wenn das Töchterlein sich heute um ein halbes Stündchen verspätet. Da stehen wir sorgenvoll im Schatten und wissen nicht ein noch aus. Doch das unerträgliche Leid von Dutzenden von Millionen Menschen berührt uns kaum? Und selbst wenn es uns erreicht, dann fällt niemand von uns diesen Verwaltern in den Arm, die das Recht auf Asyl zwar postulieren, es jedoch nicht gewähren, sondern als grobes Instrument handhaben, um sich vom Halse zu schaffen, dass Elende sich zu uns flüchten.

Andersherum: Die Flüchtigen verlassen ihre Heimaten, weil sie sich gezwungen sehen fortzugehen (Was wäre denn, wenn es mir so erginge?!!!). Offensichtlich sind die Lebensverhältnisse dort wohl unerträglich geworden. Das bedeutet für uns, wie es in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt: „Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen." Also ist es nicht zu ertragen, dass die Verfolgungsklausel gegen diejenigen gewendet wird, die unter uns wohnen. Hier angekommen, hat jeder denselben Freiraum zu genießen, den wir für uns selbst für selbstverständlich halten. Punktum. So auch im Artikel 10 (2) der Verfassung von Berlin: „Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden."

Dasselbe lesen wir in der „Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten" der EG, Artikel 14: „Der Genuss der in der vorliegenden Konvention festgelegten Rechte und Freiheiten muss ohne Unterschied des Geschlechts, der Rasse, Hautfarbe, Sprache, Religion, politischen oder sonstigen Anschauungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status gewährleistet sein." Das schließt alle Menschen ein – auch diejenigen, die sich zu uns geflüchtet haben. In einer demokratisch organisierten Gesellschaft hat nur darüber nachgedacht zu werden, wie wir unser Zusammenleben gestalten: Das Stattfinden wird geregelt. Hier reden wir über die Rechte der Menschen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass sie unantastbar sind. Also halten wir uns dran!

Eine Bleibeweise

Ohne jede Frage werden wir den Begriff der Zuflucht, also das Recht auf ASYL, festhalten. Denn weil wir aus der Geschichte zu lernen haben, werden wir klüger werden. – Alle Staaten der EU haben die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet. Jetzt kommt starker Tobak: Das Europäische Parlament hat den Exekutivausschuss des Hochkommissariats für Flüchtlinge der Europäischen Union ***angewiesen***, die Flüchtlingskonvention uneingeschränkt ***anzuwenden***. Das ist hohe Politik, also war dieser Einspruch offensichtlich vonnöten! Und wir reden hier über das Europäische Parlament! (Stellen wir für uns eines fest: Von unserem Bundespräsidenten hört man zu diesem Thema so gut wie nichts! Was soll denn gelten? Tradition? Schlimmer geht's immer – Kohl, Köhler, am Köhlsten?)

Mittlerweile stehen 130 Länder auf der Visumsliste der EU. Damit wird der Grenzübertritt für die Flüchtigen nahezu unmöglich. Die Freizügigkeit innerhalb der EU führt zu Sicherungsmaßnahmen an den Außengrenzen der Union, die wir nicht mehr überschauen können. Worauf deutet das hin?

Rechtlich indifferent

Und deshalb an dieser Stelle noch eins drauf: Wen wollen wir denn als Illegale bezeichnen? Ich kenne einige – aber auch diejenigen, die sich mit der Duldung herumschlagen. Wollen wir die „Halblegale" nennen? Sind deren Kinder dann zum Viertel legal? Doch wir haben hier über die Wahrung der Menschenrechte zu reden! Was gilt also für die Rechte Illegaler! – Das ist grober Unfug, der die Menschenrechtskonvention aushebeln helfen soll ... Asylrecht ist grundlegendes Menschenrecht! Und selbstverständlich hat denjenigen, die seit Jahren und Jahrzehnten mit uns leben, dasselbe Recht wie uns allen zugestanden zu werden: zu bleiben, wo ich lebe. Hier habe ich mir meinen Lebenskreis geschaffen. Die Diskussion um den vorgestellten Wandel in ehemaligen Herkunftsländern ist unsinnig, wenn der Lebenszusammenhang sich längst verlagert hat. Und was bitte erscheint daran diskutabel? Doch nur das Gesetz, das eine Prüfung auch nach Jahrzehnten vorschreibt.

Andersherum: Wenn das Elend der Welt derart pressiert, dann gehört es aus der Welt geschafft. Oder hat jemals wer davon gehört, dass Abschiebungen die Lage der wirklichen Menschen bessern hilft?!

■ ***scharmann***

„Kirchenasyl – manchmal ist es wie ein Schachspiel“

Zuwanderung in Arbeit und nicht in soziale Systeme“, so lautet das Hauptargument der Politik, wenn es um Asyl geht. Doch haben nicht alle Menschen das Recht in Würde leben zu dürfen und das ohne Ausnahme? Eine Gesellschaft ohne Toleranz, welche sich nur mit sich selbst beschäftigt, läuft Gefahr, erneut ein Menschenbild zu entwickeln, das das Anderssein mit all seinen Gesichtern ablehnt. 1983 gewährte die evangelische Kirchengemeinde „Heilig Kreuz“ in Berlin-Kreuzberg verfolgten Menschen Kirchenasyl. Für den *strassenfeger* sprach Klaus mit Dr. Eberhard Vorbrodt, einem Mitbegründer von „Asyl in der Kirche“ über damalige und heutige Probleme zum Thema „Kirchenasyl“.

strassenfeger: Sakraler Schutz war in der Antike und im Mittelalter ein fester Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung. Trifft das heute auch noch zu?

Eberhard Vorbrodt: Nun seit dem Mittelalter hat sich ja einiges geändert. Die Kirche hat irgendwann darauf verzichtet, als Gesetzgeber massiv in weltliche Angelegenheiten einzugreifen.
Und das ist auch gut so.

sf: Glauben Sie, dass die Kirche in Bezug auf das Kirchenasyl, sich selbst ein solches Sonderrecht schaffen darf?

E. V.: Es gibt viele Bereiche, in denen Kirche und Staat unterschiedlicher Meinung sind, wie zum Beispiel beim § 218 (Abtreibungsgesetz) oder bei den Gesetzen zur Genmanipulation. Die Kirche macht kein Asylrecht. Die Kirche reagiert höchstens auf vom Staat gemachte Gesetze.

sf: Welche Kriterien müssen Menschen erfüllen, um Kirchenasyl zu erhalten?

E. V.: Das ist wirklich schwer zu sagen. Die politischen Erfordernisse wie beispielsweise politische Verfolgung oder aber Gefahr für Leib und Leben trifft in vielen Fällen nicht mehr zu oder vermischt sich mit anderen Gründen. So gibt es unter anderem ältere Asylbewerber, die weder über Geld noch eine Krankenversicherung verfügen und mitten in der medizinischen Behandlung abgeschoben werden sollen.

sf: Wenn ich richtig informiert bin, leben jährlich zwischen 200 und 400 abgelehnte Asylbewerber im Kirchenasyl. Warum hört man so wenig in der Öffentlichkeit von solchen menschlichen Schicksalen?

E. V.: Das liegt vor allem daran, dass in Deutschland die Gemeinden der evangelischen Kirchen autark, das heißt, ohne fremde Einmischung entscheiden können.

Manchmal ist es auch wie ein Schachspiel und wir müssen wirklich entscheiden, ob es auch psychologisch gesehen wirklich Sinn macht in die Öffentlichkeit zu gehen.

sf: 1983 gewährte Ihre Gemeinde, also die Heilig-Kreuz-Gemeinde in Berlin, einer Gruppe von Palästinensern, denen die Abschiebung drohte, Asyl. Es gilt als der erste Fall von modernem Kirchenasyl in Deutschland. Welche Erinnerung und Erfahrung verbinden Sie damit?

E. V.: Da es damals diesen Fall vorher so noch nicht gab, entwickelte sich ganz schnell ein regelrechtes Katz- und Mausspiel mit den Justizbehörden bzw. mit der Polizei.

2003 gab es dann auch einen richtigen Tabubruch in dieser Hinsicht: Als das Nonnenkloster Schwalmtal in NRW einen illegalen Asylbewerber nicht den Behörden ausliefern wollte, stürmten bewaffnete Polizeikräfte das Nonnenkloster. Hier wollte der Staat offensichtlich demonstrieren, dass in der Kirche kein rechtsfreier Raum existieren darf.

sf: Ich war wirklich erschrocken über die Zahl von einer Million Ausländern, die bei uns in Deutschland illegal leben. Angesichts dieser Tatsache bekomme ich Angst, weil hier unendliches Leid von Politik und Gesellschaft hingenommen wird. Will man diese Probleme nur verdrängen?



Quelle: www.koblenz-bleiberecht.de

E. V.: Staat und Wirtschaft profitieren von den illegalen Asylbewerbern, die hier leben. Es gibt ein Zitat der ehemaligen Ausländerbeauftragten des Berliner Senats, Barbara John: „Illegale sind die rechtstreuesten Menschen“. So etwas würde ich nie sagen! Aber es ist natürlich so, dass Staat, Wirtschaft und auch Einzelpersonen durch die Anwesenheit und die Arbeitskraft illegaler Menschen erheblich profitieren.

sf: Wie stehen Sie zum wirtschaftlichen Asyl?

E. V.: Was heißt hier eigentlich wirtschaftliches Asyl? Ich kenne sehr viele Menschen, die kommen zu uns, und haben nichts als ihre Kleider, die sie auf dem Leib tragen. Ein großer Teil ihres erarbeiteten Geldes überweisen sie an ihre Familie. Die Volkswirtschaft mancher afrikanischer Staaten hängt aber irrwitzigerweise von den Devisen ab, die die Auswanderer in ihre Heimat transferieren. Dies würde natürlich nicht passieren, wenn beispielsweise Europa für mehr Gerechtigkeit in diesen Ländern sorgen würde.

sf: Unser Verein mob e.V. kümmert sich unter anderem um Menschen, die kein Dach über dem Kopf haben. In diesem Zusammenhang spricht man von Obdachlosigkeit. Inwieweit ist es vorstellbar, dass die Kirchen in Berlin, Ihre Kirchenschiffe für solche Menschen öffnen?

E. V.: Unsere Gemeinde ist stolz auf die Angebote, die wir für Obdachlose und arme Menschen bereitstellen. Die Kirchengemeinde verfügt nicht über die notwendigen finanziellen Mittel und auch nicht über das Personal, um hier wesentlich mehr zu leisten.

sf: Vielen Dank für dieses Interview.

■ ***Klaus Schmitz und Sven Prager***

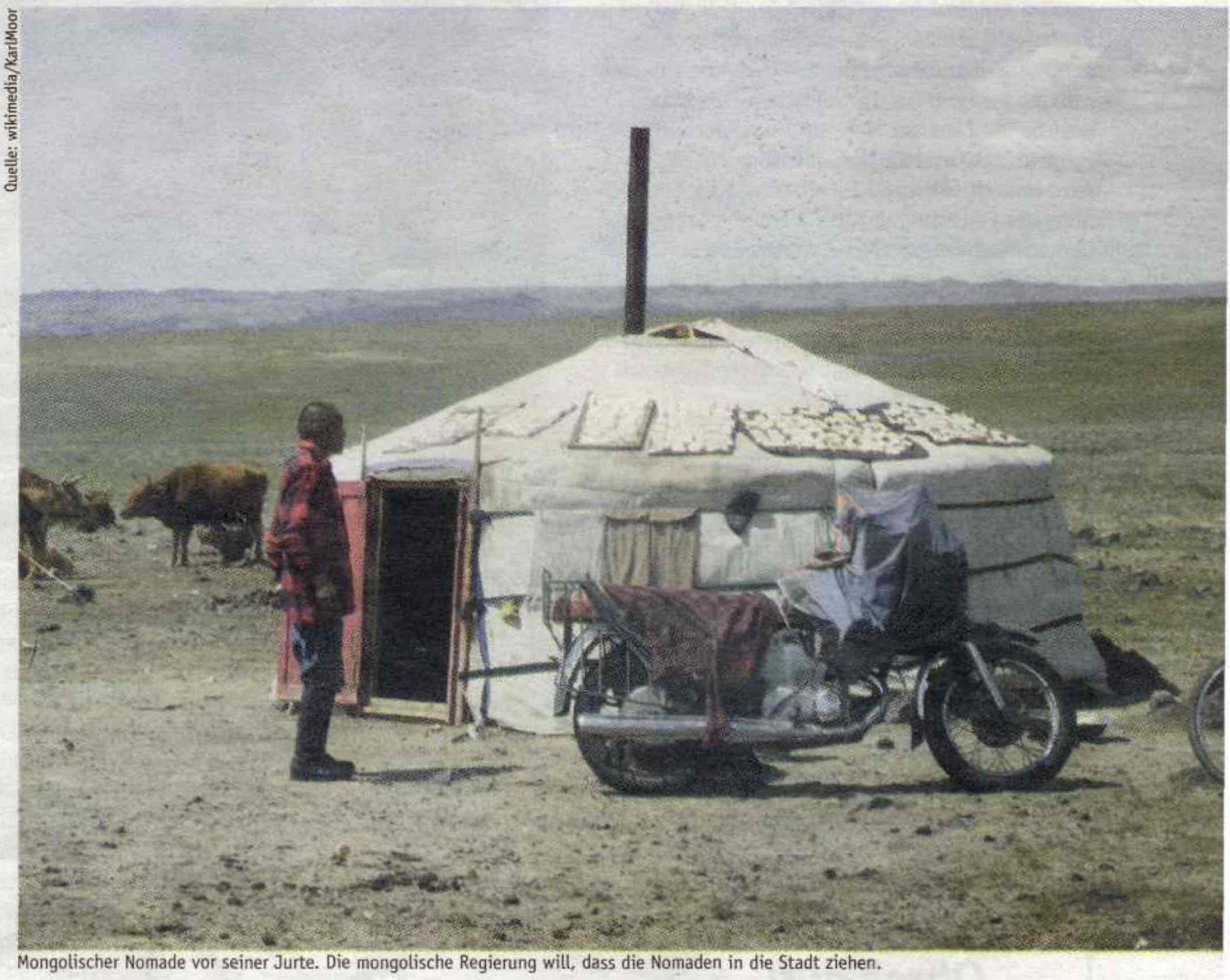
Keine Grenzen, kein Asyl

Priester und Politiker – die Mafia der Seele

Als die Menschen noch Nomaden waren, gab es keine Grenzen. Wurden die Lebensumstände schlecht, zog man einfach weiter. Als die Menschen sesshaft wurden, entstand das Besitzdenken. Mein Haus, mein Feld. Dies allein war nicht die Ursache für Grenzen, schaffte nur die Voraussetzungen. Erst als Priester und Politiker sich anmaßten, über andere Menschen herrschen zu wollen, entstanden Grenzen. Sklaverei und Leibeigenschaft waren die Folge. So waren beispielsweise im Mittelalter die Bauern Leibeigene der Klöster. Kriege entstanden um Bodenschätze, guten Ackerboden und Wasser. Das Territorium musste verteidigt werden. Damit entstand auch das Unwesen von Pässen. Der von außen Kommende war verdächtig, er musste kontrolliert werden. Er könnte ja den Herrschaftsanspruch in Frage stellen oder Land haben wollen.

Priester und Politiker maßten sich an, entscheiden zu können, ob jemand leben durfte oder nicht im Namen von Religion, Ideologie oder Eigeninteresse. Auch Folter gehörte dazu. Damit entstand das politische Asyl. Menschen flüchteten in andere Länder. Die Zeit der Todesstrafe war eine barbarische, primitive Zeit. Auch in der Neuzeit gibt es noch solche Länder. Zum Glück werden es weniger. Durch die Technisierung wird die Welt ein Dorf. Man erfährt viel schneller, was in weit entfernten Ländern passiert und kann so Krisengebiete meiden. Durch Aufklärung und Bewusstseinsarbeit wird reines politisches Asyl immer weniger.

Quelle: wikimedia/KarlMoor



Mongolischer Nomade vor seiner Jurte. Die mongolische Regierung will, dass die Nomaden in die Stadt ziehen.

Stark im Kommen ist jedoch wirtschaftliches Asyl. Der Klimawandel wird in Zukunft eine immer größere Rolle dabei spielen. Etwa die Hälfte der Menschheit lebt auf einer Höhe zwischen 0 und 100 Meter. Beim kommenden Meeresspiegelanstieg müssen sie auswandern. Die Wüstenbildung (Desertifikation) verstärkt sich. Ohne Wasser kein Leben. Wenn Quellen und Flüsse austrocknen, musste zwar schon immer gewandert werden, aber nicht in dem kommenden Ausmaß.

Der Adel hat sich überlebt, die Zahl der Kirchenaustritte steigt wie die der Nichtwähler. Die alte Mafia stirbt, wird aber durch das Großkapital ersetzt oder wie Jean Ziegler, der UN-Sonderbeauftragte für Armut, es nennt, die Kosmokraten. Kriege werden nach wie vor geführt, Blut für Öl, aber es sind hauptsächlich Wirtschaftskriege geworden. Zwar fallen alte Grenzen, in der EU zum Beispiel, aber neue entstehen, wie zwischen den USA und Mexiko. Oder die reichen Länder schotten sich gegen die armen ab. Die neue Mafia schmiert korrupte Politiker, um an Bodenschätze heranzukommen. Konzerne wie Eon gehen an den Lebensnerv. Jeder Mensch braucht Energie, ist abhängig davon und kann dann leicht ausgebeutet werden. Selbst wenn alle politischen Grenzen fallen würden und damit das politische Asyl, entkommt man den wirtschaftlichen Sachzwängen nicht. Leute aus armen Ländern, die vom goldenen Westen träumen, werden schnell desillusioniert, wenn sie in die reichen Länder kommen. Arbeitslosigkeit und mieser Lohn zeigen, dass eine Flucht nicht viel ändert.

Psychologisch betrachtet entstanden Grenzen und damit Asyl also aus Machtstreben und Besitzdenken. Wer Angst hat, verletzt zu werden, sucht nach Macht. Habe ich Macht über Andere, können sie mich nicht bedrohen. Damit verbunden ist auch ein Minderwertigkeitskomplex mit mangelnder Selbstsicherheit. Menschen werden auch oft krank, wenn sie ihre Macht verlieren. Und Eigentum oder Geld hilft dabei, zu überleben.

Die alte Mafia erledigt sich von selber, doch was macht man mit der neuen? Es ist wichtig, die Mechanismen aufzudecken, wie die neue funktioniert. An den Grundbedürfnissen wie nach Energie, Luft, Trinken und Essen kommt man nicht vorbei. Diese sollten weltweit vom Staat und nicht von Konzernen befriedigt werden. Ich bin auch ein Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens von Geburt an. Lohnsklaverei entfällt und damit die Debatte um Mindestlöhne. Wer nicht für seinen Lebensunterhalt arbeiten muss, kann zu einem Sklavenlohn „Nein!" sagen. Dann entfällt auch, wirtschaftliches Asyl zu suchen.

Menschen sind über ihre Wünsche und Sehnsüchte manipulierbar. Das macht sich die Werbung zunutze. In fast 100 Prozent aller Fälle versteckt sich hinter einem materiellen Wunsch einer, der mit Geld nicht zu kaufen ist. Hinter dem Wunsch nach einem TV kann sich beispielsweise der Wunsch nach Unterhaltung und Abenteuer verbergen. Dazu muss man bloß aus der Tür. In Berlin ist immer was los, und nicht alles kostet Geld.

Grenzen und Asyl gleich welcher Art müssen nicht sein. Es gibt Lösungen. Wir müssen es bloß gemeinsam wollen.

■ ***NAMASTE, Euer Weltbürger Chaitanyo***

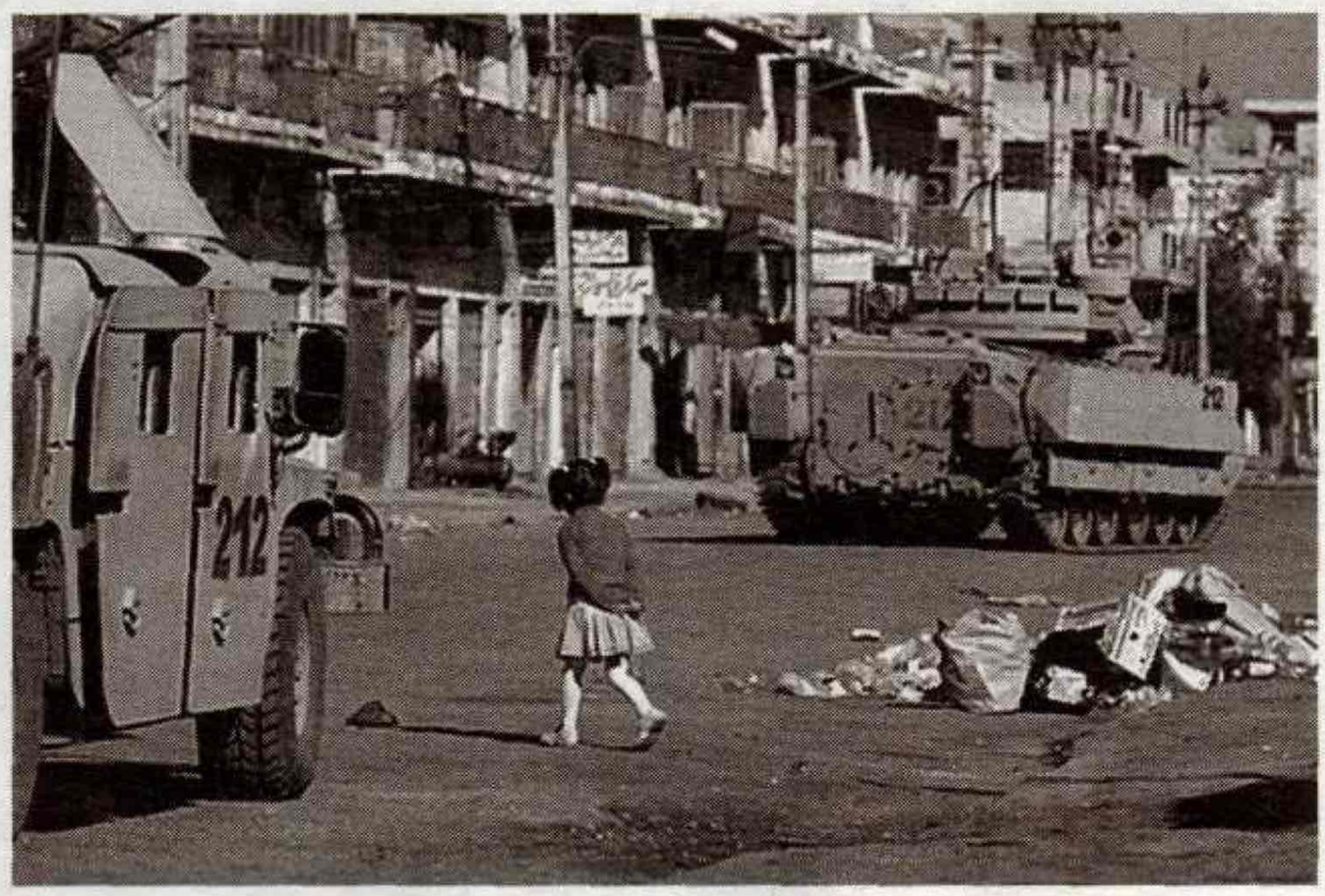
Der Irak ist die Hölle

Asylsuchende Irakerinnen dürfen nicht in Deutschland bleiben

Die Sicherheitslage im Irak ist mehr als desolat. Trotzdem ist die Bundesregierung seit Monaten aktiv dabei, den vielen Irakern, die vor Jahren aus dem Irak vor Saddam Hussein geflohen waren, die Flüchtlingsanerkennung zu widerrufen. Menschen, die seit Jahren hier Zuflucht gefunden haben, werden nun von einem dauerhaften Aufenthalt in den Angstzustand der „Duldung" zurückversetzt. Der erste Schritt um sie abschieben zu können. Seit 1. April werden irakische Pässe, die seit 2004 ausgestellt wurden, nicht mehr anerkannt. Die irakischen Flüchtlinge können damit nicht mehr die Passpflicht für das Bleiberecht erfüllen. Zwar ergeht jetzt noch von den Ausländerbehörden die Aufforderung zur ‚Freiwilligen Ausreise' an die irakischen Flüchtlinge ins unsicherste Land der Welt, doch wer dem nicht Folge leistet, wird einfach mit Leistungsentzug dazu bewegt, das Land zu verlassen. Die Anerkennung des Flüchtlingsstatus für Iraker war hier in Deutschland mit politischer Verfolgung durch das Saddam-Regime begründet. Doch das ist längst Geschichte, also entzieht die Bundesregierung den Irakern den Flüchtlingsstatus eben mal, obwohl sie weiß, dass es heute im Irak viel gefährlicher ist, als zu Zeiten unter Saddam.

Der „befreite" Irak befindet sich heute politisch und wirtschaftlich im Chaos. Ein Drittel der Iraker sind arm, und der Irak verzeichnet den höchsten Anstieg von Kindersterblichkeit. Besonders die Lage der Frauen im Irak ist heute schlechter denn je. Frauen werden stärker unterdrückt, es gibt mehr Gewalt und mehr Rechtlosigkeit. Als wären nicht schon die tagtäglichen Bombenanschläge auf Einrichtungen und Zivilisten schlimm genug, kidnappen, töten oder vergewaltigen gerade die berüchtigten Todesschwadronen oder religiöse Milizen ungestraft vor allem „pro westliche" Frauen: Berufstätige und Frauenrechtlerinnen. Kriegsgegner behaupten gerne, wie hoch der Status der Frau unter Saddams Regime gewesen sei. Aber schon seit den 90er Jahren setzte die Demontage der Frauenrechte ein, als das Regime damit begann, das Volk mit dem Weg zur Islamisierung von den Folgen des ersten Golfkrieges abzulenken.

Der neue Irak unter „Enduring Freedom" sollte ganz anders aussehen. So wurde seitens der US-Regierung viel von Aufbauprojekten geredet, von neuen Frauengesundheitsprogrammen und von Mikrounternehmen von Frauen, die gefördert werden sollten. Im neuen Irak sollten die Frauen frei und gleichberechtigt sein. Die Menschenrechtlerin Safia Taleb al-Suhail war 2005 zu Bushs Rede zur Lage der Nation in die USA eingeladen. Damals zeigte sie stolz ihren blau gefärbten Finger, um an die Teilnahme an den Parlamentswahlen im Irak zu erinnern. Es war klar, was damit ausgedrückt werden sollte: Frauenrechte und Demokratie gehören auch im Irak zusammen. Alles nur schöne Worte. Wie es wirklich Frauen im Irak ergeht, zeigt der aktuelle UN-Menschenrechtsbericht zur Lage im Irak. Ehrenmorde und häusliche Gewalt haben stark zugenommen. Auch im gerne als vergleichsweise friedlich und geordnet beschriebenen Kurdistan wurde allein zwischen Januar und März 2007 vierzig solcher Fälle verzeichnet.

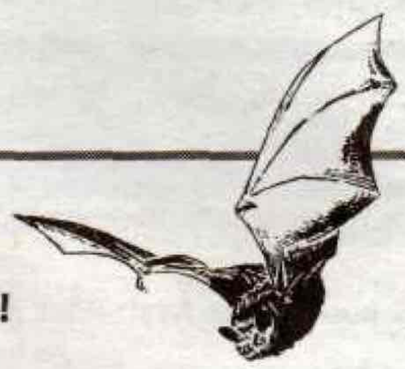


Quelle: www.rp-online.de

Besonders hat man(n) es auf die Frauen abgesehen, die sich lange westlich gekleidet und frei bewegt hatten. Mit Terror werden sie dazu gezwungen, die Abaya (Verschleierung) überzuziehen und das Haus nur noch mit männlichen Verwandten zu verlassen. Im Scharia-"rechtsprechenden" Irak kann heute jeder Verbrechen an Frauen verüben und das ganz ungestraft. Für Frauenrechtsorganisationen wie die „Organization of Women's Freedom in Iraq" (OWFI) ist es heute lebensgefährlich, offen für die Rechte der irakischen Frauen einzutreten. Nur noch im Untergrund können sie weiterarbeiten. Hätte die Bush-Regierung nicht mit Beginn der Besatzungszeit die reaktionären Bürgerparteien, den politischen Islam und die Stämme im Irak gestärkt, die alle frauenfeindlich handeln - die Botschaft „Frauenrechte und Demokratie gehören zusammen", hätte Wirklichkeit werden können.

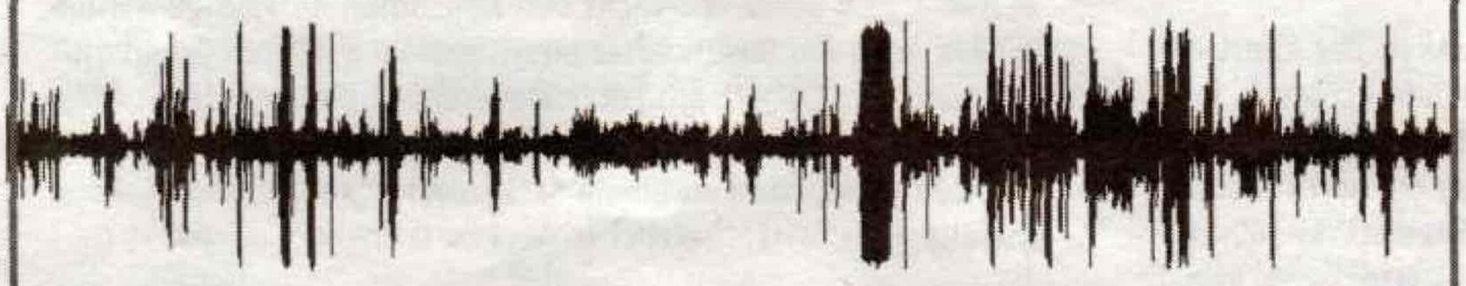
Wie hoch das Ausmaß an Gewalt ist, bleibt im Dunkeln. Im „MADRE"-Bericht 2007 „Promising Democracy, Imposing Theocraty" hat der Autor Yifat Susskind auch den Grund und die Schuldigen für die vielen Menschenrechtsverletzungen ausgemacht. Zum einen sind es die irakischen Behörden, die verantwortlich sind, Daten zu Menschenrechtsverletzungen zu sammeln, dies aber einfach nicht leisten; zum anderen sind es die USA, die das irakische Gesundheitsministerium angewiesen haben keine Zahlen zu getöteten Zivilisten zu veröffentlichen. Für die Iraker, ganz besonders die Frauen, ist ihr Heimatland alles andere als sicher. Für die Bundesregierung ist das aber kein Grund, sie abzuschieben.

■ *Martyn R.*



Ohren auf!

Der strassenfeger on Air – Seien Sie live dabei!



strassen|feger radio

Die Sendung mit dem Aufzug

Sonntag | 5. August 2007 | **14:00 Uhr**
Sonntag | 19. August 2007 | **14:00 Uhr**

im Offenen Kanal Berlin auf 92,6 MHz im Berliner Kabelnetz und 97,2 MHz über Antenne


Quelle: www.flickr.com

Pakistanerinnen, die nach Indien fliehen, erhalten kein Asyl und werden ausgeliefert.

Soziales Asyl oder Asyl als Menschenrecht

Wenn man über das Wort Asyl nachdenkt, ist es irgendwie politisch oder religiös besetzt. Bereits seit den Europa bestimmenden ersten Religionskriegen nach Christus, den Kreuzzügen, existiert hier das Asyl. Christen aus Jerusalem, die sich dort nicht mehr sicher fühlten, begleiteten ihre Befreier, die Kreuzritter nach Europa oft nach Spanien, das lag am nächsten. Sie mussten Jerusalem nicht in jedem Fall verlassen, sie taten es vorsorglich, zu ihrer Sicherheit. Aus diesem Grund, vorsorglich zur eigenen Sicherheit verlassen auch heute Menschen ihre Heimat und suchen in einem fremden Land Asyl. Sie möchten überleben, und sie haben nicht immer Öffentlichkeit, die ihnen auch in ihrem Land hilft.

Im Jahr 2005 sollte die junge Mutter Fatima G. aus Nigeria gesteinigt werden. Sie war verwitwet, wurde nach einer Vergewaltigung schwanger und hatte keine Möglichkeit das Kind anzutreiben, da ihr muslimischer Glaube keine Abtreibungen zulässt. Nach der Auslegung der Scharia, dem Gesetz des Islam, das von Region zu Region verschieden ausgelegt wird, galt sie als Ehebrecherin. Eine Witwe, schwanger durch eine Vergewaltigung. Sie hatte Glück, da sie in einer Region lebt, in der Mitarbeiter der UNO aktiv sind und ihr Schicksal der Weltöffentlichkeit bekannt machten. Diese retteten Fatima jedoch nicht, sondern die Kunden der Ölkonzerne, die nigerianisches Öl an den Zapfstellen anbieten.

In den meisten indischen Bundesstaaten ist es üblich, die eigene Tochter bereits im dritten Lebensjahr zu versprechen und sie mit etwa zwölf Jahren dann auch zu verheiraten. Ebenso in Pakistan und diversen arabischen und afrikanischen Ländern. In der Türkei gibt es diesbezüglich Fortschritte, da man eine engere Anbindung an Europa sucht. Hier werden junge Frauen erst mit 18 Jahren zwangsverheiratet. Doch es geht darum, was das für die einzelnen Menschen bedeutet. Mit drei Jahren irgendwem versprochen und dann mit zwölf mit irgendwem verheiratet zu werden. Einem Menschen, den man nicht kennt. Die erwachsenen Männer haben bereits Vorstellungen von ihren kindlichen Ehefrauen; wie sie zu sein haben und was ihre Aufgaben sein werden. Diese 12- bis 13-jährigen Mädchen erleben in der Hochzeitsnacht Sex zum ersten Mal, mit oder gegen ihren Willen und werden in einen Stand erhoben, der ihrem Entwicklungsstand nicht entspricht. Sie sind jetzt hoffentlich schwangere Ehefrauen und Mütter von anderen, ihnen fremden Kindern, denn sie sind nicht die Nummer Eins im Frauenhaus. Jede der vier Ehefrauen ist auch für die anderen Kinder im Haushalt zuständig, doch ihr soziales Leben beschränkt sich auf diesen Haushalt.

Ein junges Mädchen, das noch vor zwei Wochen zur Schule ging und Freundinnen hatte und einen Schulfreund und das Kino kannte und auf eine Zukunft hoffte, ist jetzt eine verheiratete Frau. Mit allen Pflichten, die sie gar nicht versteht, nicht verstehen kann. Wie auch. Sehr oft kommt es in solchen Familien zu Konflikten. Diese Kinder versuchen auszubrechen, aus diesen (Familien) Konstrukten. Ein solcher Ausbruch gilt allerdings als Straftat und diese wird nicht durch Gerichte geahndet, sondern im Familien- oder Dorfverbund. Die bekannteste Art der Ahndung ist auch hier die öffentliche Steinigung, die in diesen Fällen regelmäßig angewendet wird. Eine andere Form der Bestrafung ist, diese Frauen mit Benzin zu übergießen und anzuzünden. Die ausführenden Männer erfahren dabei keine Reglementierung. Die einzige Möglichkeit der Frauen diesem Schicksal zu entgehen, ist die Flucht in ein anderes Land. Dort suchen sie Asyl und da sie sich ja nicht irgendeines politischen Vergehens strafbar gemacht haben, sind sie auch dort der Willkür und jeweiligen Gerichtsbarkeit ausgeliefert. Inderinnen, die nach Pakistan fliehen, können dort bleiben. Sie erhalten soziales Asyl. Pakistanerinnen, die nach Indien fliehen, erhalten kein Asyl und werden ausgeliefert. Inderinnen und Pakistanerinnen, die nach Deutschland fliehen, werden nicht ausgeliefert. NEIN, sie werden nur zurückgeschickt. In Deutschland gibt es kein soziales Asyl, und aus politischen Gründen werden diese Frauen in ihrem Land ja nicht bedroht.

■ ***Dinah***

Eine Alternative zur – übrigens weltweit einmaligen – Verbindung von medizinischer Hilfe und Ausweisung stellt für Illegale in Berlin allein die Zivilgesellschaft bereit. Nach Einschätzung von Nivedita Prasad von „Ban Ying", einer Beratungsstelle für Opfer von Frauenhandel aus Südostasien, existiert in Berlin ein sehr gut funktionierendes Netzwerk von ÄrztInnen, die Menschen ohne Papiere kostenlos behandeln. Dieses Netzwerk gruppiert sich um zwei Beratungsstellen für kranke Flüchtlinge. Das „Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe" (Medibüro), 1996 gegründet von einem breiten Spektrum linker und antirassistischer Gruppen, ist an zwei Tagen in der Woche geöffnet und vermittelt jährlich 1.200 PatientInnen an etwa 50 kooperierende Arztpraxen. Zur seit 2001 existierenden „Malteser Migranten Medizin" (MMM), die sich vom Grundsatz der christlichen Nächstenliebe leiten lässt, kamen im letzten Jahr 2.800 PatientInnen. Im MMM-Büro arbeitet an drei Tagen in der Woche eine angestellte Ärztin, die berät, behandelt und weitervermittelt.

Beide Beratungsstellen arbeiten kostenlos und anonym, und sie sind ausschließlich auf Spenden angewiesen. Beide stoßen schnell an ihre Grenzen, wenn einer ihrer papierlosen PatientInnen einen Krankenhausaufenthalt oder sehr teure Medikamente benötigt. Es sei besorgniserregend, so Anna R. vom Medibüro, dass sich wegen der Sparzwänge immer weniger Berliner Krankenhäuser dazu bewegen ließen, mittellose Illegale zu behandeln. Auch tauchten im Medibüro immer mehr geduldete Flüchtlinge auf, denen die Berliner Sozialämter medizinische Leistungen verwehrten. Die Malteser haben ihre Hilfe inzwischen auf nicht krankenversicherte deutsche BerlinerInnen ausgeweitet, 2006 immerhin zehn Prozent der PatientInnen.

Sowohl die Berliner Landes- als auch die Bundespolitik sind bislang nicht bereit, die Illegalen offiziell zur Kenntnis zu nehmen. Die medizinische Hilfe wird lediglich wohlwollend geduldet.

■ ***Anne Landsberg***

„Büro für medizinische Flüchtlingshilfe"
Gneisenaustraße 2 a, 10961 Berlin-Kreuzberg
Tel. (03) 694 67 46, Mo und Do 16.30 bis 18.30 Uhr
www.medibuero.de

"Malteser Migranten Medizin"
Berlin, Aachener Str. 12, 10713 Berlin-Wilmersdorf
Tel. (030) 82 72 26 00, Di, Mi und Fr 9 bis 15 Uhr
www.malteser-berlin.de

Über die Lage von Illegalen weltweit informiert die „Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants"
www.picum.org

„Du ja, du nein."

Asylpolitik in den 30er Jahren

Dafür steht die Geschichte der damals 27jährigen Heidemarie Ahrland, die 1968 durch alle möglichen Gazetten der Bundesrepublik geisterte und deren Geschichte vom Nachrichtenmagazin „Spiegel" höchst kritisch aufgearbeitet wurde.

Franklin, geboren 1940 in Montevideo, verdankt seinen Namen dem Umstand, dass seine Mutter Heidemarie, eine 1938 aus Österreich vertriebene Jüdin, den US-amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt als große Persönlichkeit schätzte. Dies hielt sie mittlerweile für einen bitteren Irrtum, denn, wie sie aus nordamerikanischen Zeitungen nach dem Krieg erfahren habe, sei Roosevelt nicht daran interessiert gewesen, Juden in die USA zu lassen. Roosevelt, auf einer Pressekonferenz wenige Tage nach dem Novemberpogrom zu einer Lockerung der Einwanderungsgesetze befragt, erklärte: „Das steht nicht zur Debatte. Wir haben unser Quotensystem." Gisela selbst war nach Chile geflohen und später weiter nach Uruguay emigriert. Ihren Eltern aber wurde, so erzählt sie, die den US-Konsulaten aufgetragene Verzögerungstaktik bei der Ausstellung von Einreisevisen zum Verhängnis. Obwohl sie über die obligatorischen Bürgschaftspapiere verfügt hätten, habe man sie hingehalten, bis es zu spät gewesen sei. Schließlich wurden sie nach Theresienstadt deportiert und ermordet.



Quellen: www.ushmm.org

200 jüdische Flüchtlingskinder aus Deutschland kommen in Harwich/England an.

Dieses Schicksal hat sich 100.000-fach wiederholt. Nicht nur verursacht durch die USA, sondern auch durch die klassische Asylländer schlechthin. Wie man die Verantwortung von Roosevelt für die Immigrationspolitik tatsächlich zu bewerten hat, ist in diesem Zusammenhang zweitrangig: In ihm, dessen Namen ihr Sohn trägt, personifizierte sich für Heidemarie eine dem Leiden der Juden gegenüber indifferente Asylpolitik, wie sie die USA, die trotzdem die größte Zahl an „Emigranten" aufnahmen, kennzeichnete, aber nicht nur diese.

Im 19. Jahrhundert hatte die Asylfrage als völkerrechtliches Problem allmählich an Kontur gewonnen. Wissenschaftler kamen – *die reale politische Praxis in juristischen Termini rechtfertigend* – zu dem Schluss, dass es jedem Staat kraft seiner Souveränität zustehe, Asyl zu gewähren. Von einer Verpflichtung, der ein subjektives Recht gegenüberstünde, sprach man nicht.

Diese Auffassung wurde zwar im 20. Jahrhundert zunehmend in Frage gestellt. Unter dem Eindruck des Holocaust und der Gräuel des Zweiten Weltkriegs erwog die UNO 1947 die Möglichkeit, die Aufnahme verfolgter Personen zu einer staatlichen Verpflichtung zu entwickeln. Bis heute ist es jedoch im Wesentlichen dabei geblieben, dass die Entscheidung, Asyl zu bieten oder zu verweigern, im nationalstaatlichen Ermessen liegt. Dafür bieten die Dreißiger Jahre ein perfektes Anschauungsmaterial. Nach der Machtergreifung der Nazis musste eine große Zahl von Menschen den deutschen Machtbereich verlassen, sei es, weil sie politische Oppositionelle waren oder als „rassisch minderwertig" bezeichnet wurden. Die Dramatik der Flüchtlingsfrage nahm im Laufe des Jahrzehnts zu, allmählich zunächst und später rasant, als mit dem „Anschluss" Österreichs die antijüdische Politik drastisch radikalisiert wurde. Einen traurigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der „Reichskristallnacht". 1933 mussten rund 38.000 Juden Deutschland verlassen, in den folgenden Jahren waren es etwas weniger, jeweils zwischen 20.000 und 25.000.



Deutsche Flüchtlinge auf der Flucht in die USA, 1939

Die Ereignisse von 1938 ließen den Flüchtlingsstrom schließlich gewaltig anschwellen, bis der Kriegsausbruch es zunehmend schwieriger machte, sich in ein sicheres Ausland zu retten. Angesichts der militärischen Drohgebärden schien es außerdem ratsam, möglichst große Distanz zu einem eventuellen Kriegsschauplatz zu gewinnen. Viele Staaten sahen sich lange Zeit nicht dazu veranlasst, den möglichen Zustrom von Flüchtlingen aus Deutschland zu regeln. Dazu kam, wie schon erwähnt, dass selbst die klassischen Einwanderungsländer generell den Zutritt für Neuankömmlinge immer restriktiver gestaltet hatten.

Frankreich bot bis 1939 100.000 Flüchtlingen aus dem „Dritten Reich" eine Zufluchtsstätte, wenngleich diese zumeist nur eine erste Station auf der Weiterwanderung bildete. Die Schweiz gewährte den politischen Flüchtlingen Einlass (es sei denn, es handelte sich um Kommunisten), „rassische Verfolgung" wurde aber als Asylgrund abgelehnt. Auch Schweden nahm politische Flüchtlinge auf, während Juden als „Wirtschaftsflüchtlinge" eingestuft wurden und nicht besonders erwünscht waren, oder man in Schweden die Überfremdung fürchtete.

Unter all diesen Aspekten stellt sich mir nun die Frage: Hätte eine humanere Asylpolitik der einzelnen Staaten den Holocaust verhindern oder zumindest seine Ausmaße eingrenzen können?

■ ***Franz Behla***

Nicht nur ein

DACH

über dem Kopf

LUKAS GEMEINDE

Wohnung verloren?

Wir bieten Männern ab 18 bis ca. 35 Jahren möblierte Einzelzimmer und ein „Mit-Leben" in unserer Wohngemeinschaft mit sozialpädagogischer Unterstützung an.

Wohnungsverlust droht?

Wir helfen bei Mietrückständen, Problemen mit Behörden und Schuldendruck, um Ihre Wohnung zu erhalten. Auch Mehrpersonenhaushalte.

INTERESSE?

Anrufen: 030/ 623 99 03

und vorbeikommen

Wohnhilfe Pflügerstrasse

Pflügerstrasse 24

12047 Berlin - Neukölln

www.lukas-gemeinde.de/wh

Eigennutz und Menschenrechte



Quelle: www.Musa-Sadulajew.com

Drei Kilometer vom Zentrum Grosnys entfernt traf Sadulajew auf in den Trümmern spielende Kinder. Foto: Musa Sadulajew

Kritik an Putins Tschetschenien-Politik vermeidet die deutsche Bundesregierung gewöhnlich. Gleichzeitig muss sich Deutschland aber mit den Flüchtlingen auseinandersetzen, die seit Beginn der Tschetschenien-Kriege zu Tausenden auch nach Deutschland gekommen sind. Die Wahrheit über den (zweiten) Tschetschenien-Krieg ist grausam. Russland begann seine „Antiterror-Operation" in der Kaukasusrepublik im September 1999 mit flächendeckenden Bombardements. Die Zerstörung war massiv: Hunderttausende flüchteten, die Bomben trafen auch die Flüchtlingskolonnen. Dann marschierte die russische Armee ein. 100.000 russische Soldaten in einem Land, das so groß ist wie Schleswig-Holstein. Säuberungsaktionen begannen. In so genannten „Filtrationslagern" wurde jeder so lange gefoltert, bis er zugab, Terrorist zu sein. Gewalt und Willkür richteten sich zunehmend gegen die Zivilbevölkerung. Menschen wurden verhaftet, verschleppt, gefoltert, hingerichtet, unzählige verschwanden für immer. Die internationale Gemeinschaft schwieg. Als Putin seinen Tschetschenien-Feldzug nach dem 11. September 2001 mit dem Label „Kampf gegen den internationalen Terrorismus" versah, wurde das internationale Gewissen besser.

2006 stellten nach Angaben des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge" (BAMF) 639 Tschetschenen einen Asylantrag in Deutschland, die höchste Quote lag 2002 bei 2.017 Anträgen. Nur ein geringer Prozentsatz wird nach §16a GG (Recht auf Asyl) als politischer Flüchtling anerkannt. Einem größeren Teil wird so genannter „Abschiebeschutz" (§60 AufenthG) gewährt, was einer befristeten Duldung entspricht und oft Jahre der Ungewissheit bedeutet. Meist lehnt das BAMF die Asylanträge ab. Zwar erkennt es die bis heute prekäre Lage in Tschetschenien an, führt aber an, die „Russische Föderation" stelle eine „innerstaatliche Fluchtalternative" dar. Dem haben Menschenrechtsorganisationen vehement widersprochen. Um in Russland legal wohnen und arbeiten zu können, um das Gesundheitssystem in Anspruch nehmen zu können, muss man sich registrieren lassen. Diese Registrierung wird Tschetschenen von den Behörden verweigert.

Die Chance, in Deutschland Asyl zu erhalten, hat sich für tschetschenische Flüchtlinge mit dem Beitritt Polens zur EU am ersten Mai 2004 verschlechtert. Nach dem „Dubliner Abkommen" wird ein Asylantrag von dem EU-Land behandelt, das der Asylsuchende zuerst betreten hat. Das bedeutet für die Flüchtlinge, dass Polen (Weißrussland gilt nicht als sicheres Drittland) nicht nur ihren Asylantrag, sondern auch ihre Fingerabdrücke entgegennimmt. Fängt die deutsche Bundespolizei sie dann an der polnisch-brandenburgischen Grenze ab, werden die Fingerabdrücke mit den polnischen Behörden abgeglichen und die Asylsuchenden nach Polen „rücküberstellt." Pro Jahr erhält Polen einige tausend Wiederaufnahmeanträge, die meisten aus Deutschland.

Der Tschetschenien-Krieg ist der Krieg, über den die ermordete russische Journalistin Anna Politkowskaja geschrieben hat. Die Politkowskaja bekam in der Redaktion der „Nowaja Gaseta" oft Besuch von deutschen Delegationen. Als Abgeordnete aus dem Bundestag sie mal wieder aufforderten, über die Lage in Tschetschenien zu berichten, sagte sie: „Warum, Sie unternehmen ja doch nichts!" Putin hat Russland Stabilität gebracht, das schätzt man in Deutschland. Stabilität bedeutet ein gutes Investitionsklima. Zudem spielt Russland auf dem internationalen politischen Schachbrett eine wichtige Rolle. Man braucht Russland. Für Dafur, für Nordkorea, für den Iran. Und nicht zu vergessen die Rohstoffe, die Deutschland aus dem riesigen Reich erhält.

Apti Bisultanov ist tschetschenischer Autor und Dichter. Unter dem demokratisch gewählten Präsidenten Maschadow war er Sozialminister. Er unterstützte die Unabhängigkeitsbewegung Tschetscheniens, seine Gedichte wurden in verschiedene Sprachen übersetzt. Er erhielt mehrere Auszeichnungen und ist Mitglied des internationalen P.E.N.-Clubs. Seit 2002 lebt er in Deutschland. Das „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" in Nürnberg hat im März dieses Jahres die Anerkennung Bisultanovs als politischen Flüchtling abgelehnt. Begründung: „Terrorismusvorbehalt". Man wirft ihm vor, als Regierungsmitglied mitverantwortlich für Menschenrechtsverletzungen gewesen zu sein. Im Bescheid heißt es, dass „aus schwerwiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist, dass er ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ... begangen hat."

Womit muss man also rechnen, wenn erst einmal Gas durch die Ostsee-Pipeline fließt?

■ *Jutta H.*

Politkovskaja, Anna: „Tschetschenien – Die Wahrheit über den Krieg", DuMont 2003.

Babtschenko, Arkadi: „Die Farbe des Krieges", Rowohlt 2007.

Tschetschenien-Komitee: „Tschetschenien – die Hintergründe des blutigen Konflikts" Diederichs Verlag 2004.

trödel|point

Mo-Fr 8:00-18:00

Haushaltsgeräte, Hausrat, Keramik PC-Zubehör, Lampen, Schallplatten, CDs, Kindersachen, Schnickschnack



... und Allerlei zum Stöbern. Auch die Liebhaber von Nostalgie und Antikem kommen voll auf ihre Kosten!

Prenzlauer Allee 87 10405 Berlin

Tel.: 030/24 62 79 35

troedel_point@strassenfeger-berlin.de

www.strassenfeger.org

Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität – Asylgründe in Deutschland?



Quelle: www.frauenrechte.de

Szene aus dem deutschen Film „Fremde Haut" mit Jasmin Tabatabai und Anneke Kim Sarnau.

„Fremde Haut" heißt der Film von Angelina Maccarone, der das Auge des Zuschauers vor zwei Jahren zum ersten Mal im deutschen Kino auf die Problematik lenkte: Die Dolmetscherin Fariba ist jung, sie ist schön, sie ist intelligent. Und sie liebt Frauen. Dafür droht ihr in ihrem Heimatland Iran die Todesstrafe. Nachdem ihr lesbisches Verhältnis von unerbittlichen Sittenwächtern entdeckt wurde, flieht sie nach Deutschland. Nach Ablehnung ihres Asylantrages am Flughafen Frankfurt droht ihr nun die Abschiebung.

Was daran ist Wahrheit, was ist Fiktion?

Fakt ist: Bereits seit 1988 ist aufgrund eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts anerkannt, dass Verfolgung aufgrund Homosexualität einen Asylgrund darstellen kann. Dieses Urteil schließt, allerdings nur durch die Hintertür, transgeschlechtliche Menschen mit ein – Menschen also, deren geschlechtliche Identität nicht dem ihnen gesellschaftlich zugewiesenen Geschlecht entspricht.[1]

Rechtlich entscheidend ist der Nachweis, dass der/die Asylsuchende der staatlichen Verfolgung ausgesetzt ist. Konkret bedeutete dies: In dem Heimatland der/des Asylsuchenden muss Homosexualität gesetzlich unter Strafe stehen. Denn nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gilt eine Verfolgung dann als politische und damit asylwürdig, wenn „sie dem Einzelnen [...] gezielt Rechtsverletzungen zufügt [insbesondere in Beeinträchtigungen der körperlichen Unversehrtheit], die ihn ihrer Intensität nach aus der übergreifenden Friedensordnung der staatlichen Einheit ausgrenzen."[2] Ungünstig für die/den Asylsuchenden ist es allerdings, wenn dabei „die staatliche Maßnahme nicht über das hinausgeht, was auch bei der Ahndung sonstiger krimineller Taten ohne politischen Bezug regelmäßig angewandt wird".[3] Denn dann ist das Ganze kein Politikum mehr.

Dass hier in der Durchführungspraxis der Asylgewährung der bundesgesetzlich verordnete Spagat zwischen strafrechtlicher Schematisierung und gelebter Realität oft nicht gelingt, bringt Maccarones Film ironisch auf den Punkt: Faribas Antrag wird mangels Vorlage des Todesurteils – bitteschön in beglaubigter Kopie – zurückgewiesen. Denn wie soll man schließlich sonst überprüfen, dass Fariba wirklich lesbisch ist. Und die Todesstrafe auf sie wartet. Den Behörden im Film scheint sie jedenfalls nicht überzeugend genug mit ihrem Gestammel und Herumgedruckse.

Fakt oder Fiktion?

Fakt ist, dass die baden-württembergischen Behörden 2006 zunächst den Asylantrag einer 27jährigen iranischen Lesbe ablehnten, die daraufhin vor dem Stuttgarter Verwaltungsgericht klagte. Dieses entschied positiv: Die Klägerin habe durch eine „lebendige Schilderung ihrer Identität" glaubhaft gemacht, dass sie durch ihre maskuline Erscheinung und ihre Homosexualität unter dem Mullah-Regime Verfolgung bis hin zur Todesstrafe ausgesetzt sei. Die Frau erklärte, sie habe im Iran keinen Tschador getragen und war für einen Mann gehalten worden, wurde allerdings enttarnt.[4]

Was wäre gewesen, hätte sie nicht geklagt? Was wäre gewesen, hätte ihre Selbstdarstellung die Richter nicht überzeugt? Was, wenn ihr Äußeres nicht dem Klischee der „männlichen" Lesbe entsprochen hätte? Und wie vielen Männern und Frauen geschieht Vergleichbares? Wie viele sind überhaupt in der Lage, vor den Behörden und vor Gericht über ihre Sexualität so frei zu sprechen – aufgewachsen in einer Kultur und einem Staat, in dem Sexualität generell hinter fest verschlossenen Türen stattfindet?

Dabei schien doch das Zuwanderungsgesetz 2005 ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. Denn mit ihm kann nun auch nichtstaatliche Verfolgung zu einer Anerkennung als politischem Flüchtling führen. Kann, muss aber nicht: Bislang wurden grundsätzlich alle Anträge etwa aus der Türkei, die sexuelle Orientierung als Asylgrund angegeben haben, nicht anerkannt. Dass dort wie auch in anderen Ländern die täglichen Repressalien von gesellschaftlicher Ächtung über Körperverletzung bis hin zum Mord reichen, ohne dass dies noch extra gesetzlich verankert werden müsste, ist allerdings kein Geheimnis.[5] Ein besonderes Ärgernis ist – dies allerdings schon seit vielen Jahren, so Rechtsanwalt Dirk Siegfried – die Auskunftspraxis des Auswärtigen Amtes, das dazu neigt, die Situation in den jeweiligen Herkunftsländern zu beschönigen.

Iranische Homosexuelle haben es schwer in Deutschland Asyl zu bekommen. Wenn aber schon die Todesstrafe allenfalls der Joker nicht aber der Trumpf im Asylverfahren ist, wundert es nicht, dass alles andere zur Lappalie wird.

■ *Ghattas*

[1] Quelle: Rechtsanwalt Dirk Siegfried mit Bezug auf ein Urteil aus den 90gern. Daran ändert auch der Passus „Geschlecht als Asylgrund" im Zuwanderungsgesetz von 2005 nichts. Diese zweite längst überfällige Neuerung hat Frauen im Blick, die vor den körper- und persönlichkeitsverletzenden Traditionen ihrer Heimatländer – Zwangsverheiratung, Klitorisentfernung usw. – Schutz suchen.

[2] Vgl. BVerfGE 54, 341, 357

[3] Vgl. BVerfGE 81, 142, 151

[4] Quelle: www.queer.de/news

[5] Quelle: GLADT (Gays & Lesbians aus der Türkei)

Sendebestaetigung

30-SEP-2007 19:14 SO

Faxnr. : 68083780
Name : FA STEPS

Name/Nr. : 0012129634879
S. : 8
Startzeit : 30-SEP-2007 19:10 SO
Dauer : 03'42"
Modus : STD G3
Ergebnisse : [OK]

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

Berlin Germani, 01.10.2007

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin
An das:
H.E. Ban Ki Moon Secretary General. United Nations
First Avenue at 46 th Street
USA New York
NY 10017
-Nur per Fax: 001 / 212 963 70 55 / 48 79 –

(**English**) *I hope that you help me...*

(Germani)

Es verstößt gegen die Menschenrechte, wenn fremde Menschen hingerichtet werden und Menschen nicht deutscher Herkunft bewusst in Angst versetzt werden.
Durch scheinbare und falsche Organisationen für Menschenrechte, die ihre Augen verschließen, werden noch viele Ausländer in den Tod getrieben.
Mord gegenüber Ausländern ist ein Kinderspiel und ohne Hindernis zu vollstrecken, da der Staat dieses nicht verhindert und von der Strafverfolgung absieht.
Ich betone nochmals, dass ich in jeder Hinsicht absolut unmenschlich und geradezu grausam behandelt werde. Nicht einmal die Tiere werden so schlecht behandelt wie ich. Mir wird **jede erdenkliche soziale und medizinische Hilfe** – aus welchen gründen auch immer – **versagt!**

Zu diesem Schreiben erhalten Sie die Kopie meines Widerspruch an die Abgeordnetenhaus von Berlin und Bundesverfassungsgericht vom 24.09.2007.

Ebenfalls erhalten Sie die Kopie meines Beschwerde an die Generalstaatsanwaltschaft Berlin vom 24.09.2007.

Mit freundlichen Grüßen

R. Ismail

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Fr. Claudia Roth
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

T +49(0)30/28442-0
F +49(0)30/28442-210
M info@gruene.de

Berlin, 02 Apr. 2009

EINGEGANGEN
- 2. April 2009
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Sehr geehrte Frau Claudia Roth

Ich habe 16 schwere Krankheiten die wie folgt lauten: **1) -Z.n. Lungentuberkulose , 2) – Depressionen , 3) - AIDS Infections , 4) - Z.n. Myokarditis (Infarkt) , 5) - Vitamin B 12 Mangelamämie , 6) - Prostatitis chronisch , 7) - Z.n. Ulkus ventriculi , 8) - Refluxösophagitis I , 9) - Hepatitis A chronisch , 10) - Z.n. Lues II (Suflis) , 11) - Hämorrhoiden , 12) - Perniziöse Amämie , 13) - Somatisierungsstörung , 14) - Asthmoide Bronchitis chronisch , 15) - Erosive Pangastritis chronisch , 16) - schwere Seelische Krankheit**

Der Grund für meinen Selbstmord ist, dass ich will, dass das Menschenrechtsgericht sich meiner Klage in der nächsten höheren Instanz annehmen tut. Ich will, dass Experten einer neutralen Nation mich untersuchen und ein unabhängiges Gesundheitsgutachten erstellen. Was ich verlange, ist eigentlich keine große Bitte, es sollte eigentlich selbstverständlich sein, denn ich bin auch nur ein Mensch, der ein Recht auf ein normales Leben hat. Ich muss nicht erst ein Opfer dieser Situation werden, damit die Wahrheit ans Licht kommt.

Die gesamte Deutsche Justiz behaupten, dass ich nicht genügend Beweise erbracht habe. Sehr wohl habe ich genügend Beweise erbracht, aber dennoch verdeckt die Deutsche Justiz die gesamte Kriminalität. Sie wissen, dass nur die Staatsanwaltschaft von Seiten der Deutsche Justiz und Psychiater dieses Staates die erforderlichen Beweise durch Untersuchungen und Ermittlungen erbringen kann, aber Sie wissen genau, dass dieses niemals geschehen wird. In ein anderes europäisches demokratisches Land (z.B. Schweiz) könnten Sie mich schicken, wo man mich untersuchen könnte und so die Wahrheit meiner physisch und psychischen Erkrankung ans Tageslicht bringen könnte und somit das „lügen Diagnose" der Charité entlarvt.

Ich bitte Sie dringend, dass Sie mich in ein anderes demokratische Land schicken z.B. Schweiz. Und sagen Sie nicht später, dass ich Sie nicht um Hilfe bat. Am 15. Mai. 2009 will ich **Selbstmord** machen, also ist meine Zeit begrenzt. Ich bekomme hier kein Recht und habe politische Probleme, denn dies treibt mich in den Selbstmord. **Mein recht, meine Freiheit und die Wahrheit sind wichtige Bestandteile in meinem Leben.**

Nach meinem Tot werden andere Nationen meine **CD** mit **Unterlagen** untersuchen und Sie dann fragen, warum Sie nicht gehandelt haben und die Angelegenheit verdeckt haben ? Sie müssen verstehen, dass mein Leben kaputt ist und dies auch kein Zufall ist. Die Politik hat mit der psychiatrischen Anstalt Hand in Hand zusammen gearbeitet.

anbei zu diesem Schreiben erhalten Sie die zwei **Video CD** und zwei **CD** mit Dokumenten über meine 10 jährige Schwere und unmenschliche Lebensgeschichte.

Mit freundlichen Grüssen

Ismail Rustem

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Fr. Claudia Roth
Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: nes.ben@hotmail.de
www.rustemazeri.com

Berlin, 06 Aug. 2009

- Nur per Fax: 030 / 28442-2 10 -

1. **English : This letter is written in the Azerbaijan language**
2. **French : Cette lettre est écrite dans la langue Azerbaïdjanaise**
3. **Russian : Это письмо написано на Азербайджанском языке**
4. **German : Dieser Brief ist auf Der Aserbaidschanischen Sprache**

İnsan hüquqlarının müdafiyəsini təmin edən TƏŞKİLATLAR

Bu məktubumla bərabər sizə, Alman məhkəməsinin (Nr: 50 XVII 7034) insan hüquqlarını gobutcasına pozan qərarına qarşı qoyduğum 3-cü etirazımı təqdim edirəm. Insan hüquqlarını qoruyan bir təşkilat kimi nəzərinizə çatdırmaq istəyirəm ki, 05.05.2009 tarixində alman hakimi mənim toxunulmaz olan insan hüquqlarımın idarə etməsini 2 alman vətandaşına qeyri-qanuni verib. Bunun qeyri-qanuni olmasına dair **subutlar**:

1) Belə bir hüquq, yani bir insanın bütün əsas insanı qərar vermə hüququnun bir başqa şexse verilməsi, sadəcə o insanın tamamən özünü idarə edə bilmədiyi halda, yani tamamilə dəli olduğu halda belə bir qərar hakim tərəfindən verilə bilər. Əslində mənim huşum hələ öz üzərimdədir.

2) Alman hakimi bu qərarı verərkən, nədənsə mənim yerimə bir başqasının qərar verməsinə səlahiyyet verib, ancaq bütün problemləri mənim öz üzərimdə buraxıb. Məsələn- (berokrati işlərimdə məşqul olmak, yemək bişirmək, alış-veriş, ev təmizliyi, və sairə) Oysa bu gün mən problemlerimnən bərabər həmdə borc içində boğuluram.

3) Belə bir humanitar ad altında verilən səlahiyyet, yani bir insanın **toxunulmaz** olan hüquqlarını bir başqasına verilərkən, ilk öncə bu xəstənin şəxsən etibar etdiyi şəxslərə verilməsi lazımdır. Həmçinin ən azı bu xəstənin mədəniyyətindən, dinindən və dilindən başa düşən, ona ürəkdən yanan və verilən səlahiyyəti, xəstənin hüquqlarının pozulmamasını müdafiyə etməsini təmin edən bir şəxs olmalıdır.

Belə görünür ki, alman hakiminin mənim toxunulmaz olan insan hüquqlarını yani mənim hüquqlarımı **tamamən müdafiyə etməyən, tam əksinə hüquq pozulmalarına göz yuman 2 almana verib.** Burda məqsəd sadəcə və sadəcə məni problemlərimi daha da ağırlaşdıraraq, bu problemləri mənim üzərimə atıb dəli etmək məqsədi daşıyır. Haqqsızlığa gücüm catmayacağını, qəbul etməyəcəyimi və etiraz adımları atmağa məcbur qalacağım halda, **məni dəlixanaya** 2 almanın qərarı ilə salınma və saxlanma səlahiyyəti qazanmış olurlar.

Bu günə qədər baş verən cinayətlərdən bəzilərini diqqətinizə çatdıraraq bu cinayyətlərin Avropa Insan Haqqları Məhkəməsi tərəfindən incələnməsini və günahkarların cəzalanmasına qərar verilməsini **sizdən xahiş edirəm.**

1) Alman hakiminin 2000-ci ildə verdiyi qərarda (Nr: VG 32 A 594.00) gösterir ki, məndə heç bir xəstəlik tapılmamiş, xüsusən **tuberkuloz** xəstəliyi. Və bu qərarda həkimə getməyimə icazə verilməməsinə hokum oxunub. Hətda alman həkimlərinin mənim ağır xəstə vəziyytinə düşdüyümü və təcili yardım edilməsi gərəkdiyini göstərsələr belə, yenə də bu qərar öz qüvvəsində qaldığı göstərilir.

2) Alman məhkəməsinə 2001-ci ildə ağır xəstə olduğumu özəliklə **tuberkuloz** xəstəliyində müalicə olmağıma icazə verilməsini xahiş etdiyim zaman, hakim tərəfindən (Nr: VG 32 A 487.01) qeyri-qanuni olaraq mənə yazılı surətdə bu təyziqlər göstərilir: " Sizin **tuberkuloz** xəstəsi olmağınızı qəbul etməmişik və etmirik, ancaq xəstəliklərdən müalicə olunmanızda sizə yardım etməyimiz üçün sizə bir dəfəyə məxsus **psixiatora** getmə icazəsi veririk. Bu həkim öz yazısında bizə bildirməlidir ki, bu xəstə psixoloji xəstəliyi üzündən öz ölkəsində müalicə oluna bilməz. Sadəcə belə bir arayış gətirdiyiniz halda sizə məhkəmə olaraq köməklik edə bilərik." Hakimin istədiyi şəkildə arayış gətirdim, hətta həkim artıq intihara gedəcəyimi göstərərək təcili müalicə lazım olduğunu göstərdi. Hakim istədiyi arayış aldıqdan sonra verdiyi gərar rədd cavabı oldu. **Sual:** " Madəm ki, hakim yardım etmək istəmirdi, nə üçün belə bir arayışın psixiator tərəfindən yazılmasını tələb etdi **???** Nə üçün intihar edə biləcək bir xəstəyə müalicə qadağan qoyuldu **???** Hakim qanunən psixiator arayışının ən azı 3 ay kontroldan sonra yazılmasının mümkün olduğunu bildiyi halda nə üçün bu arayışın **psixiyatordan** sırf 1 görüşdən sonra yazılmasını tələb etmişdir **???** "

3) 24.10.2007 -ci ildə, Berlinin Franziskus xəstəxanasi tərəfindən qoyulan diyaqnozda, sol ciyərımın keçmiş zamanlarda mualicə olunmaması üzündən çürümüş olduğu təsdiklənib.

4) Alman polisləri tərəfindən alçaldılaraq döyülməmi 02.11.1999 tarixində şikayət etməyimə baxmayaraq Almanyanın üst məhkəmələrindən sayılan Kammergericht 2007-ci ilin dekabrında **guya** şikayət etmədiyim üçün, məni günahkar çıxardıb. Ancaq Kammergericht məhkəməsindən üst məhkəmə sayılan Bundesgerichthofa və Bundesverfasungsgerichte, nədən mənim şikayətimə 02.11.1999 tarixindən bu yana baxılmayıb sualıma bu güne qədər heç bir cavab ala bilmirəm. Dünyanın heç bir yerində hüquq mühafizə orqanları tərəfindən görünməyən cinayət ört-basdır edilir.

5) Almaniya məni 1998-ci ilin Avqustundan 2007-ci ilin Oktyabr ayınadək **ölkədən qovulma** statusu altında saxlayıb. Bu vaxtlar ərzində, böyük problemlər yaşadığım Berlin şəhərindən kənara çixmağıma icazə verilməyib. Iş icazəsini, iş gücümü itirdikdən sonra verib. Mənə firma açmağım üçün icazəni, adim borclular siyahısına yani (şufaya) düşdükdən sonra verib ki, o da borclular siyahısında olduğum üçün istəsəm belə firma aça bilmərəm. Başqa ölkələrə turist olaraq çixa bilməyimə də icazəni müflis və ağır xəstə salındığımdan sonra veriblər. Belə bir halda Almaniya mənə qarşı hansı humanitar dəstəklərinin verdiyini söyləyir **???** Bunların hamısı Alman dövlətinin qurduğu və planlar üzrə apardığı, insan hüquqlarına zidd siyasətdir.

Əgər **www.rustemazeri.com** veb adresindəki **09) COURT Germani** qovluğunda yerlesen 80 məhkəmə proseslərini yoxlasanız görərsiniz ki, özəliklə sosial məsələsi ilə məşqul olan hakimlər tərəfindən sağlıgımın müdafiyəsi üçün nə 1998-1999 nədəki 2000-ci ildən bu güne qədər heç bir müsbət qərar verilməyib. Tam əksinə psixoloji terorlar yolunun açılmasına imkan yaradan qərarlar verilib və verilir. Bütün hadisələr onu sübut edir ki, **məni** Almaniya dövletinin hüquq mühafize təşkilatlari **zorla intihara sürükləyib**, ağır psixoloji xəstə edib və **ömürlük dəlixanalara salmaq istəyir**. Bunun üçündə etiraz etmə hüquqlarımı əlimdən zorla alıb başqalarına vermək öz niyyətini açıq aşkar ifadə edir. Sizdən tələb edirəm ki, 11 illik **terror aksiyasını təcili olarag durdurasınız**. Insan hüquqlarının bu qədər gobutcasına pozulmasına yol verməyəsiniz. Sizin gözleriniz önündə kimsəsiz bir insanın hüquqlarını, insanlıqda yeri olmayan şəkildə pozurlar və gözləriniz önündə bir insanı diri-diri basdırırlar. Əgər alman hakimləri doğurdan da mənə kömək etmək istəsəydi, 11 il üst-üstə yığılan sosial problemləri həll edərdi. 20-dən yuxarı olan bu məhkəmələrin sadəcə maddi xərci, mənə edilə biləcək yardımdan 100 % artıqdır. Bu bir daha və bir daha onu sübut edir ki, alman dövlətinin məqsədi mənə yardım etmək deyil, tam əksinə məni tamamən məhf etməkdir.

13:37 03028442210 5 OK
START ZEIT GESENDET AN SEITEN ERGEBNIS
06/08/2009 13:40 Lexmark 7300 Series *** UBERTRAGUNGSBERICHT ***

Hörmətlə R.Ismail

Amtsgericht Tiergarten
Eing. 03. AUG. 2009
Bd. Akt. Anl.

2 Anlagen

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
Amtsgericht Tiergarten
Lehrter Str. 60

10557 Berlin

Nur per Fax: 030 / 90 14-61 12

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: nes.ben@hotmail.de
www.rustemazeri.com

Berlin, 03 Aug. 2009

DRITE - WIDERSPRUCH

50 XVII 7034

Sehr geehrte Damen und Herren

Meine Betreuer haben mir am 29.07.2009 einen Beschluss (**B 8 AY 4/09 B**) zugeschickt, welcher an meiner Betreuers Adresse geschickt wurde. (**Kopie anbei**) Bis jetzt suche ich eine Person, die mir die Schreiben übersetzt, erklärt und diese beantwortet. Normalerweise müssten meine Betreuer eigentlich die Beschlüsse und Schreiben mit mir besprechen, auf diese reagieren und eventuell einen Rechtsanwalt für mich suchen. Ein Betreuer dient dem Zweck, dass dieser jemanden in verschiedenen Lebenssituationen unterstützt und entlastet. Aber meine Betreuer leiten die von Ihnen an deren Adresse verschickten Briefe per Post **nur** an mich weiter, aber unterstützen mich nicht. Als ich das Schreiben geöffnet habe, habe ich es zuerst nicht genau verstanden, denn meine Betreuer haben lediglich auf Ihrem Schreiben meine Adresse mit Bleistift beigefügt. Weitere Angaben oder Informationen haben meine Betreuer dem Schreiben **nicht** zugefügt. Was soll dies für eine Art der Betreuung sein, wenn man nur Post weiterleitet ohne diese zu besprechen? Ich verstehe nicht, warum ich zwei Betreuer habe, aber meine juristischen und finanziellen Probleme ich selber bewältigen muss, da die Betreuer keinen Finger rühren. Ich glaube, dass die Betreuer nur dem Zweck dienen, dass ich letztendlich in die psychiatrische Anstalt eingewiesen werde.

Ich protestiere, dass Sie meine wichtigen Menschenrechte ohne mein Einverständnis an Dritte übertragen haben. Sie haben bis jetzt meinen **Widerspruch** vom 10.06.2009 und 01.07.2009 **nicht** bearbeitet. Vergessen Sie nicht, dass das internationale Menschenrechte Gesetz besagt, dass man nicht unter Druck einem Menschen seine Rechte nimmt und an Dritte überträgt.

Im Gericht (**50 XVII 7034**) wurde ohne meine Einverständnis beschlossen, dass der Betreuer das Recht hat mich in die Irrenanstalt zustecken und das ist Ungesetzlich. So ein Betreuer, der mir zugeteilt wurde, wird nur für total Verrückte, die nicht mal ihre eigene Meinung an Tag bringen können. Im Amtsgericht wurde mir so ein Betreuer zugeteilt wurde, hatte er nur die Aufgabe mich in die Irrenanstalt zu stecken, doch meine anderen Probleme wie z.b. (Haushalt, Kochen, Ankaufen, mein Geld regulieren, etc.) haben sie mir überlassen. Aus diesen Fakten, entnehme ich, dass sie meine Probleme mir überlassen, somit mich verrückt machen, nachdem ich dann verrückt geworden bin mich in die Irrenanstalt stecken und wenn ich in de Irrenanstalt bin, dass der Betreuer im Gericht für mich reden und entscheiden soll und weil ich ja in der Irrenanstalt bin mich nicht mehr Beschweren kann.

Sie haben mir nur für 6 Monate Betreuer gegeben, meine Probleme bei mir gelassen und meine Menschenrechte an die 2 Betreuer übertragen. In den ersten 3 Monaten habe ich die Betreuer nur 4-mal persönlich gesehen. Zum ersten Mal sind beide Betreuer 15.06.2009 zu mir nach Hause gekommen, damit diese mich kennen lernen konnten. Beim zweiten Mal habe ich die beiden Betreuer bei Ihrem Gerichtstermin von 03.07.2009 gesehen. Beim dritten Mal habe ich meine Betreuer**in**, nach mein telefonische Anruf, bei der Ausländerbehörde vom 14.07.2009 gesehen und hat mir zur selben Zeit beim **Befreiungs-Antrag** bei der **AOK** geholfen. Beim letzten Treffen haben wir uns bei meinem Rechtsanwalt vom 23.07.2009 getroffen und **nur** gesprochen.

Lediglich beim Treffen in der Ausländerbehörde vom 14.07.2009, welche **ich** bei meiner Betreuer vom 13.07.2009 Angerufen und Gebietet habe, bezüglich **nur** für Stempel meines **Passes** und der **AOK** wurde mir geholfen, die restlichen Treffen haben mir **nicht** bis und weitergeholfen. Aber ich bekomme **tägliche** 5-6 Schreiben; jeder **einzelne** Brief verursacht **neue Probleme** bei mir. Es ist **nur** ein Tropfen auf dem heißen Stein, wie mir meine **zwei Betreuer** bis jetzt geholfen haben, lediglich an einem Tag **(** 14.07.2009 **)** bei **zwei Problemen** geholfen in einem Zeitraum von ca. 90 Tagen. Von **tausend Problemen** wurden **nur 2** gelöst, wie viel Prozent das sind, wissen Sie ja.

Die von ihnen geschickten **ungerechten** und **problematischen** Briefen, zeigen dass das die Gegenseite eine bewusstes **psychologisches Terror** ausübt. Der Betreuer sollte nicht warten bis ich verrückt geworden bin und reif für die Irrenanstalt bin, sondern meine Betreuer sollten sich mit den Briefen beschäftigen die ich bekomme.

Damit Betreuer die Probleme mit den Briefen lösen kann und auch die richtigen Antworten zurück schreiben kann, sollte der Betreuer meine Muttersprache **(türkis)** beherrschen und mit mir über den angekommenen Brief diskutieren, damit Betreuer meine Probleme besser verstehen kann und es keine Unverständlichkeit gibt. Denn meiner Meinung nach und ich habe auch die Beweise, dass sie mich nur schnell in die Irrenanstalt stecken wollen und mich loswerden wollen. Deswegen will ich einen Betreuer mit meiner Muttersprache **(türkis)**, damit ich mich besser damit Auseinandersetzen kann und meine Probleme an Tag legen kann, damit ich sie auch lösen kann.

Denn z.b. kamen Briefe die mir Probleme verursacht haben, wie z.b. mit Zahlungen, mit denen ich nicht zu tun habe oder besser gesagt, dass ich nicht zu Recht Geld zahlen muss. Solche Sachen bedrücken mich und verursachen mehr Probleme.

Ich muss meine Betreuer **mindestens einmal pro Woche** persönlich treffen. Da mir meine Betreuer keine Last bezüglich meiner Probleme abnehmen, ist es mir **nicht** möglich zum Arzt zu gehen und mich um meine **Gesundheit** zu kümmern. Da meine Betreuer im Monat Juli kein Interesse an meiner Situation gezeigt haben, habe ich von der Sparkasse eine **Mahnung (10 €)** bekommen und da ich noch einkaufen **8,75 €** musste, sind die **Mahngebühren** auf **21,65 €** angestiegen. Meine Betreuer nehmen keine Rücksicht auf meine Situation und da diese meine finanzielle Lage kennen sollten, forderten diese dennoch, dass ich ausschließlich schriftliche Kopien an sie schicke, was mich zu viel Geld kostet, was ich nicht habe. Beide Betreuer haben die Möglichkeit meine Dokumente im Internet **www.rustemazeri.com kostenlos** anzusehen, aber da sie keine Rücksicht auf mich nehmen, nehmen meine Betreuer diese Möglichkeit nicht an, was nicht nachvollziehbar ist. Am 23.07.2009 haben meine Betreuer mir mitgeteilt, dass ich Kopien anfertigen soll. Ich musste eine Woche bis zum Ende des Monats Juli auf Geld warten, sodass ich die von meinen Betreuern angeforderten **Kopien** machen konnte, die mich **26,32 €** gekostet haben. **(Kopie die Rechnung anbei)** Das Bedeutet, dass meine Betreuer meine finanzielle Situation **nicht** verbessern, sondern nur für Monat Juli **noch 49,22 €** verschlechtert. Und bitte vergessen Sie nicht, dass Betreuer mir eigentlich in meiner **Bürokratieprobleme** helfen und mich unterstützen sollen und **nicht** mich im Gegenteil **noch mehr** in die **Tiefe** der Bürokratie

treiben sollen **!** Um mir wirklich zu helfen, wäre es nicht so schwer meine **www.rustemazeri.com** Seite zu besuchen als mich im Wahrsten Sinne des Wortes **in den steinigen krummen Weg zu treiben !**

Ich habe meinen Betreuern auch geschildert, dass ich monatlich Geld von Freunden leihen und zurückgeben muss, damit ich die **Kosten**, die mir wegen der anfallenden **Kopien**, **Portokosten**, **ungesetzliche Mahnungen**, **Mahngebühren**, **Übersetzung**, **etc.** tätigen kann. Meinen Betreuern scheint es **egal** zu sein, obwohl diese **sehen**, dass ich im laufenden Monat **kein** Geld mehr hatte, ob ich genug Geld für Lebensmittel habe oder nicht. Um meinen bürokratischen Problemen zu helfen, suche ich immer auf den Strassen jemanden zur Hilfe, dieses kann ein Tag dauern. Dadurch bleibt kein Geld um mich zu ernähren können. Dieses ist ein weiterer Schmerz auf meine Krankheit.

Ich **bitte** Sie und **fordere** Sie auf, dass Sie eine **Lösung** bezüglich meiner Betreuer erbringen. Sie müssen **nicht** warten, bis man mich in die psychiatrische Anstalt einweist, sondern mir umgehend helfen. **Bitte verdecken Sie nicht grundlos meine Angelegenheit und zwingen Sie mich nicht wieder zu einem Hungerstreik vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.**

Um sich ein genaues Bild von der Klage zu machen und diese dann dementsprechend zu bearbeiten bitte ich Sie auf die Internetseite **www.rustemazeri.com** zu gehen. Dort müssen Sie dann auf den Ordner **9) COURT Germani** klicken, anschließend auf **Dokument 08/**. In den folgenden Ordner können Sie sich einen Überblick über die gesamte Kriminalität machen.

Obwohl ich Betreuer habe, bitte ich immer noch Türkischsprachige Leute von der Strasse um auf Deutsch für mich etwas zu übersetzen und zu schreiben !

Eine Kopie des Schreibens geht an das **Menschenrechtsgericht**, an die **UN** und **weitere bedeutsame Organisationen**.

P.s: Wenn Sie dafür nicht zuständig sind, leiten Sie diese Unterlagen bitte weiter und teilen Sie es mir mit.

Hochachtungsvoll

R. Ismail

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

Fr. Claudia Roth
Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

- Nur per Fax: 030 / 28 44 22 10 -

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: un.human.org@gmail.com
www.rustemazeri.com

Berlin, 26.01.2011

Complaint:

To whom it may concern,

My name is Rustem Ismail. I was born 1970 in Azerbaijan and came to Germany in 1998. I am writing to you regarding my life situation in the Federal Republic of Germany (FRG) and asking you urgently for help.

I am living in bondage since I came to the FRG and it seams that this will last until I die.

To make it short, but imaginable:

The day after my arrival (1998) I was caught by the police. They imprisoned me because they wanted to deport me. I was ill and nobody cared about it. Furthermore, I was beaten by the policemen (date 2nd November 1999) in prison due to the fact that I asked for medical aid. Five years I did not receive the necessary medical treatment and lived nine years in Germany with the wrong status. The German court **(AZ.: 528 Qs 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7 / 00 (349 / 00))** confessed its mistake after this nine years. They wanted to let pass time which was against my interests, making it harder to provide proof. So it is obvious that the decisions before were also wrong (around 80 lawsuits in total). For this reason I sued for damages (reference: **86 O 633 / 09**)

As a result of that I am seriously ill and disabled today (80 %). I am suffering from cancer, one of my lungs is ruined, I am infected by the HIV Virus and I have fourteen other diseases. In FRG I received medical aid not before I was beyond remedy and I got a work permit after I was incapacitated.

The FRG tries to muzzle me and wants to cover up there crime against humanity.

I need the help of an international expert **UN** who independently analyzes all documents **(www.rustemazeri.com)**.

What Germany offers to me now is a so called "Grundsicherung" (basic financial security), I got a permit of residence, but I am not free to leave the country and live elsewhere in the EU.

After all that happened I need financial aid - I am unable to work -, but I definitely want to leave the FRG.

I have nothing else to accomplish my freedom than to stop swallowing my medication against all my diseases, even the HIV Virus (started date 2nd April 2010) and I am intent on doing so since somebody helps me. I am asking the **UN** and the **European Court of Human Rights** to effect a court order which allows me to live - financially supported - anywhere I want to in the EU, but not any longer in FRG.

I want to file an objection against the ruling of the International Court of Human Rights of 07.10.2010 **(Nr. 2968 / 09) - (Nr. 6859 / 08) - (Nr.746 / 04)**, saying that my my plaint may not be tried, and I now, that the second Instant say jess to my Problem. My human rights and my freedom remains still being disrespected and, as far as I am at the mercy of the German jurisdiction on bondage, the International Court is not competent to try this affair.

The courts of Germany **(5 DR 1539 / 10 - (86 O 633 / 09))** have, without informing me, imposed a money fine on 05.10.2010 amounting to **91 456, 00 EUR**. I just came to know this in December 2010, when the authorities appeared in my flat to seize my personal belongings. In addition, another German court of jurisdiction, again without my knowledge, imposed a fine on me that lead to the bank closing my bank account, where each month my social benefits are being paid. Thus, I am being deprived of every chance to leave Germany, as I am to 80% disabled, suffering from17 physical diseases, but without money one cannot survive anywhere.

My person in support also filed a complaint in court against me, because I did not give him the permission to pay money from my account that is meant for me to buy foods and paid by the Social welfare office, to other people. I wanted him to sue other persons before court, who were drawing money from my account, what he did not want to do.

All this proves once again that I am a person, who is still being treated against the laws in Germany and it seems that this is going to continue for life. They want me to remain in bondage and ignore my human right of freedom.

German courts issue decisions, stating that I was mental, without medical expertise and opinions. They are trying to convince me that I was a criminal and are so pushing me to commit suicide. I need the intervention of **UN** experts to help me obtain my freedom from bondage.

I am sorry for being so demanding and also I excuse my lack of fluency.

I would be grateful if you could help me.

Should you need any further information, please do not hesitate to contact me.

Yours sincerely,

Rustem Ismail

SENDEBERICHT

ZEIT : 26/01/2011 10:53
NAME :
FAX :
TEL :
S-NR. : 000L8N763876

DATUM/UHRZEIT	26/01 10:52
FAX-NR./NAME	28442210
Ü.-DAUER	00:00:48
SEITE(N)	02
ÜBERTR	OK
MODUS	STANDARD ECM

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

Fr. Claudia Roth
Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: un.human.org@gmail.com
www.rustemazeri.com

- Nur per Fax: 030 / 28 44 22 10 -

Berlin, 26.01.2011

Complaint:

To whom it may concern,

My name is Rustem Ismail. I was born 1970 in Azerbaijan and came to Germany in 1998. I am writing to you regarding my life situation in the Federal Republic of Germany (FRG) and asking you urgently for help.

I am living in bondage since I came to the FRG and it seams that this will last until I die.

To make it short, but imaginable:

The day after my arrival (1998) I was caught by the police. They imprisoned me because they wanted to deport me. I was ill and nobody cared about it. Furthermore, I was beaten by the policemen (date 2nd November 1999) in prison due to the fact that I asked for medical aid. Five years I did not receive the necessary medical treatment and lived nine years in Germany with the wrong status. The German court **(AZ.: 528 Qs 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7 / 00 (349 / 00))** confessed its mistake after this nine years. They wanted to let pass time which was against my interests, making it harder to provide proof. So it is obvious that the decisions before were also wrong (around 80 lawsuits in total). For this reason I sued for damages (reference: **86 O 633 / 09**)

As a result of that I am seriously ill and disabled today (80 %). I am suffering from cancer,

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

Bündis 90 / Die Grünen
Bundestagsfraktion
11011 Berlin
-Nur per Fax: 030 / 22 75 65 52-

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: un.human.org@gmail.com
www.rustemazeri.com

Berlin, 12.12.2011

TO: THE HONORABLE JUDGES OF THE EUROPEAN COURTS
THE OFFICIALS OF UNITED NATIONS
THE OFFICIALS OF AMNESTY INTERNATIONAL
THE PRESIDENT AND MEMBERS OF INTERNATIONAL
PRESS & ASSOCIATION AND ORGANIZATIONS
THE PEOPLE WHO HAVE BEEN KIND ENOUGH
TO READ THIS SUBJECT

FROM: ISMAIL RUSTEM
WHO HAD BEEN THROWN TO THE STREETS BY THE GOVERNMENT OF
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

Ladies and Gentlemen,

Attached to this letter I am sending you my appeal to the International Court for Human Rights dated 10 September 2011, asking you to consider and treat this action on your organization.

I also want to inform you that since 1998 until 2017 I am banned by German Courts and authorities from exercising my profession as a business on my own and I am deprived of my right to free movement, that is to leave Berlin and go to another place.

Thank you in advance!

Sincerely yours

Ismail Rustem

Rückschein National ☞ Bitte **unbedingt** die Rückseite ausfüllen!

Sendungsnummer/Identcode

RG 42 266 625 5DE

Auslieferungsvermerk

☐ Empfänger ☐ Ehegatte
☒ Empfangsbevollmächtigter
☐ Anderer Empfangsberechtigter
(Ersatzempfänger gemäß AGB BRIEF NATIONAL bzw. AGB PAKET/EXPRESS NATIONAL)
Ich habe die Sendung dem Empfangsberechtigten übergeben.
Datum 15.12.11
Postmitarbeiter/Zusteller: Unterschrift
X

Empfänger der Sendung
Name, Vorname/Firma: Die Grünen im Bundestag
Straße und Hausnummer oder Postfach: platz der Republik 1
Postleitzahl, Ort: 11011 Berlin

Empfangsbestätigung
Name und Vorname in GROSSBUCHSTABEN
Ich bestätige, die Sendung am heutigen Tag erhalten zu haben.
Datum 15.12.2011
Empfangsberechtigter: Unterschrift
X 15.12.11

Vom Absender auszufüllen
911-008-000 Stand: 10/04

Dipl.-Übers. Ganko Kuzarow
Certified translations
für die Berliner Gerichte und Notare
Ermächtigter Dolmetscher
für Bulgarisch/Russisch/Englisch
Feldstraße 54c, 13051 Berlin
Tel. +49(0)30/9279 9271, Fax +49(0)30/9279 9272

Certified Translation from German

(1)

Ismail Rustem, 9 Wichmannstr., 10787 Berlin
To the
European Court of Human Rights
F-67075 Strasbourg Cedex

via facsimile: 00 33 3 88 41 27 30

Rustem Azeri
Ismail Rustem
9, Wichmannstr.
10787 Berlin

E-mail:
un.human.org@gmail.com
www.rustemazeri.com

Berlin, 10/09/2011

At the beginning I need to inform you that I no longer have a „Rechtsbetreuer" (legal advisor) since 9 March 2011, instead, I was granted the right to defend myself from the District court (Az. 50 XVII 7034 / 09).

Ladies and Gentlemen,

On the 06.01.2011 and 01.04.2011 I have given you, the Court of Justice for Human Rights an appeal and an action, however I have not received an answer you're your side. Herewith I want to inform you, that an unjust German judgement (Az.: 528 Os 49 / 03 (251 b/251 a Ds) 52 Js 7 / 00 (349/00)), which has acknowledged its guilt, has granted to me no residence permit from 1998 to 2007 (9 years). Thereby I didn't receive 5 years social help, 7 years no working permit and on the basis of that I was 80 % crippled. With these judicial judgements I have lived in the streets, in apparently democratic Germany, in these years without housing and without my dignity and I haven't received a treatment for my diseases. All these law adversities have caused me 16 heavy diseases and I have suffered an heart infarct, thereby I have filed an action by the European Court for Human Rights (Az. 746 / 04) and I have in front of the German parliament I have committed an suicide attempt. After this incident the authorities have continued their malignities in more than 80 court processes.

Though I have written to the Court for Human Rights in my action from the end of 2003,that I have suffered all these physical and psychical diseases and that I have become disabled. The German courts have covered many years my bodily and psychical diseases to gain time for themselves. Consequently they could say in 2004 , that I am healthy and I have received all 16 heavy diseases at first from 2005.

In May 2006 the Court for Human Rights has rebuffed my action, the reason for that is, I should have met at first all instances in Germany until the Federal Constitutional Court.

Till 2008 I have went through all instances in Germany until the Federal Constitutional Court. For unimportant reasons the decision for my action in Germany was always rejected.

Thereupon I went 2008 for the second time to the Court for Human Rights (Az.: 6859 / 08) to let it be worked on, because I have all decisions from all instances in Germany. However the Court for Human Rights told me, that one case could not be opened two times. Though the case was never worked on from the Court for Human Rights, they did not want to deal with it. Thereon I have protested from 2006 until the end of 2008,because they did not let me further from the first instance of the Court for Human Rights. I had made in front of the court for human right suicide attempts,on 15 may 2009, because this situation finished me psychologically. Than the took the action for the third time, which so why was withdrawn after one year again for the same reasons, and admittedly, that a case can not be opened two times. All three decisions were not worked on further as the first instance by the Court for Human Rights and thereby they took me the right, my case to be proceeded by the second and further instances of the Court for Human Rights.
They (Court for Human Rights)haven't proceeded also the action (Az.: 11399/10) of my mother from 08.02.2010. How could they accept, that a 70 years old woman, which has no legal knowledge,can answer their writing, when she has not gone to school.

.

A further decision (Az.: 105 C 3052 / 04), in which the German court has claimed me not guilty.
In this case my action should be worked on from the Court for Human Rights according to the law (Civil proceedings code ZPO § 5 1 1).This is about, that a police car has caused by me an accident and thereby I have a brain trauma. (Evidence medical certificate 04.10.2002). On the basis of my heavy life situation, I have not filed an action, but the police has charged me and wants that I pay money for the painting of the car.
Though I have a witness from expert for this accident, who proves also in writing, that this police car's driver is the guilty one, the courts have charged me guilty and I have to pay repairing the paint coat of the car. This unlawful process you can check on my web site, in folder 09) - COURT Germany (the document 05 shows the story)
That is why I ask you for this reasons to work on my contradiction from 06.01. 2011 and my action from 01.04.2011 in the second instance. You can find the letters in folder 02)| - Strasbourg 20.01 08, inside you find folder 29) - Jan.2011-English and 30) -Apr.2011 German.
Thereby I want to inform you, the wrong decision (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Dsj 52 Js 7/00 (349 / 00)) from 2000 until 2005, which has been already acknowledged, had the following damages with itself, on the basis of this other German courts have taken in their decisions only this decision as a reason and thereby I became homeless, had no right for social help, treatment and working permit and I suffered 16 heavy chronic diseases, inter alia deadly diseases as well.
I suffered an 80% disability as well. The belonging evidence I have already sent you.
Moreover, I add new evidence, which show, that two more previous wrong decisions (Az.:70 XIV 3148 / 98 B and Az : 70 XIV 3782 / 99 B and 88 T XIV 298 / 99 B), because of which I was two times innocent in prison, were covered. Therein lie the roots of 13 years psychoterror. For this two covered decisions from 1998/1999 are the following evidence:
1998 I was punished by the court and became imprisonment. (Az.:70 XIV 3148 / 98 B.)

On the basis of that, I have lost my passport. After three and a half months I began a hunger strike, because I got cold on my whole body and the doctors didn't want to help me. After my hunger strike I received an attestation that I must be released.
There upon I was released. According to the German law it is duty of the Immigration Office to write me a toleration/working permit after a deportation imprisonment. I have not received it and this is not legally. The Immigration office hasn't given me a chance to go to the doctor to undergo a treatment and to receive a statement on my health situation as a document, to prove that I had this disease in German prison. Thus the Immigration Office has hidden this story.

Because of that, I have not received a working permit, I became an illegal person and homeless, so this way I had to live on the street and this despite my disease and without treatment. As a result of that, I have suffered through my head inflammation from epilepsy, lung inflammation and other chronic diseases, which damaged my organs and my head.
In the next year 1999 I was arrested for the second time for my mistake, that 1998 I have lost my passport, though this is not legal. This court has covered the guilt of the Immigration Office Az : 70 XIV 3782 / 99 B and 88 T XIV 298 / 99 B). When I was in the deportation imprisonment, many policemen have torn my clothes and I was beaten up by them.
This happened in a very brutal way. I was also 10 days imprisoned because of an epileptic seizure. That hurt me not only physically, but also my dignity and my honour. With the help of my often hunger protests and my lawyer I was released again three and a half months later. Furthermore I was homeless and for me was not allowed to get a therapy. By that I received more psychical diseases.
The court can not imprison a person only because of a lost passport!!!
Moreover it's not legal to imprison a person two times because of one and the same thing!!!
In one court hearing in 2000 I was claimed guilty (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) for the whole situation from 1998 and 1999 and punished again.
This court has helped to cover the fault of the Immigration Office and my two times wrong imprisonment!!!
And that has given other courts the chance that I couldn't go further for a medical evaluation, to treat my situation and to prove, that the court (Azi: VG 32 A 594 / 00) in 2000 has unlawful forbidden, to use medical help. This court has also violated the against the Human Rights in its verdict and tried to drive me to suicide (evidence, www.rustemazeri.com, in the file(dossier) folder 09 I COURT Germany/ click, document 03/, then please click 04 - Bez. Reinickendorf S 88 AY 135. 07, then on folder 2000, then please click on 06 – Sozialamt Reinickendorf - 2000). In the second verdict ends my treatment ban with this sentence: „When this man would come back to his homeland and our doctors would give an order that he is not in the situation to go back to his homeland and also when he should be threatened a bit, the decision stays in power".

With one word: simply die.

Because of that, in the deportation imprisonment in 1999 I have organized an union with 480 persons, thus the court has exerted a revenge on me.

Through this decision (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) the working permit and social help were taken away from me and I became homeless and the medical treatment was prohibited for me and through that I became not only stark bodily but also psychically fraught.

Thereby the courts, to cover their guilt, have led the situation in another direction. Through medical diagnoses I have asked the court again for a tuberculosis treatment. But the court has requested a certificate from a psychiatrist and one other, that I could not be treated in my homeland. Only by this way I could get a permission to go for a treatment of my diseases, for all the tuberculosis (evidence: www.rustemazeri.com, in the folder 09 COURT Germani/ click, next 03/, then click on 04 4 Bez. Reinickendorf S 88 AY 135 . 07, then on the folder 2001, then click on 02 4 Sozialamt Reinickendorf on the site 12). Though after the receipt of this certificate the court has not allowed me to get medical assistance. Question: when they can not give me a permission for my treatment, how is it possible to classify me as a psychical sick man and to request a certificate from me? With it a psychiatrist can show his first diagnosis after many visits of the patient also 3 months later by the court. How can the court request a such diagnosis after only one visit? That is another evidence for the cover with political interest.
These inhuman games have caused me 2003 a heart seizure, thereupon I wrote at the end of 2003 an action to the European Court for Human Rights. Subsequently this situation has led me to a suicide attempt on 07.01.2004 in front of the German Parliament.

In 2005 the court, which claimed me not guilty in 2000, has recognized its fault for the five years following the wrong decision. (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)). After that my lawyer withdraw illegally my appeals against the decision regarding my residence and these games were played with me from officers and authorities until 2009 and the lady judge covered them also intentionally. And these unlawful games are in progress still until now with other methods. Thus more then 80 court processes were covered from the judge. These games make me totally broken, and they bring me to suicide or in the psychiatry and though nobody has interest in the truth.

In 2006 I have again shown interest in this case of police brawl and wrote an action to the German District court.

The District court (2006), Regional Court (2007), Supreme Court /Kammergericht (2008) and the Federal Court of Justice (2009) in Germany pronounced the following decision: they said it is too late and I have lost too much time and that the action will be let to drop. The District court, which has convicted me wrong and has recognized this in 2005 is guilty for that I have lost so much time. Moreover, through this psycho-terror from the wrong decision I became mentally sick.

I have filed an appeal to the Federal Court of Justice (Az.: 2 Ars 346 / 09) in February 2009, because I wanted to know, why from the side of the courts in 2006 was said that my action has come to late, although I had filed an appeal already in 1999, which has not been dealt with until 2006 !!!

As I have proven here by this process, I have tried also by other 80 court processes to prove my innocence and tried to get my rights.

At the end of this entire game in 2009-2010 with the help of the "Betreuer" (somebody who looks over smb., a mentor), the whole situation of the guilty courts was covered intentionally. For these two "Betreuer" criminal acts there is the following evidence:
As early as in 2004 I had asked the court to assign to me a "Betreuer", because at this time I was facing too many bureaucratic problems. At that time the court refused a "Betreuer" for me, so that I was bludgeoned, to solve best possible my problems by myself. First when I handled my legal and bureaucratic problems and have asked for my right, the District court has given me on 05 May 2009 a "Betreuer" named Mr. Kaufmann and he has taken back the action for the police brawl from August 2009 without my knowledge and my agreement. In October 2009 the District court took away again the "Betreuer" they had assigned to me. In the whole time, the "Betreuer" has not helped me, but has instead taken back/revoked the action from the Federal Court (Az. 2 Ars 346 / 09).
On 24. November 2009 I wrote an action to claim for the damages to the District Court for the wrong decision (Az. 528 Os 49 /03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)), which has recognized its fault in 2005. After 21 days, on 15 December 2009, they assigned to me a new "Rechtsbetreuer" (legal adviser, solicitor) Mr. Birant Öner. He has received from the District court (Az. 50 XVII 7034 / 09) all rights regarding my bank account and court processes and thereby the court processes were forbidden for me. My complaint against the "Betreuer" was not permitted by virtue of a court decision (Az. 50 XVII 7034 / 09).The court has described me in its verdict as a „paranoid" and insane without reference from a doctors opinion. With it the have taken me into custody regardless of my Human Rights. Subsequently the "Rechtsbetreuer" Mr. Birant Öner has left all my court processes to drop and especially not answered this action for damages and thus I received a penalty notice for **91.456 Euros**, about which I learned for the first time in December 2010 only. Despite the "Rechtbetreuer" Mr. Birant being guilty, he has not received a penalty. Then the District court, which has assigned to me two times this "Rechtbetreuer" and he has not looked after this thing, revoked him back again on 09.03.2011 and his guilt (of the "Betreuer") was again not recognized.
Moreover, this „Betreuer" has transferred from my bank account my means for living to other accounts and he has not reacted for many months, when money from my account went to unauthorized firms. He has not carried out the requests for additional needs for my heavy diseases despite my retention and also not the relief of my disabled person's certificate, which I am entitled to by law, because I have a heart seizure and lung diseases. Moreover, through his intentional mistakes, my land-line phone was closed, because from this network I had sent a fax and have given more information to the Internet, because my letter remained without no answer and also one has not answered these letters. Furthermore, he has not reacted on this decision (31 M 4683 / 10), in which it was about the blocking of my account, and hence my bank account is unlawfully blocked until today. And he has made many more unlawful and intentional mistakes. The District court (Az.: 87 T 91 / 11) has given him the right, furthermore they have tried to clean up the affair. So that the criminal game could not be uncovered. In Berlin also I have not received a lawyer from any organization. And there was no attorney, who would represent my interests in this case, because it was about a political affair. The Federal Court (Az.: XII ZB 347/11)

has also rejected my objection for unimportant reason (because I was without a lawyer, and has not let it go to the last instance, to the Federal Constitutional Court. Nevertheless, I have filed an action to the Federal Constitutional Court (Az.: ARj 6412 / 11). In a written answer dated 22.09.2011 I was informed that the above mentioned court has informed me earlier that no more action from my side will be considered. That means for me, that it the German state does not care about what is happening and has happened to me in offence of the laws of this country. In other words, I am left to the despotism of the German bureaucracy. From it one can see, that it was a political game with a 80 % disabled man. And this is an evidence. And for that reason the Court of Human Rights must deal with this action.

The "Betreuer", who made mistakes was not punished. And also during these 13 years over 100 employees of different authorities and officers have made intentionally mistakes, which I have proved legally and though they have not received a penalty. This is also a further evidence for that this was a game with political interest. Through these fully unlawful and inhuman games, which continued for over 13 years, I became physically and psychically very stark sick, am political and professionally handicapped and to me it became impossible to have a happy family and to be a family father. Thereby I am since 2000 unlivable and lost my love of life.

I would like to know how is it possible, that in 2005 the court has recognized its 5 years long guilt and had to pay me compensation and after a short period of time, when I received the decision and the penalty, I had to pay the amount of 91.456 Euros.

The professors of the psychiatric clinic Charité had help to cover that and the courts have covered also the action against the Charité. As one can see one hand has washed the other with the cost of my life.

For many long years it was forbidden for me to leave Berlin and to make a therapy (treatment). Now I have an open-ended stay permit, which allows me 6 months in the year to be in another country. But this is not facilitated for me from the court (31 ft/l 4683 / 10), because they have blocked my account and I can withdraw money from the bank account only in Berlin. The courts know exactly, that a man with 80 % disability can not work and finance himself in another country.

Moreover, all German press and also all organizations for Human Rights have closed their eyes. All organizations for Human Rights say every time that has finished, however this thing plays today still an important role in my life. How can that be finished, when through this games I was destroyed. This can be looked at as if the German government has corrupted a worthless toy and nobody is responsible for it, nobody must bear the consequences. But I am not a worthless toy, I am a human being. I haven't seen in the whole World a country, where all Human Rights organizations want to let a man die to cover the crime.

Because of this wrong verdict (Az: 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) I was claimed guilty wrongfully in 80 court processes and these law violations were covered years long from the responsible people in the German government. Because of this stupid misunderstandings my health and life were destroyed. Since 13 years I have been treated as a slave and one is shutting all paths to me and this shall go on until the end of my short life.

Herewith I want to ask you to read my letter from 01 04 2011, in which I have pointed already all evidence. I have sent it to the United Nations, the German Bundestag, German Red Cross, Azerbaijan president," Berlin AIDS-Beratung (AIDS help and advice)", Victim Commission, European Court of Human Rights and all

organizations for Human Rights. Look at my webpage please to read all evidence, because it is too much to quote here.

What you can read in my webpage are only actions, which I have made on authorities and officers, however there are many more problems, which I had, but for which I haven't made a complaint. Also if these can not be read anywhere, I have everything memorized in my mind. At the end of 2003 I have filed a complaint to the Court of Human Rights for the reason of Germany having made me physically and psychically sick, however 2011 I have received a message that they want to close my affair, because the opposite side has proven that I am psychically sick. Thus they take the reason for my action from 2003 as their pleas.
I would like also to inform them, that sometimes important documents are simply erased and always when I deal with important data in my webpage the internet stops or I receive problems with the Laptop. When I use computers in a Internet club or the PC's it is the same. I feel totally discriminated, when I want to change any data or to work on my web-page. How can it be that one tries to so destroy a man. And don't think that I am paranoid. I have witnesses, who have understood, so that I have not imagined it. If it has been only one time, I would understand it, but it happens often, mostly when I work. I fight only for my rights, before I have fully lost my power.
Also I would like to tell you that the court has discriminated me long years in different courts, there was nobody in Germany, who wanted to defend me. In the last 3 decisions I was claimed for guilty and my bank account was blocked, though I didn't know why I was claimed for guilty or in which years I have made debts, so that my account was closed.
I was blamed without other reasons. I am sure that in the last 13 years I have not made debts. It was not given to me a chance or information to defend (advocate) myself. I would like to know how these are created
On the basis of that, that since long time there is a conflict between me and the courts in Germany long time, I ask the second instance of the Court of Human Rights to find a solution for their decision.

Because the courts, though the many pieces of evidence from me for the guilt for my psychical and physical diseases and my disability, because of their interest don't wont to work on my case. Until today the psycho-terror continues and my mental and physical situation becomes in this way worse.

I am protesting hereby, I want you to support me, because I want to go leave Germany, to move to in another country, where real democracy for Human Rights is valued.

I protest for my freedom, give it to me, and open a door for me by this means, otherwise you would bear the guilt of my giving up life.

Moreover I am representing here that I prove through medical certificates that I am a victim of this whole game.

According to the report of the German neurologist Dr. med. Christian Seyfried from 01.02.2007 I am a victim of an crime of the German government.

Through radiological images of my scull in the house of the Radiological centre (Radiology in Europe centre, Med. care centre) it was determined, that in my head are traces of old sinusitis to see. This is provable also between 1998 and 2004 through a cold in the head and meningitis.

The German urologist has written on 16.09.2002 the same words in the patient record: *„In my examination it was determined also a chronic prostate disease and I can confirm, this disease exist already since 3 years"*. That was in the years 1998-1999, that is in a time when I was not treated because of the German unlawful bureaucracy (jugde and representatives) and the protractive processes.

In the medical report of the psychiatric clinic Charité from 16.01.2004 is determined, that my suicide attempt on 07.01.2004 in front of the German parliament is a reason for my homelessness, different diseases and my difficult living situation.

In the certificate issued on 24.10.2007 by the Franziskus hospital, shows that on the left site of my lung also old spots are discovered. That is the confirmation for that between 1998 and 2004 I was sick of lung inflammation and tuberculosis.

According to a report of the Strasbourg psychiatric clinic from 06.05.2009 the German courts and authorities are guilty for my psychical diseases.

All medical certificates you can see on my web-page, just you click on 09) - COURT Germani!, then in Dokument 02 click on Radiologie-2008 and in the same folder Dokument 02 also the Dr.Attest 2009 Strasbourg in folder 04), and in the same folder Dokument 02 also the Dr.Attest 2000-2007 then in the 1.pdf on page 9 , page 13, page 24, page 25 , page 26, where you can review the pieces of evidence.

Because these fact again are not accepted, I am calling the international experts of the UN to verify my statements!!! Otherwise I am forced to begin a hunger strike.

And the judgements of the courts are at hand. The court (Az: 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7|/00 (349 / 00)) has seen its own mistake on 03.01.2005 and has stated: „The leaving of Ismail Rustem to his homeland was impossible for one reason. He had no passport to leave this country." This means that I had no physical problems in the years 1998-1999, the only thing that was missing to leave the country was my passport and until 2003 the courts have described my physical and mental situation as healthy during 30 court proceedings. Now the court (Az.: 50 XVII 7034 / 09) in his verdict on 15.12.2009 has shown, that I were paranoid allegedly because of personal problems!!! ???

How is it possible that the German courts are announcing contradictory and wrong verdicts? But both verdicts are valid and I am considered guilty in all 80 court processes. How is it possible, that in the years 1998 and 1999, they have hold me, a sick man with sexual problems, not guilty in prison for deportation, though in the same prison 7-8 doctors have examined me and determined that I am not sick!!! ??? But when it is needed, one proves within one hour a disease. How is that possible??? Circulation to receive back the action for damages (Az.:86 O 633 / 09) from 24.11.2009!!!

The German courts use always in different variations unimportant reasons to leave my action for damages unconsidered. I have filed for everything a complaint including evidence and the last reason of the courts (Az.: 6 W 44 / 11) is that the action for damages is a big sum, however I want my life back, which was taken away from me intentionally with unlawful games. Because it is not possible to give me back my life, I require at least 50,000,000 in compensation for this inhuman games. These diseases and my disability I have received on the basis of the wrong decision, which has been recognized already!!! That is why I have a right to receive compensation and pension and not only one help from the state, which restricts me in me freedom, also to live in another country, where I have no problems. As I have already described, I have a lot of political problems in Germany, which are on the side of Germany, who is guilty for my health situation. Moreover my freedom is further blocked and with this my health condition it is getting even worse. This situation lets me die from the inside and this is no suicide, as the opposite side wants to prove, but that is a homicide on a helpless person. I have filed an action with the Federal Court. The Federal Court (Az: XII ZB 484 / 11) wants only, that I take back my action until 27.09.2011, or they will reject the action as illegal. I have replied them on 26.09.2011 that as long as their opinion is applicable that I am to pay a money fine of **91.456 EUR**, instead of receiving a compensation, I will not withdraw my action, that I have already written to the Federal Court of Justice. *"This procedure must be started, the legal (costs) aid must be granted and other costs as they are occurring must accepted by the District Court, who have already recognized their guilt. If they want to make it inadmissible, I would like to draw their attention to the fact that they should involve an international expert from UN who would get in touch with me. Because it is about the political interest."*

This proceedings must be started, the legal aid must be granted and other costs, emerging in the meanwhile, must be accepted by the District court, which has already recognized its guilt and other costs, which emerge meanwhile, must accept the German courts, which have already recognized their guilt.

Since 13 years the legal protection agencies of an democratic country as Germany try everything to stop the investigations in this heavy crime. Even as an 80 % disabled person without a legal education I know very well that the laws nowhere in the World may be abused for covering-up of a crime. Conversely the laws should be there for the reason of satisfying the rights of a person. For that reason, I ask you to abstain from all attempts to disguise such crimes by taking reference to some legal paragraphs. Otherwise the rights violations will become common in other states of the World and they will considerably harm the UN-Chart and European Convention for Human Rights and the international legal system. I ask that the Court of Human Rights to take the action immediately because of the above mentioned reasons.

Hence I ask you again with all respect due to help me!!!

I demand from the European Court of Human Rights, my action to be worked on in the second instance, because it has not been worked on three times in the first instance. I wait six month for my request, my action to be let go to the second instance, because when it will not be taken from the second instance, it will be on the basis of that the German Republic has taken away my freedom 13 years long in political interest and has captured me in Berlin. Moreover, it has blocked me in

everything and terrorized me psychically, whereby I have received 16 heavy and deadly diseases. That was an assault on me. Though I was right, they have wrongly accused me and finish me off with it. And this is according to the law of the UN a genocide!!! Moreover, the Azerbaijan Republic is guilty for that, that the state employees don't defend their compatriots!!! The human right organizations have closed their eyes in the interest of the state!!! The European Court of Human Rights has rejected three times my action, though it should work it on. However it has left my action to the streets in Berlin.
Moreover, it has left me with this conflict alone against the state. Though it is not possible to achieve something alone against the state!!! For these reasons these persons will be guilty for my further life situation and my death.

I hope, that now you understand the reasons for this letter and the inhuman games can be revealed.

Thank you in advance!

Sincerely yours
Ismail Rustem

Dipl. Soz. Genko Kuzarow
certified translations
für die Berliner Gerichte und Notare
allgemein beeidigter Dolmetscher
für Bulgarisch/Russisch/Englisch
Fordimannstraße 54c, 13051 Berlin
Tel. +49(0)30/9279 9271, Fax +49(0)30/9279 9272

Ismail Rustem, Wichmannstr. 9, 10787 Berlin

An das:
EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS
F-67075 STRASBOURG CEDEX

Per Fax: 00 33 3 88 41 27 30

RUSTEM-AZERI

Ismail Rustem
Wichmannstr. 9
10787 Berlin

E-mail: un.human.org@gmail.com
www.rustemazeri.com

Berlin, 10.09.2011

Zum Anfang möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich seit dem 09. März 2011 keinen Rechtsbetreuer mehr habe, sondern das ich vom Amtsgericht (Az.: 50 XVII 7034 / 09) das Recht erhalten habe, mich wieder selbst zu verteidigen.

Sehr geehrte Damen und Herrn,

am 06.01.2011 und 01.04.2011 habe ich Ihnen, dem Menschenrechtegerichtshof einen Widerspruch und eine Klage zukommen lassen, jedoch habe ich keine Antwort ihrer seits erhalten.

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen das, dass ungerechte deutsches Urteil (Az.: 528 Os 49 / 03 (251 b /251 a Ds) 52 Js 7 / 00 (349/00)) welches seine Schuld schon anerkannt hatte, wurde mir seit 1998 bis 2007 (9 Jahre) keine Aufenthaltstitel erteilt. Dadurch bekam ich 5 Jahre keine Sozialhilfe, 7 Jahre keine Arbeitserlaubnis und aufgrund dessen wurde ich zu 80 % verkrüppelt. Mit diesen richterlichen Urteilen habe ich in scheinbar demokratischem Deutschland, in dieses Jahre ohne Unterkunft und ohne meine Würde auf den Straßen gelebt und habe für meine Krankheiten keine Behandlung bekommen. Alle diese Gesetzeswidrigkeiten haben mir 16 verschiedene schwere Krankheiten verursacht und ich habe im Jahre 2003 einen Herz Infarkt erlitten, dadurch habe ich bei dem Europäischen Menschenrechtsgericht eine Klage eingereicht (Az.: 746 / 04) und habe vor dem deutschen Parlament einen Selbstmord versuch begangen. Nach diesem Vorfall haben die Behörden in mehr als 80 Gerichtprozessen ihre Bosheiten nach wie vor fortgesetzt.

Obwohl ich in meiner Klage von Ende 2003 an das Menschenrechte Gericht, geschrieben habe, dass ich all diese Physischen und Psychischen Krankheiten erlitten habe und dass ich Behindert geworden bin. Die deutschen Gerichte haben mehrere Jahre, meine körperlichen und psychischen Krankheiten verdeckt um Zeit für sich zu gewinnen. Somit konnten diese in Jahre 2004 sagen, dass ich gesund bin und erst ab 2005 alle 16 schwere Krankheiten bekommen habe.

Im Mai 2006 hat das Menschenrechtegericht meine Klage zurückgewiesen, der Grund dafür ist das ich als erstes alle Instanzen in Deutschland bis des Bundesverfassungsgerichts erfüllt haben muss.

Bis 2008 habe ich alle Instanzen in Deutschland durchgeführt bis zum Bundesverfassungsgericht. Aus unwichtigen Gründen wurde meine Klage jedoch in Deutschland immer mit ihrem Beschluss abgelehnt. Daraufhin ging ich 2008 ein zweites mal zum Menschenrechtsgericht (Az.: 6859 / 08) um es bearbeiten zu lassen, weil ich alle Beschlüsse von allen Instanzen in Deutschland habe. Jedoch sagten Sie, das Menschenrechtegericht mir, dass man ein Fall nicht zweimal öffnen kann. Obwohl der Fall von Menschenrechtegericht ab 2003 bis 2006 nie bearbeitet wurde, wollten sie ihn nicht bearbeiten. Daraufhin machte ich einen Widerspruch ab 2006 bis Ende 2008, weil sie mich nicht weiter als die erste Instanz des Menschenrechtegerichts gelassen haben. Außerdem hatte ich vor dem Menschenrechtegericht

Suizidversuche am 15. Mai 2009 gemacht, weil mich diese Situation psychisch fertig machte. Dann haben Sie ein drittes mal die Klage (Az.: 2968 / 09) genommen, welche so wieso nach einem Jahr wieder aus gleichen Gründen zurück gezogen wurde, und zwar, dass man ein Fall nicht zweimal öffnen kann.

Alle drei Beschlüsse wurden beim Menschenrechtegericht nicht weiter als bei der ersten Instanz bearbeitet und dadurch nahmen sie mir das Recht darauf, dass mein Fall bei der zweiten und den weiteren Instanzen von Menschenrechtegericht bearbeitet wird.

Sie (Menschenrechte Gericht) haben die Klage (Az.: 11399/10) meiner Mutter vom 08.02.2010 auch nicht bearbeitet. Wie konnten Sie annehmen das eine 70 Jahre alte Frau die kein Juristisches Wissen hat Ihnen Ihr schreiben beantwortet kann, wenn Sie nicht einmal zu Schule gegangen ist.

Ein weiterer Beschluss (Az.: 105 C 3052 / 04), indem das deutsche Gericht mich unschuldig bestraft hat. In diesem Fall hätte nach dem Gesetzt (ZPO § 511) Meine Klage vom Menschenrechtegericht bearbeitet werden müsste, jedoch haben sie diese auch nicht genommen. Dieser geht darum, dass ein Polizei Auto, ein Unfall bei mir verursacht hat und dadurch habe ich ein Gehirn Trauma erlitten. (Beweis Ärztliche Atteste von 04.10.2002). Aufgrund meiner schweren Lebenssituation habe ich keine Klage gemacht, jedoch hat die Polizei mich angeklagt und will, dass ich Geld für die Farbe des Autos bezahle. Obwohl ich einen Zeuge von Expert für diesen Unfall habe, welcher auch schriftlich beweist, dass dieses Polizei Auto schuld hat, haben die Gerichte mich beschuldet und ich muss die Farbe für das Auto bezahlen. Diesen ungesetzlichen Prozess können sie überprüfen auf meiner Webseite, im Ordner 09) - COURT Germany da ist das Dokument 05 und zeigt die Geschichte.

Daher bitte ich sie aus diesen Gründen mein Widerspruch von 06.01. 2011 und meine weitere Klage von 01.04.2011 in der zweiten Instanz zu bearbeiten. Die Briefe können Sie finden in dem Ordner 02) – Strasbourg 20.01.08, dort drin finden sie den Ordnerin 29) – Jan.2011-English und 30) – Apr.2011 Germani.

Dadurch möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass der falsche Beschluss (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) von 2000 bis 2005 welcher schon anerkannt wurde, folgende Schäden mit sich zog, aufgrund dieser haben andere deutsche Gerichte in deren Beschlüsse nur diesen Beschluss als Grund genommen und dadurch wurde ich obdachlos, hatte kein Recht auf Sozialhilfe, auf eine Therapie und Arbeitserlaubnis und erlitt 16 schwere chronische Krankheiten, unter anderem auch tödliche Krankheiten. Außerdem erlitt ich an einer Behinderung mit dem Schwierigkeitsgrad von 80 % . Die dazu gehörigen Beweise habe ich Ihnen bis jetzt schon zugesandt. Außerdem füge ich noch weitere neue Beweise hinzu die zeigen, dass noch zwei weitere vorherige falsche Beschlüsse (Az.:70 XIV 3148 / 98 B und Az : 70 XIV 3782 / 99 B und 88 T XIV 298 / 99 B), wegen denen ich unschuldig zweimal im Gefängnis war, verdeckt wurden. Darin liegen die Wurzeln von 13 jahre Psychoterror Für diese zwei verdeckten Beschlüsse von 1998 / 1999 liegen folgende Beweise vor:

Im Jahr 1998 wurde ich vom Gericht bestraft (Az.:70 XIV 3148 / 98 B.) und bekam eine Gefängnisstrafe, aufgrund davon, dass ich meinen Pass verloren habe. Nach dreieinhalb Monaten hatte ich vielmals Hungerstreik angefangen da ich ganz Körper erkältet war und die Ärzte mir nicht helfen wollten. Nach meinen Hungerstreik habe ich dann ein Attest bekommen das ich entlassen werden muss. Dadurch wurde ich dann entlassen. Nach deutschem Gesetz ist es Pflicht der Ausländerbehörde, nach einer Abschiebung Gefängnisstrafe mir eine Duldung/Aufenthaltserlaubnis auszustellen. Diese habe ich nicht erhalten und das ist nicht rechtskräftig. Die Ausländerbehörde hat mir keine Chance gegeben zum Arzt zugehen um eine Therapie zu machen und meine gesundheitliche Situation als Dokument zu erhalten, um zu beweisen, dass ich diese Krankheit im Deutsche Gefängnis erlitt. Somit hat die Ausländerbehörde diese Geschichte verdeckt.

Aufgrund davon, dass ich keine Duldung erhalten habe wurde ich in Deutschland illegal und obdachlos, dadurch habe ich im Winter auf der Straße leben müssen und dieses trotz meiner Krankheit und ohne Therapie. Das hatte zufolge, dass ich durch meine Kopf Entzündung, Epilepsie und eine Lungenentzündung und weitere chronische Krankheiten, die meinen Organen und meinem Kopf schadeten, erlitten habe.

In darauf folgendem Jahr 1999 wurde ich ein zweites mal für den gleichen Fehler (dass ich meinen Pass 1998 verloren habe) festgenommen, obwohl dieses nicht rechtskräftig ist. Dieses Gericht Az : 70 XIV 3782 / 99 B und 88 T XIV 298 / 99 B) hat die Schuld der Ausländerbehörde verdeckt. Als ich in der Abschiebehaft war, wurden mir von mehreren Polizisten, die Kleider vom Körper gerissen und anschließend wurde ich von ihnen zusammen geschlagen. Dies geschah auf ganz brutale Art und Weise. Außerdem wurde ich 10 Tage eingesperrt und dies aufgrund eines Epileptischen Anfalls. Das verletzte mich nicht nur körperlich, sondern auch meine Würde und meine Ehre. Mithilfe meiner häufigen Hungerstarken Protesten und meines Rechtsanwaltes wurde ich drei ein halb Monate später wieder entlassen. Weiterhin war ich obdachlos und durfte auch keine Therapie besuchen. Dadurch bekam ich noch weitere psychische Krankheiten.

Das Gericht kann eine Person, aufgrund eines verlorenen Passes nicht schuldig ins Gefängnis stecken!!! Außerdem ist es nicht rechtskräftig eine Person für eine Sache, also für den gleichen Grund zweimal zu inhaftieren!!!

In einer Gerichtsverhandlung (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) im Jahre 2000 wurde ich für die gesamte Situation vom Jahre 1998 und 1999 schuldig gesprochen und wieder bestraft. Dieses Gericht hat geholfen die Schuld der Ausländerbehörde und meine zweimalige falsche Haft zu verdecken!!!

Und das hat anderen Gerichten die Chance gegeben, dass ich weiterhin nicht zur Ärztlichen Untersuchung gehen konnte, um meine Situation zu behandeln und auch zu beweisen. das Gericht (Az.: VG 32 A 594 / 00) im Jahre 2000 gesetzwidrig verboten, zur ärztlichen Behandlung zu gehen. Dieses Gericht hat ebenfalls am 23.10.2000 in seinem Urteil gegen die Menschenrechte verstoßen und versucht, mich offiziell zu Selbstmord zu treiben (Beweis, www.rustemazeri.com, im Aktenordner 09 COURT Germani/ klicken, anschließend auf Dokument 03/, dann klicken Sie bitte 04 –Bez. Reinickendorf S 88 AY 135. 07, dann aufn Sie bitte die Ordner 2000, dann klicken Sie bitte 06 – Sozialamt Reinickendorf – 2000). In dem gleichen Urteil endet mein Behandlungsverbot mit diesem Satz: „Wenn dieser Mensch freiwillig in seine Heimat zurückkehren würde und unsere Amtsärzte Anordnung geben würden, dass er nicht in der Lage wäre in seine Heimat zurückzugehen und wenn auch ein wenig behandelt werden müsste, bleibt der Beschluss in seiner Kraft bestehen."

Mit einem Wort: einfach sterben.

Aufgrund davon, dass ich in der Abschiebehaft im Jahre 1999 einen Bund mit 480 Personen organisiert habe, hat das Gericht somit Rache an mir ausgeübt.

Durch diesen Beschluss (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) wurde mir die Arbeitserlaubnis und die Soziale Hilfe entzogen das ich dadurch Obdachlos geworden bin und die Ärztliche Behandlung wurde mir verweigert dadurch wurde ich nicht nur sehr stark körperlich sondern auch Psychisch belastet.

Dann haben die Gerichte um seine Schuld zu verdecken meine Situation in eine andere Richtung geleitet. Auf medizinischen Diagnosen beruhend habe ich im Jahre 2001 das Gericht noch einmal um meine Tuberkulosebehandlung gebeten. Aber das Gericht hat (Az.: VG 32 A 487 / 01) am 04.09.2001 eine Bescheinigung von einem Psychiater und eine andere darüber verlangt, dass ich in meiner Heimat deswegen nicht behandelt werden würde. Nur so könne ich für die Behandlung meiner inneren

Menschen Rechte Gericht| 10/08/2011

Krankheiten, vor allem der Tuberkulose, eine Erlaubnis bekommen (Beweis: www.rustemazeri.com, im Aktenordner 09 COURT Germani/ klicken, anschließend auf Dokument 03/, dann klicken Sie bitte 04 –Bez. Reinickendorf S 88 AY 135 . 07, dann aufn Sie bitte die Ordner 2001, dann klicken Sie bitte 02 – Sozialamt Reinickendorf auf der Seite 12 nachlesen). Nach Erhalt dieser Bescheinigung hat mir das Gericht trotzdem nicht erlaubt, meine Behandlungen aufzunehmen. Frage: wenn sie für meine Behandlungen kein Erlaubnis erteilen können, weshalb ist es möglich mich als psychisch kranken Mensch einzuordnen und von mir eine Bescheinigung darüber zu verlangen ? Dabei kann ein Psychiater seiner ersten Diagnose nach mehrmaligen Patientenbesuchen auch 3 Monate später beim Gericht vorlegen. Wie kann das Gericht nach einmaliger Besuchsabstattung eine solche Diagnose verlangen ? Das ist ein weiter Beweis für die Verdeckung im Politischen Interesse.

Diese Unmenschlichen Spielchen haben mir 2003 einen Herzinfarkt bereitet, daraufhin schrieb ich Ende 2003 eine Klage an das Europäische Menschen Rechte Gericht. Anschließend hat mir diese Situation am 07.01.2004 Selbstmord versuche vor dem Deutschen Parlament bereitet.

Im Jahre 2005 hat das Gericht welches mich 2000 unschuldig bestraft hat, seine Schuld des fünf jährigen falschen Beschlusses anerkannt (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)). Danach hat mein Anwalt meinen Aufenthalts Widerspruch ungesetzlich zurückgezogen und es wurde weiterhin von Beamten und Behörden diese Spielchen mit mir gesetzt widrig bis 2009 gespielt und die Richterin deckte diese auch absichtlich. Und diese ungesetzlichen Spielereien laufen noch bis jetzt mit anderen Methoden. Somit wurden mehr als 80 Gerichtsprozesse von der Richterin immer gedeckt. Das Prinzip worum es mir geht ist, dass mich diese Spielchen total kaputt machen und sogar zum Selbstmord oder in die Psychiatrie bringen und trotzdem keiner Interesse an der Wahrheit hat.

Im Jahr 2006 habe ich mich erneut, für diesen Fall der Polizeischlägerei von 1999 interessiert und schrieb eine Klage zum Deutschen Amtsgericht.

Das Amtsgericht (2006), Landesgericht (2007), Kammergericht (2008) und der Bundesgerichtshof (2009) in Deutschland, hatten folgenden Beschluss ; und zwar sagten diese Gerichte, dass es zu spät sei und ich zu viel Zeit verloren habe und das die Klage fallen gelassen wird. Das Amtsgericht das mich im Jahre 2000 falsch verurteilt hat und dies auch im Jahre 2005 anerkannt hat, trägt die Schuld dafür, dass ich viel Zeit verloren habe. Außerdem bin ich durch diesen Psychoterror des falschen Beschlusses psychisch krank geworden.

Ich habe einen Widerspruch an das Bundesgerichtshof (Az.: 2 Ars 346 / 09) im Februar 2009 geschrieben, weil ich wissen wollte, wieso von seitens der Gerichte im Jahre 2006 gesagt wurde, dass meine Klage zu spät gekommen ist, obwohl ich bereits 1999 eine Beschwerde schrieb, die jedoch bis 2006 nicht bearbeitet wurde !!!

Wie ich hier bei diesem Prozess bewiesen habe, habe ich auch bei anderen 80 Gericht Prozessen versucht meine Unschuld zu beweisen und mein recht versucht zu erhalten.

Am Ende dieser gesamten Spielerei im Jahre 2009-2010 ist mithilfe des Betreuers, die gesamte Situation der schuldigen Gerichte absichtlich verdeckt worden. Für diese zwei Betreuer Kriminalität liegen folgende Beweise vor:

Schon 2004 bat ich das Gericht um Beistellung eines Betreuers, da ich zu diesem Zeitpunkt bereits viele bürokratische Probleme hatte. Damals schon lehnte das Gericht einen Betreuer für mich ab, so dass ich gezwungen war, meine Probleme bestmöglich selbst zu regeln. Erst als ich meine rechtlichen und bürokratischen Probleme erledigt hatte, und für mein Recht gefragt habe, hat das Amtsgericht mir am 05.Mai 2009 einen Betreuer namens Herr Kaufmann zugewiesen und dieser hat ohne mein Wissen und

ohne meine Einverständniserklärung die Polizeischlagereiklage vom Bundesgerichtshof von August 2009 zurückgezogen. Im Oktober 2009 hat das Amtsgericht den Betreuer den sie mir zugewiesen haben, mir wieder entzogen. In der gesamten Zeit, hat der Betreuer mir nicht geholfen, sondern nur die Klage (Az.: 2 Ars 346 / 09) vom Bundesgerichtshof zurückgezogen.

Am 24. November 2009 habe ich eine Schadensersatzklage für den falschen Beschluss (Az. 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) des Amtsgericht, welcher im Jahr 2005 auch als seine Schuld anerkannt wurde, geschrieben. Gleich 21 Tage später, am 15. Dezember 2009, wiesen sie mir einen neuen Rechtsbetreuer Herr Birant Öner zu. Dieser hat von dem Amtsgericht (Az. 50 XVII 7034 / 09) alle Rechte über meine Konto und Gerichtsprozesse erhalten und somit hatte ich ein Verbot über alle Gerichtlichen Prozesse. Meine Beschwerde gegen die Betreuer wurde mir am 15.12.2009 mit einem Gerichtsbeschluss (Az. 50 XVII 7034 / 09) nicht erlaubt. Das Gericht hat mich in seinem Urteil als „paranoid" und als Irrsinnigen dargestellt ohne Bezugnahme auf eine ärztliche Meinung. Dabei haben sie mich unbeachtet meiner Menschenrechte in Gewahrsam genommen und somit gegen diese Rechte gestoßen. Anschließend hat der Rechtsbetreuer Hr. Birant Öner alle meine Gerichtsprozesse absichtlich fallen gelassen und besonders diese Schadensersatzklage nicht beantwortet und somit bekam ich im Oktober 2010 eine Strafe von **91.456 Euro**, von der ich erst im Dezember 2010 erfahren habe. Obwohl der Rechtbetreuer Hr. Birant Schuld war, hat er keine Strafe erhalten. Dann hat das Amtsgericht der diesen Rechtbetreuer mir damals zugewiesen hatte und er Sich um diese Sache nicht gekümmert hatte, am 09.03.2011 wieder zurück gezogen und Seine Schuld (des Betreuers) wurde nicht anerkannt. Außerdem hat dieser Betreuer von meinem Konto ungesetzlich, meinen Lebensunterhalt an andere Konten überwiesen und er hat auch mehrere Monate nicht darauf reagiert, wenn Geld von meinem Konto, an unbefugte Firmen ging. Die Anträge auf Mehrbedarf für meine schweren Krankheiten hat er trotz meiner Beauftragung nicht erledigt und die Befreiung für meinen Behindertenausweis, die mir gesetzlich zusteht, weil ich einen Herzinfarkt und Lungenkrankheiten habe, hat er auch nicht erledigt. Außerdem wurde durch seine absichtlichen Fehler, mein Festnetzanschluss gesperrt, da ich von diesem Anschluss ein fax geschickt hatte und im Internet Information weiter gegeben hab. Da auf mein Brief nicht geantwortet wurde. Und auch auf diese Briefe nicht reagiert wurde. Weiterhin hat er auch nicht auf diesen Beschluss (31 M 4683 / 10), indem es um die Sperrung meines Kontos ging, nicht reagiert und somit ist mein Konto noch bis jetzt ungesetzlich gesperrt. Und er hat noch viele weitere ungesetzliche, absichtliche Fehler gemacht. Das Landgericht (Az.: 87 T 91 / 11) hatte Ihm das Recht zugesprochen, des weiteren haben Sie probiert die Sache ins Reine zu waschen. Damit das Kriminelle Spiel nicht auf gedeckt werden konnte. In Berlin wurde mir auch nie von einer Organisation ein Anwalt gestellt. Und es gab keinen Verteidiger der meine Sache verteidigen wollte da es sich um eine Politische Angelegenheit ging. Der Bundesgerichtshof (Az.:XII ZB 347/11) hat euch meinen Widerspruch aus unwichtigem Grund (da ich ohne einen Rechtsanwalt Verteidiger war) zurück gewiesen, und hat diese nicht zur letzten Instanz, zum Bundesverfassungsgericht gelassen. Trotzdem habe ich eine Klage ans Bundesverfassungsgericht (Az.: AR 6412 / 11) geschrieben. Im Antwortschreiben vom 22.09.2011 teilte man mir mit, das o.g.Gericht mir bereits früher mitgeteilt hatte, dass von meiner Seite keinerlei Klagen mehr bearbeitet werden. Dies bedeutet für mein Verständnis nichts anderes, als das es dem Deutschen Staat wohl vollkommen egal ist, was mit mir ungesetzlich und rechtswidrig in diesem Lande passiert. Mit anderen Worten, ich bin der Willkür Deutscher Bürokratie hilflos ausgeliefert. Dadurch kann man sehen, dass es politische Spielerei mit einem 80 % behinderten Menschen war. Und das ist ein Beweis. Und aus diesem Grund muss das Menschenrechtegericht diese Klage auch bearbeiten.

Der Betreuer der Fehler machte, wurde nicht bestraft. Und auch innerhalb dieser 13 Jahre haben über 100 Mitarbeiter der verschiedene Behörden und Beamte absichtliche Fehler gemacht, welche ich schon gesetzlich bewiesen habe und haben trotzdem nie eine Strafe erhalten. Dies ist auch ein weiterer Beweis dafür, dass das ein Spiel im politischen Interesse war.

Durch diese ganzen ungesetzlichen und unmenschlichen Spielereien, die über 13 Jahre hinweg gingen bin ich physisch und psychisch sehr stark krank geworden, bin politisch und beruflich gehindert und eine glückliche Familie mit Vaterschaft ist mir unmöglich geworden. Dadurch bin ich seit dem Jahr 2000 Lebensunfähig geworden und habe meine Lebenslust verloren.

Ich würde gerne wissen wie es geht das im Jahre 2005 das Gericht seine 5 Jährige Schuld anerkannt hatte und mir ein Schadenersatz bezahlen musste und kurzer Zeit später ich den Beschluss und die Strafe bekam das ich eine Summe von 91.456, bezahlen soll.

Die Professoren der Psychiatrischen Klinik Charité hatten geholfen dies zu verdecken und die Gerichte haben auch die Klage gegen die Charité verdeckt. Wie man sieht hat eine Hand die andere gewaschen auf kosten meines Lebens.

Seit mehreren Langen Jahren ist es mir nicht erlaubt gewesen, dass ich aus Berlin raus gehen konnte und eine Therapie zumachen. Jetzt jedoch habe ich einen unbefristeten Aufenthalt, welcher mir ermöglicht, dass ich 6 Monate im Jahr in ein anderes Land reisen kann. Dies aber wird mir ungesetzlich vom Gericht (31 M 4683 / 10) nicht ermöglicht, da sie mein Konto so gesperrt haben, dadurch kann ich nur in Berlin mein Lebensunterhalt vom Konto nehmen. Die Gerichte wissen genau, dass ein Mensch mit einer 80 % Behinderung nicht in einem anderen Land arbeiten und Sich finanzieren kann.

Außerdem haben alle Deutsche Pressen und auch alle Organisationen für Menschenrechte ihre Augen verschlossen. Alle Menschenrechte Organisationen sagen jedes Mal, dass sich das erledigt hat, jedoch spielt diese Sache heute immer noch eine wichtige Rolle in meinem Leben. Wie kann das erledig sein wenn ich durch diese Spielereien am Boden zerstört war. Das kann man so betrachten, als ob die deutsche Regierung ein wertloses Spielzeug kaputt gemacht hat und dafür ist niemand verantwortlich, niemand muss die Konsequenzen tragen. Aber ich bin nicht ein wertloses Spielzeug, ich bin ein Mensch.

Auf der ganzen Welt ist mir kein Land aufgefallen in der alle Menschenrechte Organisation wegen der Nationalen Interesse einen Menschen sterben lassen wollen um dir Kriminalität zu verdecken.

Wegen diesem Fehlurteil **(Az: 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00))** wurde ich in 80 Gerichtsprozessen ungerecht schuldig erklärt und diese Gesetzverletzungen wurden von den Verantwortlichen der deutschen Regierung jahrelang gedeckt. Wegen diesen dummen Missverständnissen wurden meine Gesundheit und Leben vernichtet. Seit 13 Jahren werde ich wie ein Sklave behandelt und mir werden alle Wege versperrt. Und das bis zum Ende meines kurzen Lebens. Hiermit möchte ich sie bitten meinen Brief vom 01.04.2011 zu lesen, in dem ich alle beweise schon aufgelistet habe. Diese habe ich der UNITED Nation, dem Deutschen Bundestag, Deutsches Rotes Kreuz, Aserbaidschanischen Präsident Berliner AIDS– Bereitung, der Opfer Kommission, dem EU Menschenrechtegericht und allen Menschenrechte Organisationen zu geschickt. Und überprüfen Sie bitte meine Webseite um alle Beweise zu lesen, da diese zu viele wären um sie hier aufzulisten.

Meine Webadresse : **www.rustemazeri.com**

Das was Sie auf meiner Webseite lesen können, sind nur Klagen die ich an Behörden und Beamte gemacht habe, jedoch gibt es noch viele weitere Probleme die ich hatte und für die ich aber keine Klage gemacht habe. Auch wenn diese nicht irgendwo nachzulesen sind, habe ich alles in meinem Kopf.

Ende 2003 habe ich eine Klage an das Menschenrechte Gericht dafür gemacht, dass ich durch Deutschland Körperlich und Psychisch krank geworden bin, jedoch habe ich 2011 ein Bescheid dafür bekommen, dass sie meine Angelegenheit geschlossen wollen, weil die gegen Seite bewiesen hatte, dass ich psychisch krank bin. Somit nehmen sie den Grund meiner Klage von 2003, als ihre Verteidigung.

Ich würde Sie auch gerne darüber informieren, dass aus meiner Webseite wichtige Dokumente manchmal einfach gelöscht sind und immer wenn ich dabei bin wichtige Dateien in meine Webseite zu bearbeiten geht das Internet aus oder ich bekomme Probleme auf mein Laptop des Weiteren wenn ich im Internetcafé oder generell andere Pc´s benutze ist dasselbe. Ich fühle mich total Diskriminiert, wenn ich irgendwelche Dateien ändern oder an meiner Webseite arbeite möchte. Wie kann es denn bitte sein das man ein Menschen probiert so kaputt zu machen. Und nicht das Sie jetzt denken ich bin Paranoid ich haben zum Glück Zeugen die das mit bekommen haben sodass ich mir es nicht eingebildet habe. Wenn es nur einmal gewesen wäre würde ich es irgendwo verstehen aber es ist leider schon des Öfteren passiert meistens wenn ich dabei bin daran zu arbeiten. Ich kämpfe nur für mein recht bevor ich meine Kraft ganz verloren habe.

Ich möchte Ihnen auch gerne erzählen, dass mich das Gericht über längere jahre in diversen Gerichten diskriminiert hat, es gab niemand der mich verdeitigen wollte in Deustchland. In den letzten 3 beschlüssen wurde ich Beschuldigt und mein Konto wurde gessperrt, obwohl ich nicht weiss wieso ich Schuldig gesprochen wurde oder in welchem Jahr ich Schulden gemacht hätte das mir das Konto gesperrt wurde. Ich wurde ohne weitere Gründe die mir nicht mit geteilt wurden beschuldigt. Ich bin mir sicher das ich in den letzten 13 Jahren keine Schulden gemacht habe und würde daher gerne Mir wurde auch keine chance und Information gegeben mich zu verteidgen. Ich würde auch gerne wissen wodurch diese entstanden sind.

Aufgrund davon, dass seit Längerer Zeit ein Konflikt zwischen mir und den Gerichten in Deutschland herrscht, bitte ich das zweite Instanz Menschenrechtegericht für ihren Beschluss eine Lösung zu finden. Da die Gerichte, trotz mehreres Beweise von mir für die Schuld meines Physisch und Psychische Krankheiten und meiner Behinderung von ihrer Interesse aus nicht an meinem Fall arbeiten möchten. Bis Dato wird der Psychoterror Weiter gemacht dadurch wird meine Seelische und körperliche Verfassung immer schlechter.

Ich protestiere damit, Ich möchte dass Sie mich unterstützen, weil ich aus Deutschland raus möchte, in ein anderes Land, wo richtige Demokratie für Menschenrechte geschätzt wird.

Ich protestiere für meine Freiheit, geben Sie mir diese, und öffnen Sie mir damit eine Tür, andernfalls wären Sie Schuld mein Leben aufzugeben.

Außerdem lege ich hier bei, dass ich durch Ärztliche Atteste beweise, dass ich Opfer dieser gesamten Spielerei wurde.

Nach dem Bericht des deutschen Neurologen Dr.med. Christian Seyfried vom 01.02.2007 bin ich das Opfer eines Verbrechens der deutschen Regierung.

Durch radiologische Aufnahmen meines Kopfes im Haus des radiologischen Center (Radiologie am Europacenter, Med. Versorgungszentrum) wurde festgestellt, dass in meinem Kopf Spuren von alten Nebenhöhlenentzündungen zu sehen waren. Dies ist auch zwischen 1998 bis 2004 durch Erkältung im Kopfbereich und Meningitis beweisbar.

Der deutsche Urologe hat am 16.09.2002 die gleichen Worte in der Patientenakte geschrieben: „ *In meiner Untersuchung wurde auch eine chronische Prostatakrankheit festgestellt und ich kann bestätigen, dass diese Krankheit bereits seit 3 Jahren existiert.*“ Das war in den Jahren 1998-1999, also in der Zeit, als ich wegen der deutschen ungesetzlichen Bürokratie (Richter und Beauftragten) und der sich hinziehenden Prozesse nicht behandelt wurde.

In dem Ärztlichen Bericht der Psychatrischen Klinik Charite vom 16.01.2004 ist festgestellt worden, das mein Suizid versuch am 07.01.2004 vor dem Deutschen Parlament, ein Grund für meine Obdachlosigkeit, verschiedene Erkrankungen und meiner Schweren Lebenssituation ist.

In dem Attest, das am 24.10.2007 vom Franziskus Krankenhaus geschrieben wurde, steht, dass auf der linken Seite meiner Lunge auch alte Flecken entdeckt wurden. Das ist die Bestätigung dafür, dass ich zwischen 1998 bis 2004 auch an Lungenentzündungen und Tuberkulose erkrankt war.

Entsprechend einem Bericht der Strasburger Psychatrischenklinik vom 06.05.2009 sind die deutschen Gerichte und Behörden an meinen psychischen Krankheiten schuld.

Alle Ärztlichen Atteste können sie auf meiner Webseite ansehen indem sie 09) - COURT Germani anklicken , dann in dem Dokument 02 klicken Sie die Radiologie-2008 an, und in dem gleichem Ordner Dokument 02 auch die Dr.Attest 2009 Strasbourg im Ordner 04) Attest nachlesen, und in dem gleichem Ordner Dokument 02 auch die Dr.Attest 2000-2007 dann in dem 1.pdf auf der 9 Seite , 13 Seite , 24 Seite , 25 Seite , 26 Seite der Liste, dort können sie die Beweise lesen.

Da auch diese Fakten wieder nicht akzeptiert werden, rufe ich die internationalen Experten der UNO zur Kontrolle meiner Behauptungen auf!!! Anderenfalls sehe ich mich gezwungen, in den Hungerstreik zu treten.

Und die Gerichte in ihren Urteilen ist nachweisbar. Das Gericht (Az: 528 Os 49 / 03 (251 b / 251 a Ds) 52 Js 7/00 (349 / 00)) hat am 03.01.2005 seinen eigenen Fehler eingesehen und hat geschrieben: „Die Ausreise des Ismail Rustem nach seiner Heimat war aus einem Grund nicht möglich. Er besaß zum Verlassen dieses Landes keinen Ausweis." Das bedeutet, dass ich in den Jahren 1998-1999 keine physische Probleme hatte, nur hat mir zur Ausreise ein Ausweis gefehlt und bis 2003 haben die Gerichte in 30 Gerichtsprozessen meine körperliche und geistige Verfassung als gesund bezeichnet. Nun hat das Gericht (Az.: 50 XVII 7034 / 09) am 15.12.2009 in seinem Urteil gezeigt, dass ich angeblich wegen persönlichen Problemen paranoid bin !!! ???

Wie ist es möglich, dass von deutschen Gerichten widersprüchliche Fehlurteile ausgesprochen werden. Aber beide Urteile gelten richtig und ich nach jeden 80 Gerichtsprozessen als schuldig. Wie ist das möglich, dass sie mich in den Jahren 1998 und 1999, einen Kranken mit Geschlechtsproblemen, unschuldig im Gefängnis zum Zwecke der Abschiebung gehalten haben, obwohl im gleichen Gefängnis 7-8 Ärzte mich körperlich und geistig untersucht haben und feststellten, dass ich nicht krank bin !!! ??? Aber wenn es nötig wird, beweist man in einer Stunde eine Krankheit. Wie ist das möglich ???

Um auf die Schadenersatzklage (Az.:86 O 633 / 09) vom 24.11.2009 zurück zu kommen!!!

Die deutschen Gerichte nehmen immer in verschiedenen Varianten unwichtige Gründe, da sie meine rechtliche Schadenersatzklage nicht bearbeiten will. Für alles habe ich mit Beweisen einen Widerspruch gemacht und der letzte Grund der Gerichte (Az.: 6 W 44 / 11) ist, da der Schadensersatz eine hohe Summe ist, jedoch möchte ich mein Leben, welches es mir absichtlich mit ungesetzlichen Spielereien weggenommen hat, zurück. Da es nicht möglich ist, mir mein Leben zurück zu geben, verlange ich wenigstens 50.000.000 Schadensersatz für diese unmenschlichen Spielereien. Diese Krankheiten und meine Behinderung habe ich dann aufgrund von dem falschen Beschluss, welcher schon anerkannt wurde, bekommen!!! Daher habe ich ein Recht darauf Schadensersatz und Rente zu bekommen und nicht nur eine Hilfe vom Staat, die mich in meiner Freiheit beschränkt, also auch in einem anderen Land zu leben, wo ich keine Probleme habe. Wie ich bereits erklärt habe, habe ich in Deutschland sehr viele Politische Probleme, die von Seiten Deutschland aus gehen, welche Schuld an meiner gesundheitlichen Situation sind. Außerdem werde ich weiterhin in meiner Freiheit blockiert und dadurch verschlechtert sich mein Gesundheitlicher Zustand immer noch mehr. Diese Situation lässt mich innerlich sterben und das ist kein Selbstmord, wie die Gegenseite beweisen will, sondern das ist ein Totschlag an einem hilflosen Menschen. Ich habe eine Klage an den Bundesgerichtshof geschrieben. Der Bundesgerichtshof (Az.: XII ZB 484 / 11) will nun Seinerseits, das Ich bis zum 27.09.2011 meine Klage zurück nehme, oder Sie wollen die Klage als unzulässig zurück weisen., ich habe ihnen am 26.09.2011 gerne beantwortet, Solange die Meinung gilt das ich eine Strafe in der Höhe von **91. 456 EUR** bezahlen soll anstatt

Schadenersatz zu erhalten, werde ich t die Klage nicht zurück nehmen. Ich habe es dem Bundesgerichtshof schon geschrieben „ *Dieses Verfahren muss eingeleitet werden, die Prozesskostenhilfe muss bewilligt werden und andere kosten die währenddessen entstehen, muss das Amtsgericht, was auch Seine Schuld anerkannt hatte, übernehmen. Falls Sie es unzulässig machen wollen würde ich Sie darauf hinweisen das Sie einen internationalen Experten der UNO holen und er sich mit mir in Verbindung setzt. Weil es um eine Poltische Interesse geht.*"

Dieses Verfahren muss eingeleitet werden, die Prozesskostenhilfe muss bewilligt werden und andere kosten die während dessen entstehen, muss das deutsche Gerichte, was auch Seine Schuld anerkannt hatte, übernehmen.

Seit 13 Jahren versuchen die Rechtschutzorgane eines demokratischen Landes wie Deutschland alles zur Verhinderung der Untersuchungen, im Fall dieses schweren Verbrechens. Als 80 % behinderten Menschen ohne die juristische Ausbildung weiß ich sehr gut, dass die Gesetze nirgendwo in der Welt zur Verschleierung von Verbrechen ausgenutzt werden dürfen. Umgekehrt sollten die Gesetze dafür da sein, dass dem Recht Genüge getan wird. Aus diesem Grund bitte ich Sie alle Versuche zu unterlassen, durch die Hinweise auf irgendwelche Gesetzesparagraphen das Verbrechen zu verschleiern. Andernfalls werden die Rechtsverletzungen auch anderer Staaten der Weltgemeinschaft in die tägliche Rechtspraxis einziehen und dadurch dem geltenden und durch die UN-Charta und Europäische Menschrechtskonvention kodifizierten internationalen Rechtssystem erheblich schaden. Ich bitte das Menschenrechtsgericht sich der Klage wegen der oben genannten Gründe sofort anzunehmen.

Daher bitte ich Sie noch einmal Hochachtungsvoll meinem Leben jetzt zum Schluss noch zu helfen.!!!

Ich verlange vom Europäischen Menschenrechtegericht, dass meine Klage in der zweiten Instanz bearbeitet wird, weil sie dreimal in der ersten Instanz vom Menschenrechtegerichthof nicht bearbeitet werden wollte. Auf meine Bitte warte ich sechs Monate, um meine Klage in der zweiten Instanz zu nehmen, denn wenn sie nicht in die zweite Instanz genommen wird, dann wird Auf Grund davon, dass, die deutsche Republik 13 Jahre lang im politischem Interesse, meine Freiheit weggenommen hat und mich in Berlin festgehalten hat, außerdem hat sie mich in allem blockiert und mich ungesetzlich psychisch terrorisiert wodurch ich 16 schwere und tödliche Krankheiten erlitten hatte. Das war wie ein Anschlag auf mich. Obwohl ich im Recht war, haben sie mich zu Unrecht beschuldigt und mich dabei fertig gemacht. Und das ist nach der Unität Nation gesetzt ein Genozid!!! Außerdem ist die Aserbaidschanische Republik dafür verantwortlich, da die Staatspersonen, seine Staatsbürger nicht verteidigt haben!!! Die Menschenrechte Organisationen haben ihre Augen im Staatlichen Interesse verschlossen!!! Das Europäische Menschenrechte Gericht hat in der ersten Instanz meine Klage 3mal nicht wahrgenommen, obwohl sie diese hätte bearbeiten müssen, jedoch hat sie meine Klage den Straßen in Berlin überlassen. Außerdem hat sie mich mit diesem Konflikt, dem Staat alleine überlassen. Jedoch ist es nicht möglich alleine gegen Staat etwas zu erreichen!!! Aus diesen Gründen werden diese Personen Schuld an meiner weiteren Lebenssituation und meinem Tod sein.

Ich hoffe dass Sie jetzt die Gründe für diesen Brief jetzt verstehen. Und die unmenschliche Spielerei aufgedeckt werden kann.

Ich bedanke mich bereits im Voraus bei Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

Ismail Rustem

Dipl. oec. Genko Kuzarow
certified translations
für die Berliner Gerichte und Notare
allgemein beeidigter Dolmetscher
für Bulgarisch/Russisch/Englisch
Feldtmannstraße 5/6, 13057 Berlin
Tel. +49(0)30/9279 9271, Fax +49(0)30/9279 9272